

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboptionenpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierstündig. 2.10 M., für 1 Monat 70 Pf. (Bestellgeld vierstündig. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Telephon: 18808.  
Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends  
(außer Sonnabend).

Inserate kosten die gespaltene Zeitseite über deren Raum 25 Pf., bei Blattvorschift 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 M. pro Tausend für die Gesamt-ausgabe, bei Teilauslage 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

## Tageskalender.

Die neuordnungs im Reichstag amt ausgearbeitete Brantweinsteuervorlage soll auf Wunsch „einschlieflicher Kreise“ im Reichstage im Galopp durchgepeitscht werden.

Die Freisinnigen haben in der Finanzreformfrage wieder einmal einen Umschall vollzogen.

Aus Belgrad kommen Meldungen über eine Rennitens Serbiens gegen die Interventionsvorstellungen der Mächte.

Aus dem Reiche und dem Ausland treffen immer neue Meldungen über die Schneenot ein.

## Eine rettende Tat.

Leipzig, 4. März.

In der letzten Nummer der sogenannten Sozialistischen Monatshefte wird das internationale Proletariat wieder einmal aus der „heillosten Verwirrung“ gerettet. Die Rettung naht in der tief staatsmännischen, an Notausgängen und Hintertüren reichen Studie des Genossen Max Schippel, in der das Problem: England, Deutschland und die Arbeiterparteien, beleuchtet wird.

Es wird da vorerst tief bedauert, daß die Arbeiterparteien keine rechte „Auslandspolitik“ verfolgen. Es wird festgestellt, daß aus dem internationalen Zusammenwirken der proletarischen oder der kapitalistischen Volksräte noch nicht die einheitliche Stellungnahme derselben „zu allen möglichen Problemen“ folgt. „Wenn japanische und amerikanische Arbeiter zu gleichen Vorstellungen und zu gleichartigen Organisationen des Vorwärtsdringens gelangen, läßt das irgendeinen Schluss zu auf den Einflang der Auswanderungspolitik am Stillen Ozean?“ Wie andre Interessenschichten und Klassen, hat also „auch die internationale Arbeiterbewegung ihre nationalen und sogar noch enger umrahmten Sonderbestrebungen, die mitunter schnurstracks gegeneinander laufen“. Auf die solchermaßen geklärte „Vorfrage“ bauend, wirft nun Schippel die Hauptfrage auf, warum wir wohl davor zurückgeschreckt sollten, uns „scharf“ gegen die lebensjährige englische Auslandspolitik zu kehren. Englands „unmäßliche (1) Konkurrenzfurcht“ verschärft die Entfernung Deutschlands und Englands, die „ein gut Teil auf das ungeahnte wirtschaftliche Emporstreben Deutschlands“ zurückzuführen ist. Die deutsche Seemacht ist nur der berechtigte Ausdruck dieser Entwicklung, sie folgt nur dem englischen Vorbild und Deutschland handelt deshalb völlig gerecht, wenn es seine Flotte entwickelt. Es

ist also äußerst betrübend, wenn die deutsche Arbeiterschaft die Auslandspolitik der „leitenden deutschen Kreise“ verdammmt, bloß „weil wir mit dieser heimischen Regierung mancherlei Konflikte ausgeschlagen haben“. Bülow erkannte die Zusammenhänge der deutsch-englischen Auslandspolitik, und wir handelten unrechtig, als wir ihn einen Budenlären schalten. Die Sozialdemokratie muß zurückhaltender sein, wir dürfen nicht vergessen, wenn wir das Krüger-Telegramm verurteilen, daß es eben die Sozialdemokratie war, die zur Zeit des Burenkriegs eine Englandheze entfaltete, deren Mithilfe an der Hervorbringung der herrschenden englischfeindlichen Stimmung unverkennbar ist. Man wird „hüben und drüben gut tun“, die ruhige Zeit „mehr als bisher zur gegenseitigen Aneinandergewöhnung zu benützen“. England muß seine Monopolstellung auch gegenüber Deutschland aufgeben, Deutschland will nur „Bewegungsfreiheit“. Weicht einmal die Panik, so ist alle Aussicht vorhanden, daß wir über die Schwierigkeiten des internationalen Konkurrenzkampfs ohne Kraftproben und Katastrophen hinwegkommen.

Es lohnt vielleicht der Mühe, in die Tiefen der Schippelschen „Auslandspolitik“ einzudringen. Dabei muß vorerst festgestellt werden, daß seine „Vorfrage“ kaum mehr ist, als der trügerische Missbrauch einer zufälligen Analogie. Wenn auch zwischen den klassenbewußten Arbeitern einzelner Länder oder Branchen Differenzen entstehen können, „die gleichen Vorstellungen und die gleichartigen Organisationen des Vorwärtsdringens“ werden zweifellos diese Differenzen in der höheren Einheit der proletarischen Solidaritätsinteressen aufheben. Gerade die Entwicklung der nationalen Differenzen im Proletariat bezeugt, daß diese Differenzen zwischen den Arbeitern verschiedener Nationen ausschließlich Produkte der Klassenherrschaft sind und im Kampfe gegen die Klassenherrschaft beseitigt werden. Diese Differenzen sind niemals keinesfalls den Gegenseitigen vergleichbar, die die Kapitalisten der verschiedenen Länder in ihrer Auslandspolitik bewegen, denn diese gehen aus dem Bestreben her vor, die Klassenherrschaft zu sichern und auszunehmen, besonders um jeden Preis Abnehmer für Industrieprodukte zu finden, und so eine erhöhte Ausbeutungsmöglichkeit für das Kapital zu schaffen. Die Auslandspolitik der Arbeiterparteien will diese tatsächlichen Verhältnisse aufheben und dadurch die Erkenntnis von der Interessensolidarität des Proletariats stärken. Die Auslandspolitik der herrschenden Parteien wird mit der Verlogenheit der Diplomatie und mit den Schrecken des Kriegs die Geschäftsinteressen der Kapitalistengruppen wahren, denn die einzige Möglichkeit der Beseitigung der Konkurrenz und der daraus folgenden Differenzen durch die sozialistische Gesellschaftsordnung widerstrebt naturgemäß den „leitenden Kreisen“ der herrschenden Klasse. Wenn nun Schippel diese hältlose Analogie ausweitet und an gemein-

jame Aktionen der offiziellen, d. i. kapitalistischen, Auslandspolitiker und des klassenbewußten Proletariats denkt, bleibt er weit hinter dem liberalen Parly zurück, der eben in der letzten Nummer des März feststellt, daß gerade die von Schippel hochgewertete und tiefsinnige deutsche Englandpolitik nichts als der Ausdruck einer völlig undemokratischen Klassendiplomatik ist. Der Arbeiter, der den Staat als Verwaltungsausschuss der Besitzenden erkennt und der die unüberbrückbare Kluft sieht, die die Besitzenden von den Besitzlosen trennt, wird erkennen, daß die Auslandspolitik dieses Staats nicht berufen sein kann, die zwischen den Arbeitern verschiedener Länder bestehenden Differenzen zu beseitigen, er wird aber auch erkennen, daß die vom Klassstaat vertretene Auslandspolitik niemals proletarischen Interessen dient. Die absolutistische Organisation der staatlichen Auslandspolitik, der Diplomatie, ist nur eine Falle erscheinung dieser Tatsachen.

Mit dieser Erkenntnis brechen die staatsmännischen Konsequenzen zusammen, die Schippel für die Auslandspolitik der deutschen und englischen Arbeiterparteien ableitet. Die deutschen Arbeiter begrüßen die Entwicklung der deutschen Industrie als einen starken Förderer des Klassenkampfs und als eine vorgerückte Etappe zum Ziel; keinesfalls aber erblicken sie in der deutschen Flotte einen gerechten Ausdruck dieser Entwicklung, sondern bloß ihr kapitalistisches Kennzeichen. Die Arbeiter wissen, daß nur der kapitalistische Missbrauch der Industrie, die Profitier, der Schöpfer der Kriegspolitik ist, einer Politik, die Leib und Leben des Arbeiters bedroht und sein Stück Brot hart besteuert. Die Auslandspolitik einer klassenbewußten Arbeiterpartei, der Arbeiterpresse und der parlamentarischen Arbeitervertretungen hat die Aufgabe, die Arbeiter darüber aufzuklären, daß ihre Interessen keinesfalls identisch sind mit den Auslandssinteressen des Kapitals, daß die Entwicklung der Industrie Brot und Versorgung für das arbeitende Volk bedeuten sollte und keinesfalls eine erhöhte Steuerlast und die Verfeindung mit andern Volksgenossen. Deshalb mußte der südafrikanische Raubzug des englischen Kapitals allerdings gebrandmarkt werden, und deshalb mußten die gewissenlosen Umtriebe des reichsdeutschen Kriegsküngels in Deutschland bloßgestellt werden, damit die Arbeiter ihre Ausländer erkennen und jeder Ausländerpolitik ihre Unterstützung versagen lernen.

Es ist schließlich bezeichnend, daß Schippel die aus der Entwicklung der industriellen Konkurrenz hervorgehenden Konflikte in einer „gegenseitigen Aneinandergewöhnung“ auflöst, die ihn auch zu der Hoffnung berechtigt, daß der internationale Konkurrenzkampf endlich ohne Katastrophen und Kraftproben in sühnen Harmonien aufgeht. Er wendet sich mit dem Verlangen der „Aneinandergewöhnung“ an den unpersönlichen englischen und deutschen Staat, er er-

## Seuilleton

### Karneval.

Ein Sittenroman aus dem Köln des 20. Jahrhunderts von Emil Kaiser.

84]

Rauberdruck verboten.

Gretchen Quirin hatte den ganzen Abend ihre Schwester besucht; sie war an deren Wohnung gewesen, hatte sie aber verschlossen gefunden, wie man sie verlassen hatte. Auch im „Löwen“ und in andern Lokalen, die Frau Anna erwähnt hatte, war sie nicht zu finden, und niemand hatte sie dort gesehen. Endlich war Gretchen noch einmal zu Mengenicht zurückgegangen, um zu fragen, ob sich die Schwester in der Zwischenzeit dort eingefunden habe. Sie erfuhr aber nur, daß Frau Tomas irgendwann gestorben sei, und daß ihr Schwager sich gleichfalls auf die Suche nach seiner Frau begeben habe. Er hatte finstere Drohungen ausgestoßen, die Gretchens Angst und Begehrungen noch steigerten.

„Heute weiß ich nur noch ein Lokal, wo sie sein könnte,“ sagte das Mädchen verzagt zu Wermelskirchen, der sie treulich aber wortkarg auf ihrer vergeblichen Streife begleitet hatte. „Wenn es mir nicht so weit draußen wäre.“

Er sah sie ruhig an, ihre weitere Erklärung abwartend. „Sie hat heute nachmittag gesagt, daß sie heute noch in den „Lebten Drogen“ wollte.“

„Ja, wenn Sie da noch hinaus wollen, mir ist alles gleich,“ sagte er.

So gingen sie bis ans Tor, bestiegen dann die Pferde, kuh und fuhren durch den Vorort bis zum Endpunkt der Strecke. Vor dort hatten sie noch eine Viertelstunde zu

gehen. Es war ein ausgesprochener Feldweg, und wenn es auch keine sehr dunkle Nacht war, so war Gretchen doch solche Wege nicht gewohnt. Unwillkürlich drängte sie sich näher an ihren Begleiter und suchte sich an seinem Arm zu hängen. Da nahm er die Trommelstücke wieder zur Hand, die er in seinen Gurt gesteckt hatte und begann gleichmäßig einen Marsch zu schlagen. Gretchen wich schaudernd vor dem seltsamen Menschen zurück, sie wagte nichts zu sagen, aber sie fühlte sich sehr unglücklich, und heiße Tränen ließen ihr über die Wangen.

Inmer größer wurden die hellen Fenster, die man schon auf weite Entfernung durch die Nacht schimmerten sah, und jetzt hörte man auch schon das Geschrei und schrille Töne der Tanzmusik, denn der Saal war nur ein Fachwerkbau mit dünnen Wänden. Aus der Entfernung klang das verworrene Getöse fast, als näherte man sich einem Raubtierhaus um die Stunde der Fütterung.

Ein schwächer, dicker Dunst schlug den Eintretenden aus dem weiten, etwas niedrigen Saal entgegen, gemischt aus den Gerüchen von Schnaps, Tabakqualm und Schwein.

Gretchen wagte sich kaum in den Saal hinein und nahm gleich bei der Tür an der Wand Platz, Wermelskirchen setzte sich, immerfort die Trommel schlagend, neben sie.

Auf der Bühne im Hintergrunde sahen die Musikanten, lediglich Blechinstrumente, und man sah dort zuweilen ein Paar Weiber in färbig eleganter Strakentoilette auftauchen, die ganz vorne an der Rampe kuhne Sprünge vollführten und die Beine in die Luft warfen, daß man die rotheidenen Hosen sah.

Im übrigen bestand das männliche Publikum aus Soldaten und Arbeitern, das weibliche aus Dienstmädchen und Arbeitern, aber es waren nur die schlechtesten Elemente dieser Schichten hier vertreten. Die weichliche Unsitthlichkeit der Stadt gab sich hier mit der robusten, ausdauernden vom Lande ein Stelldeich. Man sah oft Paare nach draußen verschwinden und nach kurzer Zeit

mit erhabten Gesichtern wieder auftauchen, und auch im Saale selbst ging es mehr als ungeniert zu. Den größten Beifall fand eine hochchwangere Frau, die hier das Wunder ihres gesegneten Leibes in der schmachvollsten Art preifanierte.

Gretchen starnte tränenden Auges in das Gewühl. Ihr war sehr elend zu Sinn, und sie mußte sich besinnen, weshalb sie überhaupt hierher gekommen war. Sie sah kaum etwas deutlich, nur daß ihre Schwestern auch hier nicht anwesend war, wurde ihr allmählich klar. Die Musik tat ihr weh. Es war freilich kaum noch Musik zu nennen. Es waren aneinandergerührte falsche Töne und schrille Dissonanzen, die leider nur noch immer erraten ließen, welche Melodie die Musikanter zu spielen beabsichtigten.

Und was das Mädchen vollends bekämpfte, das war das unaufhörliche Gerassel der Trommel in ihrer unmittelbaren Nähe. Es war schließlich als wären ihre Ohren taub, und das Dröhnen der Trommel erfüllte unmittelbar in ihrem vibrierenden Hirn. Nur weil jeder hier auf eigne Faust hören möchte, war es möglich, daß man den Trommler nicht hinauswies.

Anfangs kamen einige Burschen, die ohne viel Umstände Gretchen zum Tanz aufforderten, aber da sie sich nicht rührte, wurde sie bald verhöhnt. Doch hielt es in der Nähe des immer wütender sein Kalfell bearbeitenden Indianers niemand lange aus, und so saßen die beiden bald ziemlich vereinsamt an ihrem Tische.

Nur Berta Baum schwankte nach einiger Zeit aus dem Gewühl der Tanzenden auf Gretchen zu.

„Du bist auch hier? Und du hast du mir weis gemacht, du läbst gar nicht heraus in den Fastnachtstagen.“ Sie sah lächerlich auf die Bant und trank in einem Zuge ihren Arbeitsgenossen das Bier aus.

Dann schwatzte sie allerlei unflätiges Zeug mit heiserer Stimme. Sie unternahm laut schreien, um sich bei dem Lärm der Trommel verständlich zu machen. Sie war jetzt in einem Stadium der Verwilderung, das den madonnen-

sucht England, seine Monopolstellung aufzugeben und dem breiten Deutschland die „Bewegungsfreiheit“ nicht zu verbüren. Nun kommt dieser Schutz des Reichs etwas zu spät, denn schon Genosse Barthus konstatierte in seiner trefflichen Studie über den Zusammenbruch, daß Englands Monopolstellung längst aufgehört hat zu existieren. Aber gerade diese Aushebung des englischen Monopols durch die in rasender Eile nachgerückten Industriestaaten der gesamten kapitalistischen Welt, entfesselte jenen nie geschehenen Konkurrenzkampf des abschärfsteren Ausbeutertums, jenes forschende Ringen um den Markt, das die kapitalistischen Staaten von Konflikt zu Konflikt treibt. In diesem Toben der Profitwut wird Schippels Wort sicherlich ungehört bleiben. Es ist ziemlich sicher, daß weder die Arbeiterschaft noch die kapitalistischen Auslandspolitiker den diplomatischen Wünschen Schippels folgen werden. Er wird den Kapitalismus nicht aufhalten, den Weg des Verderbens zu gehen. Die Balkanfrage kam gerade recht, um Schippel den schädlichen Einfluß seiner ausgleichenden Ideen vorzudemonstrieren. Und auch die Massenbewußten Arbeiter wird Schippel nie dazu bewegen können, sich ihre Köpfe für die Interessen des deutschen Hobbertums einschlagen zu lassen. Das deutsche Proletariat hat besseres zu tun, als der Erhaltung des Klassstaats zu dienen. In diesem Sinne werden die deutschen Arbeiter die Auslandspolitik der heimischen Machthaber weiter verdammen, gerade weil sie mit diesen zu Hause noch ganz andre Konflikte zu erledigen haben; sie werden fortfahren, die Auslandspolitik eines Fürsten Billow an den Früchten seiner preußisch-deutschen Politik zu erkennen und zu verurteilen. Denn der Klassenkampf bleibt, trotz Schippel, das leitende Prinzip jeder, und also auch der deutsch-englischen, proletarischen „Auslandspolitik“.

## Reichstag.

218. Sitzung. Mittwoch, den 3. März, 2 Uhr nachmittags.  
Im Bundesratssaal: Dernburg.

Auf der Tagesordnung: Fortsetzung der Verordnung des Staats für die Schutzgebiete und für das Kolonialamt.

Abg. Dr. Arning (nat.-lib.): Der jetzige Stand der afrikanischen Ein geborenenpolitik entspricht nicht den Wünschen der dortigen Afrikaner. Die Sozialdemokraten verweisen ich auf die anerkannten Worte, die der belgische Sozialdemokrat van der Velde den belgischen Offizieren und Soldaten im Kongostaat gewußt hat. Vielleicht geben die Herren Lebedour und Noske auch einmal in unsre Kolonien, um ein günstiges Urteil sich zu bilden. (Bravo! bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Lebedour (Soz.): Ich muß ebenso wie gestern wieder darauf eingehen, daß eine im vorigen Jahre auf unsern Antrag hin angenommene Resolution auch durchgeführt wird. Ich möchte aber bedauern nicht für einen Kolonialreformen gehalten werden. Wir kämpfen nach wie vor die kapitalistische Kolonialpolitik. (Bestimmung bei den Soz.) Dieses ist selbstverständlich, da wir jede Unterordnung verwerfen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Trotzdem ist es eben selbstverständlich, daß wir im kapitalistischen Staat wie in der kapitalistischen Kolonialpolitik jede Gelegenheit benützen, den Unterdrückten und Ausgebunden zu helfen. Darin sind wir Sozialdemokraten alle einig. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Die Resolution, um die es sich jetzt handelt, erschließe den Reichskanzler, Anordnungen zu treffen, durch welche die eingeborenen Stämme in Südwestafrika, denen ihr Land abgenommen wurde, soviel zurückgegeben wird, daß sie ihren Lebensunterhalt in Selbstständigkeit finden. Das Haus hat sich damals auf unsern Standpunkt gestellt, daß etwas derartiges geschehen muß. Ich frage hiermit den Staatssekretär, ob und was im Sinne dieser Resolution getan ist. Wenn die Regierung überhaupt mit dem Reichstag arbeiten will, muß sie auch Rechenschaft ablegen, wie sie einer verortigen Ausförderung nachgesommen ist. (Gut! b. d. Soz.) Die Ein geborenenpolitik der Regierung geht aber darauf hinaus, die Ein geborenen möglichst für die Karmen als Arbeiter zu erhalten, aber nicht für selbstständig werden zu lassen. Dieser auf ein Höchstverhältnis der Ein geborenen abzielende Standpunkt steht im klaffenden Widerspruch zu dem angeblichen Wohlwollen für die Ein geborenen, welches theoretisch hier von der Regierungshölle ver sucht wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auf diese Weise kann sich Südwelt überhaupt nicht wirtschaftlich entwickeln. Die Entwicklung der Siedlungsfähigkeit, die der Staatssekretär hier gegeben hat, steht im Widerspruch zu früheren Schilderungen, die uns in der Budgetkommission gegeben wurden und die in ihren Einzelheiten eine weitaus größere Wahrscheinlichkeit haben. Für den Großarmee wären fälschlich soviel Köpfe notwendig, als jetzt an Ein geborenen noch vorhanden sind. (Hört, hört!) Wo will Herr Dernburg die fehlende halbe Million Ein geborene hernehmen? Und dazu bei der Behandlung, die sie erfahren! Sollen etwa Chinesen importiert werden?

Aberndings die Mehrheit des Hauses fragt nicht nach Beweisen und Gründen, sondern akzeptiert mit Hurra die Dernburgschen Phantasiegebilde.

Im Owanibande soll nun ein Resident eingesetzt werden. Seine Hauptaufgabe soll sein, die Owanibos vor der Auswanderung auf portugiesisches Gebiet zurückzuhalten. Wir legen gegen dieses Experiment die entschiedenste Verurteilung ein. Es dirat die größte

Gefahr. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir danken für einen Owanibotkrieg. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wir haben genug Menschen geopfert und haben keine Lust, untere Landsleute einem neuen Krieg in dem hellen und siebenjährigen Kriegsumlande der Owanibos auszusetzen. (Erneute Zustimmung b. d. Soz.)

Ein anderes Experiment ist die Südwestafrikaneische Selbstverwaltung. Herr Erbberger hat sich ja förmlich mit einem kolonialistischen „Vertrag“ nicht genau loben. Wir untersetzen nicht die Fähigkeiten des Herrn von Schudmann. Er hat bisweilen einen freieren Blick gezeigt, als man bei preußischen Bürokraten gewohnt ist. Aber die Südwestafrikaneische Gemeindeordnung nehmen wir deshalb nicht kritisch hin. Breite Schichten, nämlich alle unfestständigen Handlungsgeblieben usw., sind vom Wahlrecht ausgeschlossen. (Hört, hört bei den Soz.) Sie liegen sind überhaupt rechtslos. Die Weißen können nur zu Steuern, die Neger aber auch zu Zwangsarbeit herangezogen werden. Gemeindeangehörige, die sonst Volksbürger sind, verlieren diese Volksbürgerchaft, wenn sie mit einer Ein geborenen verheiraten sind oder im Konkubinat leben. Eine ungeheurelle Bestimmung. Ich begreife nicht, wie Herr von Schudmann, der Staatssekretär Dernburg und die Parteien, die dieser Verordnung zugestimmt haben, dies mit Ihren christlichen Grundlagen vereinbaren können. Seit der Verabsiedlung mit Herrn Erbberger treibt ja auch Herr Dernburg von Christlichkeit.

Vizepräsident Paasche: Sie dürfen nicht in diesem Tone von der Christlichkeit des Staatssekretärs sprechen. Ich habe nicht genau gehört, was Sie sagten und behalte mir weitere Schritte vor.

Abg. Lebedour: Ich weiß jetzt also nicht, ob ich noch von der Christlichkeit des Herrn Dernburg sprechen kann.

Vizepräsident Paasche: Es ist nicht geschmacvoll von Ihnen, in diesem Tone fortzufahren.

Abg. Lebedour: Da der Herr Präsident selbst erklärt, daß er nicht genau zugehört hat, gesta le ich mir, ihm noch einmal mitzutellen, um was es sich handelt. Gemeindeangehörige, die mit einer Ein geborenen im Konkubinat oder in der Ehe leben, verlieren das Volksbürgerrecht. Ich frage, wie sich das mit Ihrer Christlichkeit vereinbaren läßt. Herr von Schudmann sagte, wir lassen solche Ehen überhaupt nicht in das Standesregister eintragen. Er sagte das mit freundlichem Lächeln. Ich meine aber, die Frage ist eine ernste. Wenn die Leute heiraten wollen und kommen, um sich einzutragen zu lassen, dann steht es: das gibt es hier nicht. Ich richte auch an das Zentrum die Frage, wie es diese Bestimmung mit seiner christlichen Ausbildung in Einklang bringt. (Sehr gut! bei den Soz.) Abg. Erbberger ruft: Ich habe die Bestimmung gestern gekämpft. (Abg. Erbberger: Ich habe mich ganz allgemein gegen solche Bestimmungen ausgesprochen.) Es wäre mir lieber, wenn Sie sich im besonderen gegen diese Bestimmung gewandt hätten. (Herr Lebedour und sehr gut! bei den Soz.) Dann würden Sie auch nicht den Staatssekretär so gelobt haben, wie Sie es getan. Dorfkirche sind wir alle einig, das geschlechtliche Beziehungen zwischen Weißen und Ein geborenen nicht gut sind, aber wenn Sie die Ehe verweigern, so treiben Sie die jungen Männer drüben gefühllos in das Konkubinat hinein. Ich wiederhole, daß es mir nicht verständlich ist, wie Herr von Schudmann solche Bestimmungen mit seinem Christentum und seiner Moral vereinigt. (Sehr gut! bei den Soz.)

Die Einladung des Herrn von Schudmann, mit nach Südwestafrika zu kommen, nimmt mein Vaterland Noste an, wenn Herr von Schudmann die Reisekosten bezahlt. Die so außerordentlich reizlosen Bürger von Swakopmund werden ja wahrscheinlich einem sozialdemokratischen Niederer die ausgetrunkenen Bierflaschen an den Kopf werfen. (Sturm, Heiterkeit.) Trotzdem wird es mein Freund Noste rütteln. Eine Liebe ist nun der anderen wert. Ich bitte deshalb Herrn von Schudmann, einmal in einem Verein für christliche Junglings und Jungfrauen einen Vortrag über den § 17 F seiner Verordnungen zu halten, und es in diesem Vortrag zu beginnen, warum er die Weißen aus der christlichen Ehe in das Konkubinat zu treiben unternommen hat. (Heiterkeit und sehr gut! b. d. Soz.)

Henner sollen in Südwestafrika die dort lebenden Ausländer vom Wahlrecht ausgeschlossen sein. Den 625 Deutschen stehen aber 1725 Ausländer gegenüber. Darunter 1800 Engländer. Es ist kein Zweifel, daß solche Anordnung zu einem Konsult mit England treibt.

Wir müssen eine andere Kolonialpolitik treiben, die mehr im Interesse des Volkes, der Ansiedler und auch der Ein geborenen liegt. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Semler (Natl.): Den ersten Gedanken der Kolonialbaben hat Herr von Schudmann bisher in sehr unzureichender Weise erfaßt. (Sehr wahr! rechts, Lachen im Zentrum.) Bei der Justizreform sollte man die Neger von der Verurteilung ausschließen. Sie sind nichts als Kinder.

Abg. Hartmann (Wirtsch. Vgl.): Sagt darüber, daß beim Bahnbau in Südwelt nicht deutsche, sondern ausländische Arbeiter, vorwiegend Kroaten, beschäftigt werden. (Bravo! b. d. Wirtsch. Vgl.)

Staatssekretär Dernburg: Deutsche Arbeiter würden kaum die niederhellen Arbeiten zusammen mit den Schwarzen ausführen wollen. Auch haben wir nicht so viel überschüssiges Material in Deutschland. (Burst rechts: Arbeitslosen) Damals gab es keine Arbeitslosigkeit, und gerade die Herrenrechts klagen doch über Arbeitsmangel. (Sehr gut! bei den Soz.)

Vizepräsident Paasche: Aus dem Stenogramm ersehe ich, daß eine Veranlassung, den Abg. Lebedour nachdrücklich zur Ordnung zu rufen, nicht vorliegt. (Heiterkeit.)

Der Staat will nach den Beschlüssen der Budgetkommission bewilligt. Die Staat für Neu-Guttena, die Karolinen, Samoa und der Staat des Kolonialamts werden bedarflos, zum Teil noch unverstehlicher Debate gleichfalls bewilligt.

Die Musik spielte eben die Melodie des „Wippstäh“ als Galopp, die Paare rasten in langer Reihe hinter einander her, voran tanzten die beiden als Dürnen verkleideten Männer. Plötzlich stolperten sie und legten sich quer vor dem nächsten Paar auf den Boden. Zum Nu hatte sich ein freischlinger, zappelnder Menschenhaufen um sie aufgestürmt. Weiberröcke flogen und wurden in die Höhe gerissen, nackte Brüste kamen zum Vorschein. — Ein furchtbare Hallah erschütterte den ganzen Saal.

Der Wirt eilte mit einem handfesten Brauknecht hinter der Schenke hervor. Beide schwangen geschmeidige Lässigzimer in den Händen und ließen sie rücksichtslos auf die sich am Boden Bergenden niedersausen. Man hörte einen gellenden Aufschrei und zeterndes Wehgeheul, und fast so schnell wie sie entstanden, löste sich die Verwirrung. Die Paare stellten sich wieder zum Tanze auf, die Mädchen schüttelten die Noste und taten ordentlich an ihren Knochen herum, und die Musik, die beim Ausbruch des Tumults jäh versummt war, setzte wieder ein. Bald war alles beim alten, nur ein Unordentlicher, der von den Streichen der Lässigzimer ins Gesicht getroffen worden war, ging, drohungen ausstoßend, hinaus, um draußen am Brunnen die flammenden Stricke zu führen.

Gretchen hatte das Ende dieser wilden Szene gar nicht abgewartet. Sowie die Tanzenden übereinander taumelten, war sie ausgeprungen und hinausgeeilt, der Neger folgte mit bebenden Säcken, Wermelskirchen gemessenen Schritten, seine Trommel mit wichtigen Schlägen bearbeitend.

*Fortschreibung folgt*

Beim Titel: Kolonialschule in Wittenhausen erfreut das Wort:

Abg. Scheidemann (Soz.): In der kolonialen Zeitschrift und in der Südwestafrikaneischen Zeitung wird ausgeführt, daß die Schule zwar sehr stark Nekame für sich mache, daß aber die Leistungen nicht entsprechend seien und man mit den Jöglingen, wenn sie hinüber kommen, nicht zufrieden sei. Dieses sind Urteile von kolonialfreundlicher Seite. (Hört, hört bei den Soz.) Auch sonst werden Klagen laut. Man sieht dort besonders zum Vogantinsmus zu erziehen. Bei Durchsicht fürstlicher Verbindlichkeiten, auch wenn der Zug gar nicht hält, werden die Schüler längs des Bahndamms aufgestellt. (Hört, hört und Heiterkeit bei den Soz.) Diese Erziehung illustriert sehr merkwürdig die Worte des Staatssekretärs von den charaktervollen, rücksichtsvollen Beamten, die er in den Kolonien braucht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Kolonialschule betreibt auch einen schwungvollen Milchhandel und führt den Bürgern Wittenhausen schwere wirtschaftliche Nachteile zu. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dernburg: Ich brauche nicht nur rücksichtsvolle Beamte, sondern königstreue, rücksichtsvolle Beamte. Die Milchgeschäfte gehört nicht hierher.

Nachdem die noch übrigen Titel des Kolonialsets bei unverstehlicher Debatte bewilligt sind, folgt der Post statt in Verbindung mit der ersten Sitzung der Generalversammlung:

Abg. Dr. Böhler (Centr.): Das Abschaffen alter Abfälle in der Postverwaltung, Personalreformen, laufmännischen Geist im

Büroarbeiten, Sparjagd beim Bauen, Einsparung überflüssiger Schreibwaren usw. — Das Zentrum stimmt der neuen Telephon-

gebührenordnung in ihren Grundzügen zu, behält sich aber Einschaltungen vor und beantragt Überweisung an die Budgetkommission. (Vorfall im Zentrum.)

Staatssekretär Arktis: Die Post hat allerdings ihren Betrieb laufmännisch zu betreiben. Sie darf aber darüber nicht vergessen,

dass sie ein staatliches Institut ist. Die Telephongebührenordnung haben wir mit Vertretern des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und des Handwerks eingehend beraten. Unser Entwurf hat die Anerkennung der Meisterschaft, wenn auch nicht einer überwältigenden Mehrheit, gefunden. Man sagt, daß das platten Lande teure Anlagen nicht nötig, weil ja die Deckung, die Hauptheinnahmen, doch nur aus den Städten kommen. Ein privater Unternehmer kann so argumentieren. Der Staat aber hat einen gerechten Ausgleich im Auge zu behalten. Das dabei dem einen genommen werden muss, was dem andern gegeben wird, läßt sich nicht vermeiden. In der Kommission wird sich ja zeigen, ob bessere Vorschläge möglich sind. Ebenso wie ich hoffe, daß die Herren Vertreter des platten Landes noch weitergehende Wünsche vorstellen werden, hoffe ich, daß die Befürchtungen der großstädtischen Kreise sich als nicht so stichhaltig herausstellen. So werden wir, wie ich denke, zu einer Verständigung gelangen. (Vorfall rechts und im Zentrum)

Das Haus verläßt die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr.

## Das Schachergeschäft in der Steuer-kommission.

In der Finanzkommission lagen am Mittwoch zur Beratung die Anträge Gamp und Herold vor. Genosse Geyer erklärte: Wenn außer diesen Anträgen keine neuen Vorschläge der Kompromissparteien der Kommission unterbreitet werden, dann wird heute wieder ein Los in die Luft gerichtet. Die Anträge sprechen von einer Beschleunigung der Besteuerung einzelner Abgeordnete Personen, daß Wort Beschleunigung sei eine Phrase. In der Tat kann von einer Belastung des Besitzes, wenn das Kompromiß auf der Grundlage dieser Anträge zu stande kommen sollte, keine Rede sein. Uebrigens haben die eingestellten Finanzminister sich bereits entschieden gegen diese Form erklärt. Die Weiterberatung ist also vollkommen zwecklos. Durch die vorgelegte Form von der „Besitz“-Besteuerung würde vor allem das Arbeitseinkommen getroffen. Aber es ist die Möglichkeit vorhanden, daß wenn diese Anträge angenommen werden, daß Reich überhaupt keinen Nadel erhält. Die Finanznot in den einzelnen Staaten hat die Minister zu ihren Erklärungen veranlaßt. Wenn nun die Einzelstaaten nichts zahlen — das ist die Hauptfrage. Wir haben längst über die Bestellung, event. den Erlös der ungedeckten Matrizableiteträte gestritten. Sie sind gering gegenüber den 150 Millionen Mark, die hier gefordert werden. Kommen nun die Finanzminister mit Klagen über Zahlungsunsicherheit, wie sollen dann diese 150 Millionen eingetrieben werden? Die Preußische Zeitung sprach schon von einer Revolution. Wer soll diese ausführen? (Gut: „Der preußische Gendarm!“) Der preußische Gendarm kann die Steuern nicht einziehen, denn der preußische Finanzminister hat sich ebenfalls gegen diese erhöhten Matrizableiteträte erklärt. Das Reich wird also gar nichts behalten, und ich komme zu dem Schluss, daß dieser Antrag nur gestellt ist, um die Steuern zu verhindern. Merkwürdig ist die Stellung des Zentrums; es hat die Nachlaststeuer der Regierung vor die Hölle geworfen. Nun hat gestern der Abgeordnete Spahn der Regierung die Hilfe des Zentrums von neuem angeboten, obgleich fürst Billow längst dem Zentrum eine Absage erteilt hat. Er sagte, er wolle den Block durch das Zentrum nicht aufzulösen. Trotzdem bietet das Zentrum seine Hilfe an. Die Hilfe des Zentrums schien den Block zu zerstören. Das hätte es billiger haben können; es hätte nur die Nachlaststeuer bewilligen dürfen, die mit dem Zentrum, den Freisinnigen und den Sozialdemokraten angenommen worden wäre; dann war der Block zerstört. Es hat diese Gelegenheit versäumt. Ich befürchte, die Anträge haben gar keinen Wert, sie sind auch sonst unannehmbar.

Der bayrische Bundesratsbevollmächtigte v. Burchardt erklärt im Namen des bayrischen Finanzministers, daß die bereits vom Schatzkonservator und preußischen Finanzminister ausgesprochenen Bedenken gegen die Anträge Gamp und Herold weiter bestehen. Die ganze Steuergabegebung der Einzelstaaten müsse daraufhin wieder umgearbeitet werden. Dabei sind die Regierungen von den Landtagen abhängig. Mit den erhöhten Matrizableiteträten schaffen Sie dem Reich kein neues Geld. Gegenüber den vorliegenden Bestrebungen gibt es eine Grenze; das ist das Budgetrecht der Einzelstaaten. Das ganze deutsche Volk verlangt endlich einmal praktische Arbeit und eine Lösung der Finanzfrage.

Der vorliegende Paasche erwähnt dem bayrischen Bundesratsbevollmächtigten, die Kommission habe gearbeitet; nun sollten die verbündeten Regierungen an die Arbeit gehen. Die Bundesratsbevollmächtigten von Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen treten auf die Seite des bayrischen Bundesratsbevollmächtigten.

Abgeordneter Spahn sagt: Vor drei Jahren lehnte die Regierung die Nachlaststeuer ab; jetzt kommt sie mit der Nachlaststeuer, nun sollen wir einholen. Es scheint, daß die verbliebenen Regierungen eine gewisse Obstruktion treiben. Unser Antrag zeigt den gangbaren Weg. Der Abgeordnete Geyer hat sich mit meiner Stellung befestigt und von einer Absage des Reichskanzlers an das Zentrum gesprochen. Ich höre hier davon zum erstenmal. Will der Reichskanzler mit dem Freisinnigen die Reform machen, nun gut! Aber die Abstößen des Reichskanzlers werden und nicht abhalten, zum Wohl des Reiches hier mitzuarbeiten. Weder sucht dann die Einzelstaaten des bayrischen Bundesbevollmächtigten zu entkräften. Bei Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuches hätten sich die Einzelstaaten auch danach einrichten müssen. So große Schwierigkeiten mache das nicht. Mögen die Regierungen andre Vorschläge machen.

Schatzkonservator Sydow bleibt bei seinen früher geäußerten Bedenken stehen. — Abgeordneter Gamp meint, in der Kom-

hosten Eindruck ihrer Erscheinung bis auf die letzte Spur getilgt hatte. Ihr Gesicht erschien ungewölfchen, das Haar verwirrt, und das Kostüm verdreckt und schmutzig. Dennoch äußerte sie den ungeheuerlichen Wunsch: „Ach, wenn es doch das ganze Jahr Fastnacht wär!“ Dann machte sie Gretchen auf die beiden dienstaften Erscheinungen auf der Bühne aufmerksam. „Das sind gar keine Weiber,“ erklärte sie, „das sind ein Paar Männer, die vom Wirt bezahlt werden.“

Gretchen machte ein unglaubliches Gesicht, aber Berta versicherte unter widerlichem Lachen, daß sie sich selbst durch das Gefühl von ihren männlichen Eigenschaften überzeugt habe.

„Na, was tun die denn hier, daß der Wirt sie bezahlt?“ fragte Gretchen.

„Die müssen Leben in die Wude bringen, du sollst noch sehen.“

Glückslicherweise wurde Berta Baum bald von einem ungeschlackten Bürchen fortgeholt. Sie wollte mit ihm zum Tanzplatz gehen, aber er drängte sie nach der Tür und schleppte sie hinaus, obgleich sie sich lallend weigerte.

Immer finsterer wurde Wermelskirchens Gesicht und immer wilder schlug er auf die Trommel ein. Und Gretchen saß und wartete in forschbarer Angst.

Ihre Schwester kam nicht. Aber Samuel, der Neger, erschien. Er grinste über das ganze Gesicht, als er das Mädchen erblickte, er dachte jetzt sich reichlich schadlos zu halten für die Tantauausgaben, die er auf dem Bürgermarkt hatte erdulden müssen.

mission habe sich eine erfreuliche Annäherung unter den bürgerlichen Parteien vollzogen. Die Regierungen hoffen, uns unter das Dach der Nachlohnsteuer zu bringen. Das sollten sie den Prinzipien einig. Nun sollten uns die Regierungen entgegenkommen.

Mr. L. - Meinungen erklärt: Aus den Bemerkungen in der Subkommission können wir nur entnehmen, daß das Zentrum an eine Dividendensteuer als direkte Steuer gedacht hat. Wollen die Regierungen die Nachlohnsteuer, dann sollen sie den Schluß ausfüllen. Ich meine, wir schaffen jetzt doch nur ein Provisorium. Wir halten daran fest, daß nur von einem festen Betrieb eine Steuer erhoben werden soll. Der Antrag Herold ist für und unannehmbar. Dieselben Bedenken gelten auch für den Antrag Kampf, der sich auf den § 7 ein Reichspatent geben lassen kann.

Graf Schwerin erklärt: Obgleich die Anträge Kampf und Herold wenig Aussicht auf Annahme haben, kommen sie doch dem Gedanken einer Besteuerung näher. Wir suchen nun eine Form der Besteuerung des Besitzes, die das Budgetrecht der Eingestandene wohlt. Diese Form wird sich finden lassen. — Maßnahmen schlägt sich den Ausführungen Scherling an. Redner willst eine Wehrsteuer. — Spahn verkündete dann eine Abänderung des Antrags Herold. — Geyer beantragt dazu, daß diese Abänderung morgen der Kommission gedruckt vorgelegt werde.

## Soziale Rundschau.

Von der Krise.

Die Wirkungen der Krise machen sich in der Obersteiner Schmuckwaren- und Kettenindustrie mit ganz besonderer Schärfe bemerkbar. Der Verbraucher der in dieser Industrie erzeugten billigeren Schmuckartikel ist die Arbeiterbewohlung in allen Ländern, nach denen die billigen Schmuckwaren und Ketten der Obersteiner Industrie ausgeschüttet werden. Da die Krise aber hier ebenso ihre Konsum aufsehenden Wirkungen zeitigt, so ist es klar, daß insbesondere die Schmuckindustrien, die für den Bedarf der Arbeitermassen produzierten, in erster Reihe von der Krise betroffen werden. Eine Verschärfung der Wirkung der Krise haben aber dazu noch die Obersteiner Fabrikanten in ihrer Weise selbst herbeigeführt, indem sie durch ihre unverstandige Auspaltung im Jahre 1907, die sich ja bis zum Ende des selben Jahres und bis zum Ausbruch der Krise selbst hinzog, dazu beitragen, daß die Pforzheimer Kettenfabrikation sich einen sehr großen Teil der bisher in Oberstein angesetzten Aufträge zuwenden und für die Zukunft sorgen konnte. Ganz besonders kommen hierbei die billigen Damenuhrketten, Herrenketten (Kavalierketten) in Betracht, die bisher in Oberstein vergoldet geliefert wurden und nunmehr von der Pforzheimer Fabrikation sogar in billigstem Tonblatt geliefert werden. Während also in Oberstein im vergangenen Jahre diese Aufträge sich immer gewaltiger verminderten und die arbeitslosen Goldschmiedegehilfen sogar von der Stadt Oberstein mit dem Verkäufer von Straßkleid und mit Erdarbeiten bei Straßbauteilen beschäftigt wurden, hatte die Pforzheimer Fabrikation in diesen bisher in Oberstein angesetzten Artikeln trotz der Krise durchweg Beschäftigung.

Die Zahl der Arbeitslosen in Oberstein war aber so groß, daß selbst die Stadt nicht alle beschäftigen konnte, die sich zur Arbeit melden. Da beschäftigte nun auch die Organisationsleitung des Metallarbeiterverbands in Oberstein für einen weiteren Teil der Arbeitslosen dadurch Arbeit, daß die Regierung zu Wirkung um Überlassung von Kieselschlagarbeiten an den Betrieb erfuhr. Aber auch dadurch wurde die Zahl der Arbeitslosen nicht bedeutend vermindert, denn diese Kiesarbeiten erforderten schon immer eine größere Kraftaufstellung, als sie die Mehrheit der Arbeitslosen und deren durch die erkrankte Nahrungsweise ausgemergelten Körper verrichten konnte.

Wie stark nun die Krise schon im letzten Halbjahr 1908 auf die Obersteiner Industriearbeiter wirkte, das mögen folgende Zahlen zeigen:

In der Obersteiner Industrie werden beschäftigt rund 2200 Männer und Frauen. Von diesen waren Mitglied des Metallarbeiterverbands rund 1500. Trotzdem nun durch die Beschäftigung bei der Stadt und durch die Kiesarbeiten für die Regierung ein Teil der Arbeitslosen, wenn auch geringer bezahlt, so doch über Arbeit überhaupt gefunden hatte, so mußte die Verbandsklasse doch noch an 600 männlichen und 120 weiblichen vollberechtigten Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung auszahlen. Im ersten Quartal des Jahres 1909 macht sich aber die Arbeitslosigkeit in Oberstein durch die Krise noch weit schärfer bemerkbar. Mußte doch in den ersten zwei Monaten d. J. bereits an 488 Mitgliedern Unterstützung aus Verbandsmitteln gehabt werden. Fast in allen Betrieben Obersteins müssen die noch Beschäftigten dazu 1, 2 oder auch 3 Tage in der Woche aussetzen. In manchen Betrieben, deren Inhaber besonders eifrig Mitglieder des Unternehmensverbands sind und die zum großen Teil durch die Auspaltung dazu beigetragen haben, daß die Pforzheimer Fabrikanten sich einen großen Teil der Aufträge annehmen konnten, sucht man sie nicht, wie in der Mehrheit der Betriebe, tageweise auszuhängen läßt, sondern nur täglich einige Stunden. Dadurch entgeht diesen Mitgliedern natürlich der Anspruch auf die Unterstützung, während die Herren selbst dadurch den Anschein erwecken, als ob in ihren Betrieben vollauf zu tun wäre. Die Erhöhung über eine solche Taktik der Obersteiner Unternehmer trug natürlich dann ihre Früchte nach der Rückkehr hin, daß auch der sogenannten aufzubenden Arbeiter ein Licht aufsucht, wer denn eigentlich die sonst sehr konkurrenzfähige Obersteiner Industrie zugrunde gerichtet hat und welche Kräfte daran gearbeitet haben, daß die Krise sich in ganz besonderer Schärfe der Industriearbeiter von Oberstein fühlbar machen muß.

Aber auch die Stadt Oberstein glaubt noch durch die Krise von der Arbeitslosigkeit profitieren zu können. Man beschäftigte die Arbeitslosen an den Kanalisationarbeiten für die Stadt und vereinbarte auch einen bestimmten Tarifpreis pro ausgebrachten Kubikmeter Fels und Erdreich. Man hielt sich aber an diese Abmachungen und Vereinbarungen in dem Augenblick nicht, wo die mit diesen Arbeiten beschäftigten Arbeiter nach Ansicht der Bauleitung zuviel verdienten, sondern kürzte einfach die Preise. Dafür aber ist der Steuerholt ein ganz besonders pünktlicher Besucher, der die äußerst hohen Steuern, mit denen man im vergangenen Jahre die Arbeiter hier bedachte, unerbittlich einzutreiben sucht. Nach dem oldenburgischen Steuergesetz, das auch für das Fürstentum Birkenfeld gilt, ist sogar eine Ermäßigung der veranlagten Steuer möglich, wenn das Einkommen um mehr als den fünften Teil vermindert worden ist. Obgleich nun aber bei fast allen in der Industrie Obersteins beschäftigten Arbeitern diese Tatsache zutrifft, besteht die Steuerbehörde dennoch auf Zahlung der ursprünglich veranlagten Steuern. In einigen Fällen drohte man sogar den Steuerrestanten mit der Erzwingung des Offenbarungsseines.

Wie die Krise in finanzieller Beziehung auf die Kasse der Arbeiterorganisation in Oberstein wirkt, das mögen noch folgende Zahlen zeigen. Im Jahre 1907 wurden an Arbeitslosenunterstützung vom Deutschen Metallarbeiterverband in Oberstein ausgegeben: 320.80 M. Im Jahre 1908 dagegen: 28.915.38 M. In den ersten zwei Monaten dieses Jahres wurden aber, und diese Zahlen bedeuten eine noch weitere gewaltige Steigerung der Arbeitslosenziffer, sogar rund 7000 M. an Arbeitslosenunterstützung ausgegeben. Zu bedauern sind dabei natürlich

alle die Arbeiter, die den Lockungen der Unternehmer folgten, ihre Organisation und damit auch ihre Unterstützungsrechte an diese preisgaben. Sie gehen jetzt bei der Krise leer aus und müssen ebenso ausziehen, oder werden ebenso zur Arbeitslosigkeit durch den Arbeitsmangel verurteilt, wie die organisierten Arbeiter.

### Arbeitslosenzählung.

Nach dem amtlichen Ergebnis der von der Stadtvorwahl veranstalteten Arbeitslosenzählung in Dresden vom 26. Februar wurden 5472 Personen als arbeitslos ermittelt. Davon schied aber der amtliche Bericht 997 aus nichtigen Gründen aus, so daß nur 4475 Personen blieben. Davon sind 2782 Personen länger als ein Vierteljahr arbeitslos, ein großer Teil bis 5 Monate.

Die Arbeitslosenzählung wurde in der Weile vorgenommen, daß sich die Arbeitslosen an amtlichen Stellen zu melden hatten. Es ist selbstverständlich, daß dadurch viele Arbeitslose abgedeckt worden sind, sich zu melden, so daß das Resultat in seinem Verhältnis zur wahren Arbeitslosigkeit steht.

Der amtliche Bericht zeigt deutlich das Bestreben, die Arbeitslosigkeit als unerheblich erscheinen zu lassen, wahrscheinlich, damit die Stadtvorwahl keine Maßnahmen zur Unterhaltung der Not zu treffen braucht.

## Gewerkschaftsbewegung.

Der gelbe Sumpf.

Im größten Saale Augsburgs, dem Sitz und Ausgangspunkt der gelben Bewegung in Deutschland, sprach am Montag in einer vom Deutschen Metallarbeiterverband einberufenen öffentlichen Arbeiterverammlung Genosse A. Cohen-Berlin über den „gelben Sumpf“.

In der Absicht, die Versammlung zu sprengen, hatte sowohl die Maschinenfabrik Augsburg als andre Etablissements den Gelben die Erlaubnis gegeben, eine Stunde früher Feierabend zu machen, um schon von vornherein den Saal mit Gelben zu befreien. Die Versammlung war denn auch übersättigt, gegen 4000 Personen sahen und standen im Versammlungssaal, weit über 1000 Besucher fanden keinen Einlaß, der Saal mußte polizeilich geschlossen werden.

Außerdem Vorstandsmitgliedern der gelben Vereine Augsburgs und Umgebung waren sämtliche Meister und Beamten zu der Versammlung kommandiert, der bekannte Prokurator Pfeiffer der Maschinenfabrik Augsburg nebst andern, eifriger Förderer des gelben Arbeitervertrags übten persönliche Kontrolle aus. Dazu waren noch erschienen: Rudolf Lebius aus Berlin, der Vorsitzende des gelben Vereins der Siemens-Schuckert-Werke, Schönfisch Berlin, und der Vorsitzende des gelben Vereins von R. Wolf-Magdeburg-Bückau, Hoffmeister. Die Rollen waren planmäßig verteilt, um die Versammlung zu sprengen, und sogar die Leute bestimmt, die „Deutschland über alles“ singen sollten.

Schon eingangs der Versammlung suchte Lebius durch Stellung von Geschäftserörterungen die Unwesenden zu provozieren und den Saal vorzubereiten. Als diese Versuche unter dem stürmischen Beifall der Unwesenden zurückgewiesen wurden, verließ Lebius und sein Anhang — unter Schimpfen und Schreien — das Versammlungssaal mit der Aufforderung an die Gelben, ebenfalls zu gehen, und in einem andern Lokale zu tagen. Die gelben Drahtzieher hatten nämlich für alle Fälle einen Saal gemietet.

Und nun trat etwas Unerwartetes ein: die zu vielen Hunderten anwesenden Gelben ver sagten ihren Führern die Gefolgschaft, sie blieben sitzen. Nur etwa ein Dutzend verließ den Saal, die andern wohnten der Versammlung bis zum Schlusse bei. — Die Versammlung verließ sonst durchaus ruhig, die Aufführungen Cohens wurden sehr beifällig aufgenommen, und die Unwesenden stimmten schließlich mit Begeisterung ein in das auf die internationale Gewerkschaftsbewegung und auf die Sozialdemokratie ausgeschaffte Hoch.

Die Polizei war äußerst fürsorglich, der Saaleingang und die Straße war von etwa 50 Schülern besetzt, in einer benachbarten Kaserne war eine Polizeiabteilung stationiert und eine Anzahl Geheimpolizisten hielten sich im Saale auf.

Die gelbe Bewegung in Augsburg hat durch diese Versammlung einen derben Stoß erhalten.

### Das Kost- und Logiskunwesen in der Holzindustrie.

Wie durch die Organisation das Kost- und Logiskunwesen in der Holzindustrie zurückgebracht worden ist, geht das Material in dem bei Dr. H. in Stuttgart soeben erschienenen Buche: Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie. Die im November 1908 vom Holzarbeiterverband aufgenommene Statistik zeigt, daß von 21.450 von der Statistik erfassten Personen nur noch 618 beim Unternehmer in Kost und Logis waren.

Unter den 618 Kost- und Logisarbeitern sind hauptsächlich die Tischler vertreten, mit 488 Personen in 269 Betrieben. Ihnen folgen die Stellmacher, 85 an Zahl in 46 Betrieben, und die Drechsler mit 86 in 22 Betrieben. Der durchschnittliche Wochenverdienst der Tischler betrug 25,16 M., der Geldlohn der in Kost und Logis siebenden Tischler dagegen 8,53 M. Wollte man Kost und Logis mit 12 M. bemessen, ergibt sich immer noch eine Lohnendifferenz von 4,68 M. Bei den Stellmachern betrug der Durchschnittslohn 25,08 M., der Lohn bei Kost und Logis nur 7,77 M., was bei gleicher Bewertung von Kost und Logis eine Differenz von wöchentlich 5,81 M. ergibt. Bei den Drechslern (28,70 M. zu 8,47 M.) macht der Unterschied 8,23 M. aus. Zu einem sicherlich nicht minder wichtigen Vergleich in der Arbeitszeit fehlt leider eine besondere Angabe der Arbeitszeit bei Kost und Logis. Selbst wenn man in Betracht zieht, daß das Kost- und Logiskunwesen in der Holzindustrie nur noch in rückläufigen Gegenben befreit kann, in denen der Lohn im allgemeinen unter dem Durchschnitt steht, so steht dennoch fest, daß die Kost- und Logisgeber zum Nachteil der Arbeiter das Jahr über nicht wenig Lohn付出, zumal in solchen Gegenben auch die Nahrungsmittel wesentlich billiger sind, als in den Großstädten.

### Zur Schauspielerbewegung.

Die Solidarität der Terroristen des Deutschen Bühnenvereins scheint in die Brüche gehen zu wollen. Die Schriftstelleralliierten des Vorzuges — des Grafen Höhnel-Höhnel, des „Freundes des Kaisers“ — finden lebhaften Widerstand.

Nachdem schon die Direktionen in Frankfurt a. M., Straßburg und Graz erklärt hatten, nicht mitmachen zu wollen, und daß die Koalitionsrecht der Bühnenangehörigen dadurch anerkannt, daß die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger als befugte Vertreterin des deutschen Schauspielpersonals ansieht, haben weitere neue Theater in einer Sitzung vom 28. Februar in Berlin die

Bestreben zu erkennen gegeben, mit ihren Theatervitaßen eine Friedliche Versöhnung auf moderner, sozialer Grundlage herzustellen.

Es betrifft das u. a. die Theater in Gütersloh, Bern, Luzern, St. Gallen, Basel, Mühlhausen i. Th. und Kolmar. Die Theatervitaßen wollen ihren Ausdruck aus dem Bühnenverein nur deshalb nicht erklären, damit die intrasigenen Elemente nicht vollends die Oberhand gewinnen.

Aufgehobene Sperre. Die Sperre über die Bierorellensabrik Waldorf-Astoria-Kompanie in Augsburg ist aufgehoben worden. Die junge Tabakarbeiterorganisation hat mit der Belebung des Konflikts einen Erfolg zu verzeichnen. Es ist nämlich der Kas, daß nur unorganisierte Arbeiterinnen zu beschäftigen seien, nach längeren Verbündungen zurückgezogen worden; außerdem wurden drei Ausgezogene wieder eingestellt.

Ausgeglichene Differenzen. Die Differenzen in der Kronenfabrik von Hanau in Gerresheim bei Düsseldorf-Hausen-Düsseldorf Berlin sind ausgeglichen. Die Firma zahlt den alten Lohn weiter. Die Arbeit wurde am Mittwoch wieder aufgenommen.

Der Streik bei der Zigarettenfabrik von Zwickau in Dresden hat nun auch die Zigarettenarbeiter und die Klemmacher angeschlossen; die Zahl der Streikenden beträgt jetzt 150.

## Lebte Nachrichten und Depeschen.

Kiel, 4. März. Gestern abend wurden hier drei sozialdemokratische Versammlungen gegen den beabsichtigten Wahlrechtsraub abgehalten, die sämtlich übersättigt, zum Teil polizeilich abgesperrt waren. Es wurde in allen Versammlungen eine Resolution angenommen, die es als einen Widersinn und eine Schande für die Stadt Kiel bezeichnet, daß in demselben Jahr, da sich die große Mehrheit der Bevölkerung mit Nachdruck gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen erklärt hat, das gleiche Wahlrecht für die Stadtvertretung eingeführt werden soll. Alle Polizeiweisen in der Umgebung des Rathauses waren mit starken Schuhmannsaufgeboten besetzt, die Straßen demonstrieren erwarteten. Es kam jedoch zu keinen Straßenkämpfen. — Wie jetzt feststeht, sind außer den zehn Sozialdemokraten nur noch vier bürgerliche Stadtverordnete Gegner der Wahlrechtsrichtung. Da das Stadtparlament zurzeit 20 Vertreter zählt, steht die Entscheidung auf des Messers Schneide.

Berlin, 4. März. Dr. Breitscheid machte in einer öffentlichen Versammlung Mitteilungen über Verhandlungen, die zwischen der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung in letzter Zeit zwecks Herstellung einer Fusion stattgefunden haben. Von der Volkspartei sei dieser Schritt aber abgelehnt worden mit der Begründung, daß an eine Vereinigung nicht zu denken sei, so lange die Abgeordneten Goethein und Pottkoff Mitglieder der Vereinigung blieben.

Berlin, 4. März. Die ostböhmischen Fuselbrenner haben es durchaus eilig, das neueste Produkt der Sudetischen Steuerkunst unter Dag und Dag zu bringen. Die bürgerliche Presse berichtet: Die neue Brannweinsteuer vor der Vorlage, deren Entwurf das Mitgliedern der Finanzkommission zugänglich ist, soll auf Wunsch einflussreicher Kreise das Reichssteuer möglichst rasch durchsetzen werden. Am Laufe des morgigen Tages wird die Begründung zu dieser Vorlage fertiggestellt, und es besteht die Absicht, in der Finanzkommission die Vorlage sobald als möglich zur Debatte zu stellen. Man hofft, sie in der Kommission rasch durchzubringen und dann sofort im Plenum, auf die Tagessordnung legen zu können. Die Brannweinsteuer-Vorlage soll also außerhalb des Rahmens der Reichsfinanzreform in möglichst kurzer Zeit durchsetzt und verabschiedet werden. Daran wollen sich die Abgeordneten, die diese rasche Durchsetzung der Vorlage wünschen, auch durch die Abstimmung auf den Etat nicht behindern lassen, indem sie darauf hinweisen, daß die Fertigstellung des Etats vor dem 1. April ohnehin kaum möglich sein werde, und ein Notgesetz ja schon in Aussicht genommen sei.

Hamburg, 4. März. Die Bürgerschaft hat in einer sittlichen Sitzung die freisinnigen und sozialdemokratischen Anträge auf Wiedereinführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zur Bürgerschaft abgelehnt. Die Sitzung dauerte bis spät in die Nacht.

Dresden, 4. März. Infolge Schneeverwehungen ist die Güterbahn Annaberg-Nürnberg verstopft. Auf der Strecke Schneibis-Döbeln der Magdeburg-Döbelner Schnellspurbahn, auf der gestern der Verkehr zeitweilig unterbrochen war, findet wieder ungehindelter Zugverkehr statt.

Darmstadt, 4. März. Wie der Darmstädter Tägliche Anzeiger erfuhr, hat der nationalliberalen Reichs- und Landtagsabgeordnete Dr. Danner wegen der Wahlvorgänge in Alsen-Zingen den Vorwurf im Landesausschuß der nationalliberalen Partei in Hessen niedergelegt. Eine große Anzahl von Protesten des Wahlkreises Alsen-Zingen hat beschlossen, aus der evangelischen Landeskirche auszutreten und die hierzu nötigen Schritte bereits unternommen, nachdem festgestellt worden ist, daß viele protestantische Geistliche und sogar der Dekan für den Zentrumskandidaten Uebel agitiert haben. Der Jungliberale Verein in Worms protestiert öffentlich gegen die Unterstützung des Zentrums durch die Nationalliberalen.

Wien, 4. März. Aus Wien wird gemeldet: Die serbische Regierung wird heute in der Skupština in geheimer Sitzung einen Beschluss darüber einholen, ob sie an der Resolution vom 4. Januar d. J. festhalten will. Die kriegerische Stimmung wächst, besonders nachdem eine Konferenz des Generalstabes stattgefunden hat.

Wien, 4. März. Hier sieht man infolge des vom serbischen Ministerrat gefassten Beschlusses die Intervention Russlands und der anderen Mächte für vorläufig gescheitert an. Ob noch eine Intervention anderer Art folgen wird, ist abzuwarten, und das Wiener Kabinett wird auch zunächst abwarten, wie sich die anderen Mächte der Haltung Serbiens gegenüber verhalten werden. Wie es heißt, wollen die Mächte auf einen Vorschlag Frankreichs nochmals die dringende Aufforderung an Serbien ergehen lassen, seine missliebigen Forderungen fallen zu lassen. Sollte die Antwort wieder ablehnend beschieden werden, so werden die Mächte, wie verlaufen, übereinstimmend erklären, daß Serbien auf ihre Unterstützung bei seinem weiteren Vorgehen nicht zu rechnen habe.

## Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!

### Feld unausgesetzt tätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Berantwortlich für den redaktionellen Teile Richard Wahlert in Leipzig.

Berantwortlich für den Interessenteil:

Friedrich Bitter in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittinghoff-Gesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

**Deutscher  
Holzarbeiterverband**  
(Zahlstelle Leipzig.)  
Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr  
**Mitgliederversammlung**

im Volkshaus, Seitzer Straße 82.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Paul Lenzsch über: Der Tribut der Industriearbeiter an die Landwirtschaft.
2. Bericht des Bibliothekars und Neuwahl desselben.
3. Verbandsangelegenheiten.

**Fischler-Anschlager:** Dienstag, den 5. März, abends 8 Uhr Versammlung im Volkshaus.

**Stellmacher:** Sonnabend, den 6. März, abends 8 Uhr Versammlung im Volkshaus.

**Delegierten aller Betriebe:** Donnerstag, den 11. März, abends 8 Uhr, im Volkshaus.

Büntlichen und starker Besuch erwartet. Die Lokalverwaltung.

**Turnverein L.-Ostvorstadt**

Sonnabend, den 6. März, abends 9 Uhr

**Mitglieder-Versammlung**

im Restaurant Goldnes Schäfchen.

Büntlichen Besuch erwartet [3535] Der Vorstand.

**Deutscher Krautzen-Unterstützungs-Verein**

zu Leipzig, Bachstrasse 3.

Donnerstag, den 25. März, abends 8 Uhr

im Tivoli, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Vorlegung und Prüfung der Jahresrechnung. 2. Bericht des Rektors. 3. Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes. 4. Wahl des Kontrollors und 1. und 2. Beisitzer.

Der geschäftsführende Vorstand. Herzog.

**Gasthof Neustadt**

Goldner Saal.

Morgen Freitag, abends von 8 Uhr an

**138. Willy Wolf-Spezial-Konzert**

Operetten-Abend!

Hierauf: **Fest-Ball.**

Feinster Freitagsball Leipziger!

Nächsten Sonntag: Leipziger Sänger u. Ball.

**Grüne Schänke**

L.-Anger. — Telefon 3945.

Morgen Freitag

**Grosses humor. Konzert**

der allbeliebten Krystallpalast-Sänger  
Sodinter. Von täglichem Brot amm. Nachdem: Der beliebte Freitagsball. Vornehmster Ballbetrieb bei Ottens sowie jeden Sonntag von 4 Uhr an Grosser Elite-Ball. — Es lädt ergebnist ein K. Jacob.

**Brauerei Burghausen-Leipzig.**

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Aktiva. Bilanz per 30. September 1908.

Grüssere Posten, heute im Betrage von

**130 Tausend 255 Mark**

Gardinen, Stores, Vitrinen, Tüll-Bettdecken, Vitrinenstoffe etc., kommen in nachgenannten Verkaufsstellen in bekannter Gediegenheit **eminently billig** zum Verkauf.

Vertrieb von Erzeugnissen sächs.

**Gardinen-Fabriken**

Georg Methner

Tauchaer Strasse 1, beim Krystallpalast.

Dresdner Strasse 30, zwischen Göschen- und Perthesstrasse.

Plagwitz, Zschochersche Strasse 35, Nähe Weissenfelser Strasse.

Lindenau, Demmeringstrasse 32, frühere Post, am Markt.

Gohlis, Äussere Hallische Strasse 55, gegenüber Reginenstrasse.

**Westendhallen, L.-Plagwitz**

Morgen Freitag Grosses Künstler-Konzert.  
Anfang 8 Uhr. Hierauf Ball. Ende ?  
[3537] Ergeben! Emil Fröhlich.

**Stadt Wunsiedel**

Sternwartenstrasse 13.  
Sonntag: Gr. Bockbier-Rummel.

Hierzu lädt freundlich ein [3516] Wih. Grose.

**Max Haufes Gast- und Logierhaus**

43 Seeburgstrasse 43 \*

Empfehlungsfreundl. Lokalitäten. Gutesaue. Uebernacht. ff. Biere. Kräftigen Mittagstisch. Verkehrslokal der Tischler. Achtungsvoll D.O.

**Formerheim, Restaurant**

Lindenau, Kanzlersstr. 46.

Empfehlungsfreundl. Lokal zur gess. Benutzung. Speisen und Getränke hochfein. — Freitag und Sonnabend Schweinsknochen. — Sonnabend von 10 Uhr abends an Speckkuchen. Hochachtungsvoll Oskar Schmidt.

**Restaur. Ostende**

Oststrasse nahe am Neuen

Reudn. Friedhof

Bringen unsere freundlichen Lokalitäten in empfehlende Erinnerung. Gesellschaftszimmer (80 Personen fassend).

Morgen Pfannkuchenschmaus. Ergeben! laden hierzu ein Adolf Hofmann u. Frau.

**Oberpollinger**

Parkstr. II

Ganz neu für Leipzig

?????????????

Täglich Konzerts-12; Sonnt. 11-1,

4-12 Uhr. ff. Kulmbach. Bock

**Traute**

**Wohnräume.**

Die schönsten Wohnungseinrichtungen kaufen Sie im

**Möbel-Spezialhaus**

Gustav Panster

Gohlis, Neginstraße 1.

Verlangen Sie neuest. Prosp.

freiwill. Wohnungs-Günzdrift.

— gratis und franco.

Leipzig, den 1. März 1909.

# 1. Beilage zu Nr. 52 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 4. März 1909.

## Politische Uebericht.

Eine Posenfigur.

Der brave Herr v. Kröcher ist ein ulstiger sterl, und die Junker haben ihn sicherlich nur deshalb zum Präsidenten ihres Parlamentsclubs, den sie preußisches Abgeordnetenhaus nennen, gewählt, damit er die Langeweile ihres Geschwörchens durch Palauer und Posen wirze. Und man muss gestehen, in dieser Hinsicht übertrifft der Mann die führenden Erwartungen. Höflich war die Szene, als vor einigen Tagen Genosse Adolf Hoffmann über die kapitalistische Kirche sprach und der Grande aus der Udermark plötzlich so scharrten ansing: Ich verbiete mir, dass Sie in diesem Ton von unserem Herrn Jesum Christum sprechen. Nun hat sich der Präsident eines Parlaments selbstverständlich gar nichts persönlich zu verbitten, sondern nur nach den Regeln der Geschäftsordnung zu verfahren. Aber es ist doch eine verflucht schändige Sache, — äh! — wenn man einen Sozialdemokraten so recht von oben herunter wie ein neugebackener Leutnant seinen Burschen annäseln kann. „Ich, Jordan v. Kröcher, aus Irenschinbe in der Altmark, verbiete mir das!“ Das ist entschieden torisch. Die Komik dieser Situation wurde noch erhöht, daß es ausgerechnet „unser Herr Jesus Christus“ war, als dessen wohlwollenden Protektor sich der gute Jordan aufspielte. „Unser Herr Jesus Christus“ würde es sich wahrscheinlich, wenn er jetzt lebte, seinerseits gründlich „verbitten“ von den Brothuherern und Steuerhinterziehern beschützt zu werden, er würde, wie er schon einmal tat, die Peitsche vom Nagel nehmen, und die Gesellschaft zum Tempel hinausjagen — wenn ihm nicht schon vorher wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, Erregung von Klassenhass und unerlaubter Straßendemonstration ein Kriminalprozeß angehängt und er unter wiederndem Verfallsgehrill der Junker zu langjährigem Gefängnis verdonnert worden wäre.

Eine entschiedene Glanzleistung vollbrachte der gute Jordan auch am letzten Dienstag, als das Reichsparlament unter seinem Vorsitz den Etat des Ministeriums des Innern beriet. Es spielten sich folgende Szenen ab, die wir der bürgerlichen Presse entnehmen:

Abg. Dr. Becker (Benz.) sagt, daß bei den Regierungshäusern mit übertriebenem Augus zu Werke gegangen sei. In Koblenz und Düsseldorf seien geradezu Paläste errichtet. Selbst die Kreishäuser in armen Gemeinden zeigten solchen Luxus. Diese Kreishäuser sind geradezu furchtliche Paläste. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident v. Kröcher: Über die Kreishäuser hat doch der Minister nicht zu bestimmen. Das gehört doch nicht hierher. (Sehr woh!)

Abg. Dr. Becker: Solche Kreishäuser werden aber meistens aus Anteilen gebaut, die der Minister genehmigen muß. Präsident v. Kröcher: Das ist aber doch nicht die Regel, nicht der gewünschte Zustand. (Heiterkeit.)

Gleich darauf kommt es zu folgendem Zwischenfall:

Abg. Vögmann (Soz.) beschwert sich über die Auslegung des Vereinigungsgesetzes durch die Landräte. Wer auf das Reichsvereinigungsgesetz große Hoffnungen gesetzt hat, der hat die Rechnung ohne die Landräte gemacht. Das Reichsvereinigungsgesetz.

Präsident v. Kröcher: Sie kommen in die allgemeine Debatte. Sie dürfen hier nur über die Landräte sprechen, ob sie etwas verbrochen haben, ob sie eine Gehaltsverhöhung erhalten sollen. (Heiterkeit.)

Abg. Vögmann: Ich denke, die Erörterung der Gehaltsfragen ist verboten?

Präsident v. Kröcher: Ja, das ist sie allerdings, also darüber dürfen Sie auch nicht sprechen. (Heiterkeit.)

Das schönste aber leistete sich der gute Jordan gegen den Zentrumabgeordneten Trimborn:

Abg. Trimborn (Benz.): Die Pensionierung nicht-nichtirrtümlicher Beamten.

Präsident v. Kröcher: Die nichtirrtümlichen Beamten stehen nicht zur Debatte, sondern die Landräte.

Abg. Trimborn (Benz.): Die Landräte nehmen aber eine hervorragende Stelle ein unter den nichtirrtümlichen Beamten.

Präsident v. Kröcher: Dann sagen Sie doch Landräte und nicht nichtirrtümliche Beamte. (Heiterkeit.)

Abg. Trimborn (Benz.): Ja, Herr Präsident, Sie haben mich ja auf diese Wahrheit gelöst. (Heiterkeit.)

Präsident v. Kröcher: Ja wenn auch. Wenn die Fährte falsch ist, dürfen Sie ihr nicht folgen. (Große Heiterkeit.)

In der Tat; eine Posenfigur, wie sie törichter auch die Posenfirmen Schönthal und Stadelsburg nicht geschaffen hat. Und sowas ist Vorsitzender der preußischen Volksvertretung.

## Deutsches Reich.

Parlamentsbrief.

Nun dem Reichstage.

Berlin, 3. März. Der Reichstag beendete heute die zweite Lesung des Kolonialstaats. Genosse Bedebour protestierte scharf gegen die Gelüste gewisser kolonialer Experimentalpolitiker, daß sie überwiegendes Drumboland in den näheren Interessenkreis hineinzuziehen. Er beleuchtete die eigenartige Rassenpolitik des Bruders Schumann und die neu erworbene Glaubensinbruch des zum Staatssekretär avancierten Bankdirektors. Sonderbarweise erklärte der gerade den Vorsitz führende heilige Paasche es für „geschmaclos“, von Dernburgs Christlichkeit zu reden. Noch merkwürdiger war es, daß Dernburg nicht gegen diese Auffassung des neuerdings glattfrasierten Präsidenten protestierte. Die Erziehung zum Obzahnismus, die in der Kolonialschule von Wittenhausen betrieben wird, wurde vom Genossen Schiedemann beleuchtet. Bei der darauf beginnenden Beratung des Poststaats gelangte man nicht sehr weit. Der Prälat Seraph Pichler stimmte einen ambrosianischen Lobgesang auf die Verleierung des Telephones an und kräfte sang dazu die melodische Gegenstrophe. Dann vertagte man sich auf Donnerstag.

## Der erste Schritt zum Umfall.

Dem Blockfeind ist kein Ding unmöglich. Dieselben unentwegten Helden, die gestern noch trübiglich durch ihre Organe verkündeten ließen, daß von einer Zustimmung der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft zu dem neuesten Blockkompromiß niemals die Rede sein könne, haben noch am nämlichen Abend beschlossen, ihren früheren ablehnenden Beschluß wieder aufzuhören und den zur Beratung gestellten Entwurf über die Besitzsteuer als Grundlage zu weiteren Verhandlungen über direkte Reichsteuern in der Finanzkommission unter ausdrücklichem Vorbehalt der späteren Entscheidungen vorläufig anzunehmen.

Doch es so kommen würde, war voranzuschicken. Der Freiheit will sich unter keinen Umständen aus der Regierungsmehrheit ausschalten lassen; um den Preis der Regierungstreue schreckt er selbst vor der tollsten Blamage nicht zurück. Er ist bereit, sich selbst der Diktatur des Bundes der Landwirte bedingungslos zu unterwerfen, gegen welche Instanzation noch gestern das offizielle Organ der Freisinnigen Vereinigung seine Partei entschieden verwahrt, wenn den Fischbeck und Co. nur auch ferner gestaltet wird, dem Fürsten Wilson im Reichstagpalais ihre Aufwartung machen zu dürfen. Und schließlich: was bleibt den freisinnigen Blockältern auch weiter übrig, als sich dem Kommando der Junker zu fügen? Ihre politische Existenz ist in dem Augenblick ausgespielt, wo sie aus dem Bloß hinausgeworfen werden. Sie werden deshalb trotz der zähnen Vorbehalte, die sie jetzt noch machen, zu guter Letzt sich auch noch bereit finden lassen, mit fliegenden Faschen in das Lager der konservativ-ultramontan-nationalliberalen Volksbetrüger einzuschwören.

Über die jetzige Gestalt des Blockkompromisses berichtet die Blockpresse: Es soll zunächst die durch die Besitzsteuer aufzubringende Summe vom 1. April 1911 bis 1. April 1918 auf höchstens 100 Millionen Mark begrenzt und dann in fünfjährigen Perioden jedesmal nur um 5 v. H. des bisherigen Bestandes erhöht werden dürfen. Sie würde also am 1. April 1920 auf 115,8 Mill. Mark gesteigert werden können und diese bis Ende März 1931 (!) nicht überschreiten dürfen. Das Reich wäre danach auch weiterhin auf den alleinigen Ausbau der indirekten Steuern und Höhe angewiesen. Jedes Abänderung dieses Gesetzes, also auch jede weitere Steigerung des Gesamtertrags der Besitzsteuer, soll als Verfassungsänderung gelten, also nur Gesetz werden, wenn weniger als 14 Stimmen im Bundesrat dagegen abgegeben werden, so daß z. B. Preußen allein es stets in der Hand hätte, sein Veto gegen jede stärkere Heranziehung des Besitzes oder Einkommens zugunsten des Reichs einzulegen. Die Besitzsteuer soll nach dem Kompromiß ferner vom Besitz erhoben werden, wenn er nach Abzug der Schulden 20000 M. übersteigt, vom Einkommen von 8000 M. an oder auch von Erbschaften, aber nur nach den Bestimmungen des Reichsvermögensgesetzes, d. h. nicht von Kindern und Ehegatten, sondern nur von den entfernteren Verwandtschaftsgraden. Wo ein Bundesstaat keine Vermögens- oder Einkommensteuer besitzt, soll es zulässig sein, statt dessen auch Ertragsteuern vom Grund- und Hausbesitz zu erheben.

Ein feines Geschäft!

## Die Ausschreibung des Bez. Trimborn

soll, wie Berliner Blätter berichten, von der Reichsregierung beabsichtigt sein. Als während der letzten sozialpolitischen Debatten im Reichstag der Staatssekretär des Innern auf die neue Arbeiterversicherungsvorschrift zu sprechen kam, deutete er bereits an, daß die geplante Witwen- und Waisenversicherung auf festen Beiträgen der Unternehmer und Arbeiter basiert werden müsse. Die Beiträge, die nach dem bekannten Antrag Trimborn zur Ansammlung eines Grundstocks für die am 1. April 1910 ins Leben zu rufende Hinterbliebenenversicherung dienen sollten, sind, wie Bethmann-Hollweg in der fraglichen Sitzung erklärte, nicht da; der Zentralantrag hat sich als ein demagogischer Schwund erwiesen, mit dem die Zentrums-Passanten ihre Arbeiterschaft über den Verrat der Volksinteressen bei der Zustimmung zum Bollwerkartikel hinwegzutäuschen gedachten. Die Einnahmen aus diesen Böllen sind so verschwindend niedrig, daß sie unmöglich als finanzielle Basis für eine solche Versicherung dienen können; außerdem sind sie infolge ihrer Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Konjunktur und andern Umständen außerordentlich schwankend.

An die Stelle dieser schwankenden Beiträge sollen nun nach einem angeblich von der Regierung ausgearbeiteten Entwurf seines Reichsgeschäfts treten, wogegen sich der Reichstag bereit erklären müsse, den § 15 des Zolltarifgesetzes — die sogenannte Bez. Trimborn — aufzuhören. Nach dem kürzlich veröffentlichten Mitteilungen eines liberalen Blattes soll der Zollschuh des Reichs im Bevölkerungsstande 40—50 Millionen betragen. Der feste Reichszoll soll von 1914 ab als etatmäßiger Posten im Reichshaushalt erscheinen. Bis zum Jahre 1919 hofft man mit dem aus der Bez. Trimborn angehäuften Fonds zusammen. Im ersten Jahre der Einführung soll ein Reichszoll von 8 Millionen notwendig sein. Die Versicherung soll an die Altersversicherung angelehnt werden, das Reich zahlt zu jeder Witwenrente 50 M., zu jeder Waisenrente 80 M., wobei Vorfälle getroffen ist, daß die Rentenbezüger der Hinterbliebenen, ähnlich wie bei den Rentengeldern der Beamten, bestimmte Höchstgrenzen nicht überschreiten. Die Hauptkosten der Versicherung werden natürlich von den Arbeitern und Unternehmern aufzubringen sein und zwar würden beide Teile je zur Hälfte beitragen müssen. Die Beiträge werden mit den Invalidenbeiträgen zusammen erhoben, so daß hier die Marken um 30 bis 40 Prozent erhöht werden. Bei der Feststellung der Invaliden-, Hinterbliebenen- und Unfallrenten soll die Vorbereitung durch Mitwirkung des Versicherungsamtes erfolgen.

Es soll ferner den Arbeitern mit Hilfe der partizipativen zusammengehenden, unter einem Beamtenvorstand fungierenden privaten Versicherungsämter eine gewisse Mitwirkung bei der Rentenversorgung gewährt werden. Die gegenwärtige Art der Feststellung soll auf diese Weise zu einer wirklichen Justiz ausgebildet werden. Für jeden Kreis sollen drückliche Versicherungsämter errichtet werden, ihr Leiter soll ein sachverständiger Versicherungsamt Mann sein. Es sollen ihnen alle Befugnisse übertragen werden, die jetzt den unteren Verwaltungsbürokrat, der Polizei und den Gerichten obliegen, wozu dann noch ihre Mitwirkung bei der Rentenfestsetzung und ihre Tätigkeit im Auftrage der Versicherungssträger kommt. Auf diese Weise soll ein

einheitlicher Instanzengang für die ganze deutsche Arbeiterversicherung erreicht werden mit den Stationen: Versicherungsamt, Oberversicherungsamt (heutiges Schiedsgericht) und Reichsbeziehungsbüro Landesversicherungsamt.

Diese „Grundlage“ der geplanten Witwen- und Waisenversicherung sind vorläufig noch recht wenig greifbar. Soviel scheint aber schon aus den kurzen Angaben hervorzugehen, daß sie bei weitem nicht das bringen wird, was von einer wirklichem Hinterbliebenenversicherung erwartet werden muß. Ob die Arbeiterschaft sich insbesondere mit der Befestigung der Bez. Trimborn einverstanden erklären kann, wird ganz abhängen von den näheren Bestimmungen des Gesetzes, vor allem der Höhe des Reichszolls. Hoffentlich entschließt sich die Regierung nun endlich, ihr 1700 Paragraphenungestüm der Öffentlichkeit zu unterbreiten, damit die zunächst Beteiligten endlich klar sehnernen, was eigentlich beabsichtigt wird

## Von will gehen.

Der frühere Husaren general, Schweinefleischer, Post- und Landwirtschaftsminister v. Podbielski hat dieser Tage in einer Versammlung des Bundes der Landwirte in der Westprignitz erklärt, daß er sich gänzlich vom politischen Leben zurückziehen wolle. Worauf dieser plötzliche Verzicht zurückzuführen ist, ist nicht bekannt. Doch auf der letzten Arbeiterkongress ist insbesondere mit der Befestigung der Bez. Trimborn einverstanden erklärt worden, daß der Vorsitzende der Birkens-Busch-Parade nicht von politischer Müdigkeit merken. Den Abgang des biederen Tippelschiff-Kompanions werden seine politischen Gegner am allermeisten bedauern. Er war der Typus des einzigen und allein in der Bezeichnung der einseitigen Junkerinteressen aufgehenden Politikers, der bei aller Sorge für das Wohl seiner agrarischen Spieghelfer auch den eigenen Geldbeutel nicht zu kurz kommen ließ. Unter seiner Leitung war das preußische Landwirtschaftsministerium eine ausgesprochene Filiale des Bundes der Landwirte, und Herr v. Podbielski gab sich nicht einmal die Mühe, diese Tatsache irgendwie in Abrede zu stellen. Durch seine jungerliche Unverantwortlichkeit hat er seinen Gegnern manche heitere Stunde und auch manche gute Waffe zur Kennzeichnung des modernen agrarischen Raubrittertums gefertigt. Seine allzu große Weitwichtigkeit in der Verfolgung der eigenen finanziellen Interessen brach ihm aber schließlich doch das Genick. Der Heros der Dertel und Wangenheim war bereits seit Jahren ein toter Mann, wenn er auch von Zeit zu Zeit noch einmal aus der Versteckung austuckte. Sein endgültiges Verschwinden von der politischen Bühne hat höchstens für die Drahtzieher des Bundes der Landwirte Bedeutung, die an ihm trotz seiner moralischen Unrechtfertigkeit eine angenehme Attraktion für ihre Birkens-Busch-Vorstellungen verlieren.

## Titelschächer.

s. Mit welchen Mitteln der einträgliche Handel mit Titeln gestreben wird, das läßt folgender Brief erkennen, der einem Bremer Weinhandler zuging:

Herrn Hb. u. Co., Breslau

Auf Ihren Wunsch übersende ich Ihnen das Gesuch, daß Sie mir umgehend mit einem polizeilichen Beurkundungszeugnis über Sie und Ihr Geschäft, sowie einen Depotschein auf meinen Namen an die Deutsche Bank, Friedenau-Berlin, über den Sportbeitrag von Mr. 2000.— senden wollen. Der Depotschein soll enthalten, daß nach erfolgter Geschäftserledigung der Betrag sofort an mich zu zahlen ist, und daß dieselbe nur mit beiderseitigem Einverständnis abgehoben werden kann.

Der Fürst ist Oberst im 1. Garde-Ulanen-Regiment zu Potsdam (gemeint ist der Fürst von Lippe-Detmold), und ich bin geneigt, daß Gesuch an geeignete Stelle zu geben. Wenn das Policeat ist gut ist, so können Sie auch auf Erfolg rechnen, wenn nicht, nun so haben Sie ja keinen besseren Unschlüss davon. Zeilen Sie mir noch mit, in welcher Höhe Sie mir ein Gemälde nach Erfolg abkaufen würden, oder welches Ehrenhonorar Sie mir geben wollen für meine Mühen, wenn Sie mein Gemälde kaufen würden. Das Hofdiplom erhalten Sie dann direkt vom Hofmarschallamt.

Hofdiplom in Eile

Schleusing, Hofmaler.

Da die Bewerberliste aber in 9—10 Tagen geschlossen wird, so müssen Sie sich beeilen, wenn Sie jetzt mit ernannt werden wollen!

D. O.

Der Hofkunstmaler Schleusing sitzt auf seiner Villa in Berlin-Friedenau und scheint, wie der Schluss zeigt, einen einträglichen Handel mit solchen Titeln zu betreiben. Das Gesuch bringt dem betriebsamen Manne jedenfalls nicht ein wie ein „Kunst“. Da er hierbei verlust, seine Bilder unter die Leute zu bringen, spricht weniger für den Wert der Gemälde, als vielmehr für die geschäftliche Geissenheit des „Künstlers“. Und er kommt auf seine Rechnung. Die Dummen werden auch in der Geschäftswelt nicht alle.

## Eine Errungenschaft der liberalen Ära.

Die Entwicklung zur allgemeinen politischen Gleichberechtigung macht in Preußen unverkennbare Fortschritte. Der Deutschen Volkszeitung in Hannover liegt ein Briefumschlag vor, der auf der Vorderseite die Adresse des Empfängers und den Stempel: „frei lt. Avers Nr. 21, Königlich Pr. Landrat“ trägt und auf der Rückseite: „Königlich Preußischer Landrat des Kreises“. Mit der Nennung des Namens des Kreises hält das Blatt vor der Hand noch zurück. Der Inhalt des verschloßenen geschickten Briefumschlages war ein Aufruf des national-liberalen Partei zum Abonnement auf die National-Zeitung. Ohnelagen & Bestellscheine auf die National-Zeitung bei.

Visher bekränkte sich die landrätsliche Agitation nur auf die konservative Presse. Seit dem Beginn der Blockära ist, wie man sieht, auch hier ein zu den besten Hoffnungen berechtigender Umschwung eingetreten. Wenn diese „liberale Konzeption“ vorläufig auch nur den Nationalliberalen zugute kommt, so ist doch die Hoffnung nicht von der Hand zu weisen, daß auch die Freisinnigen schließlich noch dieser behördlichen Förderung ihrer Presse für wildig erachtet werden, wenn sie sich in demselben Maße wie bisher bemühen, den Junkern Zatakendienste zu leisten. Gebrauchen kann die Preussenspreche die landrätsliche Werbaktivität so gut wie die an chronischer Abonnentenschwäche leidende Nationalzeitung.

Berlin, 4. März. Eine Denkschrift über das Erdbaurecht ist in Vorbereitung und soll dem Reichstag gleich nach Berücksichtigung zugehen. Die Denkschrift entspricht einem bei der Beratung des Gesetzes des Innern im Reichstag geäußerten Wunsche.

Um den Reichstagkommissionen. Die Budgetkommission begann am Mittwoch mit der Beratung des Militärbüros. Kriegsminister v. Einem machte zunächst vertrauliche Mitteilungen. Danach knüpfte sich eine lange Diskussion über die Rationen, Pferdegehalt und Stallservice. Es wurde von einem Mitglied der Kommission festgestellt, daß nur 65 Prozent der Pferde,

für die Nationen geleistet, gehalten werden. Der Kriegsminister stelle für das nächste Jahr eine Verteilung in Aussicht, die die ganze Materie neuzeitlich regeln solle. Der Präsident des Reichsmilitärgerichts hat seinerseits Dienst zu tun, besteht aber trotzdem Nationen für sechs Jahre. Mit diesem Zustand soll bei der erwähnten Neuregelung gebrochen werden.

In der Wiederholung der Befreiung wurde die zweite Fassung des Gesetzes beendet. Nach lebhaften Auseinandersetzungen wurden alle die Befreiungen, mit deren Hilfe zur Zeit der Viehschau die Versammlungsfreiheit auf den Dörfern aufgehoben werden kann, angenommen. Differenzen zwischen Kommissionen mehrheit und verbündeten Regierungen bestehen jetzt nur noch über die Einführung der von den Agrariern geforderten Landeskommission. Um Zeit zum Kuhhandel über diese Frage zu gewinnen, soll der in Betracht kommende Paragraph in der nächsten Woche einer dritten Fassung unterworfen werden. Es kann aber schon heute kein Zweifel mehr bestehen, daß das Viehschutzgesetz mit seinen vielen unüberschaubaren, die Viehernährung bedrohenden Bestimmungen Gesetz werden wird.

Die Arbeitskammerkommission nahm unverändert den § 12 an, der eine Verletzung des Wahlrechts der Unternehmer nach der Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter vorsieht. § 18 handelt vom passiven Wahlrecht. Auf Antrag des Zentrums wurde das Wahlalter auf 25 Jahre herabgesetzt.

**Versicherungskünster.** Die Reichstagssomission für das Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter trat am Mittwoch zur Beratung der Initiativvorschläge der Sozialdemokraten und des Zentrums zusammen und vertagte sich nach kurzer Aussprache auf unbestimmte Zeit. Der Reichsantrag soll erlöst werden, bis zur nächsten Sitzung eine Zusammensetzung der geleglichen Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse des Gesellen und der ländlichen Arbeiter in den verschiedenen deutschen Staaten und auch in den wichtigsten nichtdeutschen Staaten, sowie der auf dem Gebiete der Koalition der ländlichen Arbeiter verhängten Strafen zu geben.

**Wagner und die Junker.** Professor Adolf Wagner sendet der Kreuzzeitung eine Botschaft, in der er sich augenscheinlich gegen die Vorwürfe dieses Blattes und des Grafen Miebach wendet, durch sein Vorgehen die bekannten Radikalismen in der Agrarversammlung provoziert zu haben. Wir sagen: augenscheinlich; denn die Kreuzzeitung befommt es nämlich fertig, diesen Brief zu unterdrücken unter der erbärmlichen Begründung, ein Ende des Streits sei nicht abzusehen. Jetzt veröffentlicht die Tägliche Rundschau den Brief und ihm erläutert Professor Wagner ausdrücklich die Schilderungen der Presse über die Radikalversammlung für guttressend. Graf Miebach hat also das Gegenteil der Wahrheit behauptet.

Bezeichnend ist, daß die Deutsche Tageszeitung noch kein Wort des Lobes über ihre radikalstigen Gestaltungsgenossen gefunden hat, für die die Wissenschaft nur ein Gegenstand des Spottes ist. Jedenfalls ist dieser „Ball Wagner“ charakteristisch für den Geist der Agrarier und er soll uns in der Agitation noch lange vorzügliche Dienste leisten.

**Amtliches Wahlergebnis.** Bei der am 26. Februar vorgenommenen Reichstagswahl im Wahlkreis Bingen-Mosel wurden nach amtlicherzählung insgesamt 2281 Stimmen abgegeben. Hierzu entfielen auf den Landtagsabgeordneten Uebel-Dieburg (Centr.) 1127, auf Pfarrer Korell-Königsladen (Freib. Op.) 1084 Stimmen. Uebel ist somit gewählt.

**Abgeordnetenwahl.** Von sämtlichen bürgerlichen Parteien im preußischen Abgeordnetenhaus ein Antrag auf Gewährung freier Eisenbahnfahrt für die Abgeordneten auf die Dauer der Landtagssession zwischen Berlin und ihrem Wohnort eingereicht worden. Die Regierung soll dem Verlangen ablehnend gegenüberstehen.

**Der oldenburgische Landtag** nahm in zweiter Sitzung mit 27 gegen 18 Stimmen das Schulgesetz an. Die Regierung wird — nach einer Erklärung des Justizministers Ruhstrat — dem Gesetz voraussichtlich nicht zustimmen, weil der Landtag einen Antrag annahm, der die Gewährung von Staatsbezügen an die Schulgemeinden — nach Ansicht der Regierung — zu hoch bemessen hat. Tags zuvor hatte der Landtag einstimmig einen Entwurf abgelehnt, der die Gewährung eines Wohnungsgeldzuschusses für die Bürovärtin und Volksschulärer forderte. Auch ein zweiter Antrag, der den genannten Beamten für 1909 einen Wohnungsgeldzuschuß gewähren sollte und für den unter Genossen einzutreten, fiel mit knapper Majorität. Dagegen stand ein Antrag Annahme, der ausdrücklich, daß der Landtag einer endgültigen Entscheidung der Beamtengehälter nur nähertreten könne, wenn die Staatsregierung zugleich eine durchgreifende Vereinfachung der Staatsverwaltung anbahnt.

Zur Bekämpfung der Telefonversteuerung hat sich in Berlin ein Zweigverband Kaufmännischer Vereine gebildet. Die vorbereitenden Arbeiten wurden dem Vergleich Berliner Kaufleute und Industrieller übertragen.

**Keine politische Nachrichten.** In einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage erklärte Premierminister Asquith, daß das Problem der Luftschiffahrt nebe der Ausmerksamkeit der Regierung in Anspruch, sowohl im Heeres- als auch im Flottenbudget sei. Vorsorge getroffen, welche die Sicherheit schaffe, daß die Frage der Verwendung von Luftschiffen in der Kriegsführung zu Wasser und zu Lande von der Admirälat und dem Kriegsamt gründlich untersucht werden würde. — Der frühere Oberhauptmann des Giulianos in London, der überschüttet wurde, während des Aufstands im Jahre 1906 Rebellen eine Ausflusstätte geboten zu haben, wurde zu vier Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von hundert Pfund Sterling verurteilt.

## Oesterreich-Ungarn.

Ruhig Blut.

**Wien, 3. März.** Zum Beschuß des serbischen Ministeriums, die Ratschläge der Großmächte, in direkte Verhandlungen mit Wien einzutreten, abzulehnen und auf den bekannten Forderungen zu bestehen, wird in hiesigen informierten Kreisen versichert, daß dies an der ruhigen abwartenden Haltung der österreichischen Regierung vorläufig nichts ändern werde. Österreich habe die Intervention der Mächte nicht veranlaßt und werde abwarten, welche Haltung die einzelnen Großmächte gegenüber dem serbischen Treiben einnehmen werden.

## Rußland.

Wie sie stehen.

Die Untersuchung, die der neue Minister Kochlow im Verkehrsministerium angeordnet, hat schon jetzt zu zahllosen Enttäuschungen geführt. Bereits am ersten Tage der Revision, so meldet das Berliner Tageblatt aus Petersburg, wurde der Geheimrat Delarov, der erste Rechtsanwalt des Ministeriums, wegen ungähnlicher Unterschlagungen entlassen. Ihm folgte der Fürst Schtschekin, der große Fälschungen begangen haben soll. Die Revision hat schon nach den ersten Schritten einen derartigen Sumpf von Verleumdung, Unterschlagung und Fälschungen aufgedeckt, daß das Ministerium an der Fontanka scherweise nur noch „die Diebeshöhle“ genannt wird. Die Beamten des Ministeriums sollen ganz systematisch wie in Verbrecherschulen zu Diebereien angehalten werden sein. Wer nicht mit stehlen wollte, wurde als weiterer Stab Josef aus dem Dienst gejagt und erhielt das Zeugnis eines unfähigen Beamten, der nirgendwo wieder angestellt wurde.

Diese Zustände haben seit Jahrzehnten ungehindert bestanden, die leichten Minister wurden gleich bei ihrem Amtsantritt von einer ganzen Gruppe höherer Beamten umgeben, die niemanden an ihre Chefs heranließen und alle Angelegenheiten nach ihrem Sinn entschieden. Am schamlosesten wurden die Bestechungen unter dem jüngst entlassenen Minister Schaufuß betrieben, welchen seine „Generale“ einfach in ihre Mitte nahmen und vom ersten Tage seiner Tätigkeit an in die größten Vergnügungen verwiefen. So wurde Schaufuß einfach auf Fälle und zu Gaststätten geschleppt, welche verschiedene Kohlensyndikate veranstaltet hatten, um Millionenlieferungen zu erhalten. Selbstverständlich fielen ihnen unter solchen Umständen die Lieferungen zu den höchsten Preisen zu. Die Preise, die gezahlt wurden, sollen sogar die überstiegen haben, die die Moskauer Intendantur bewilligte. Außerdem werden auch alle Bahnverwaltungen revidiert werden. Auf der sibirisch-zentralasiatischen Bahn sollen die Unternehmungen die Höhe von Hunderten von Millionen Rubeln erreichen. Unter den gegebenen Umständen herrscht im Verkehrsministerium eine geradezu fiebrige Ausregung.

Herr Kochlow wird unter diesen Umständen nicht lange seines Amtes walten und man wird ihn bald als „unfähig“ entlassen.

## Serbien.

Ein versuchter Bluff.

**Belgrad, 3. März.** Gestern nachmittag erschien der russische Gesandte Sergejew beim Minister des Neuzern Milovanowitsch und erteilte ihm im Auftrage der russischen Regierung den freundlichen Rat, Serbien möge von den Forderungen nach territorialen Kompensationen und nach der Autonomie für Bosnien und die Herzegowina abstehen, da diese Forderungen bei den europäischen Großmächten auf keine Unterstützung zählen können. Im Laufe des Nachmittags erschienen auch die diplomatischen Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens beim Minister des Neuzern und erteilten der serbischen Regierung einen ähnlichen Rat. Der Minister des Neuzern nahm diese Vorstellungen zur Kenntnis; hierauf fand unter dem Vorsitz des Königs ein Ministerrat statt. Nach dreistündiger Beratung wurde einstimmig beschlossen, auf die Vorstellungen der Großmächte zu erwidern, daß Serbien die Forderungen, welche die serbische nationale Skupitchina in ihrer bekannten Resolution aufgestellt hat, nicht zurückziehen könne. Serbien hoffe noch immer auf die Gerechtigkeit Europas, könne aber von den territorialen Forderungen und von der Forderung nach der Autonomie für Bosnien und die Herzegowina nicht Abstand nehmen.

## Nichts Halbes und nichts Ganzes.

**Belgrad, 3. März.** Unzufriedensteller wird erklärt, daß die serbische Regierung im Laufe des deutlichen Nachmittags ihre Antwort auf die gestern vom russischen Gesandten nomens der russischen Regierung gestellten Fragen überreicht hat. Gleichzeitig wird erklärt, daß weder über den Inhalt dieser Fragen noch über den Inhalt der serbischen Antwort gegenwärtig offizielle Mitteilungen für die Öffentlichkeit gemacht wurden noch gemacht werden können. Es kann nur versichert werden, daß die serbische Regierung weder kategorisch auf den bekannten serbischen Forderungen beharrt, noch daß sie dieselben definitiv zurückgezogen hat.

Die Wahrheit liegt vielleicht in der Wahrheit zwischen beiden Versionen. Höhere Angaben können erst dann gemacht werden, wenn von Russland eine Gegenantwort vorliegen wird.

In den Abgeordnetenkreisen wird erklärt, daß ein gänzlicher Verzicht der serbischen Regierung auf die serbischen Forderungen ausgeschlossen ist, da die Skupitchina keine Regierung blieb, um ernsthaft zu werden. Man ist vielmehr der Ansicht, daß die serbische Regierung prinzipiell auch weiter an den Kompensationen festhält und ihren Standpunkt Russland gegenüber in dem Sinne präzisiert hat, daß Serbien nur unter der Bedingung von diesen Forderungen absehen könnte, wenn die europäischen Großmächte Serbien die politische und ökonomische Unabhängigkeit garantieren.

## Nur ein Bluff?

**London, 3. März.** Das Reutersche Bureau erhält von amtlicher Seite, daß eingegangene Informationen zufolge — entgegen der Erklärung des in Wien eingetroffenen Belgrader Telegrammes — die serbische Regierung gemäß dem von Russland erzielten Ratschlag ihre Ansprüche auf Gebietsentzäsuren zurückzulegen will.

## But auf Russland.

**Belgrad, 3. März.** Die Nachricht, daß der russische Gesandte tatsächlich der tatsächlichen Regierung Ratschläge im Sinne der von Deutschland angeregten Vorstellung ertheile, ist in Belgrad größte Erditeratur gegen Russland hervor. Die Blätter enthalten zahllose Angriffe gegen Iwolost, der im Dienste Österreich-Ungarns steht. Da die politischen Kreise die Enthüllung der serbischen Regierung mit Beifalls erwarteten, so rief die heutige Nachricht, daß die serbische Regierung auf der Autonomie Bosniens und territorialen Kompensationen beharrte, um so größere Freude hervor. Politik ruft aus: Wölde uns nunmehr Oesterreich-Ungarn ein Ultimatum stellen, wenn es dies wagt!

## Sächsische Angelegenheiten.

### Die Nachlasssteuer und die Nationalliberalen.

Der nationalliberale Reichstagabgeordnete Dr. Heinze, der Sieger von Dresden, sprach am Sonnabend in einer Versammlung des nationalliberalen Reichsvereins über den Stand der Steuerreform. Zu Beginn seiner Ausführungen meinte Dr. Heinze, er habe sich angesichts der Tatsache, daß über die Reichsfinanzreform nichts Positives zu berichten sei, die Frage vorgelegt, ob es nicht besser sei, den Vortrag abzulegen, sei aber doch zu dem Ergebnis gekommen, daß dies nicht opportun sei. In der Rede selbst hat er dann natürlich auf seine Fraktion alles nicht fallen lassen. Mit Bezug auf die Nachlasssteuer äußerte sich Dr. Heinze dahin, daß die nationalliberalen Partei als solche keine noch durchaus von den Vorfahren der Nachlasssteuer überzeugt sei, und obgleich wenig Hoffnung vorhanden sei, sie irgendwie noch zur Geltung zu bringen, die maßgebenden nationalliberalen Reichstagabgeordneten nach wie vor Freunde der Nachlasssteuer seien. Nachdem aber ingewissen in der Finanzkommission auch die Nationalliberalen die Nachlasssteuer haben fallen lassen, wird von konservativer Seite darauf hingewiesen, daß die ablehnende Haltung auch von den ausschlaggebenden Mitgliedern der nationalliberalen Partei von jener grundsätzlich eingenommen worden ist. In der Botschaft eines konservativen Reichstagsabgeordneten an die Dresdner Nachrichten heißt es:

Zur Widerlegung der vom Reichstagabgeordneten Dr. Heinze getanen Äußerungen sei auf folgende, aus den am-

lichen Berichten des Reichstags entnommenen Tatsachen hinweisen:

1. Bereits am 28. November 1907, also vor anderthalb Jahren, erklärte der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion im Reichstage Wassemann im Plenum, seine Partei empfehle eine Reichsvermögenssteuer, weil sich bei der Finanzreform von 1904 schon herausgestellt hätte, daß die Zahl der Anhänger einer Ausdehnung der Erbschaftsteuer von Tag zu Tag geringer geworden sei.

2. Bei der ersten Beratung der neuen Reichsfinanzreform vorlage am 21. November 1908 sprach sich der nationalliberalen Fraktionsredner, Vizepräsident Paasche, wie folgt aus: „Meine Herren, nun bleibt noch die Nachlasssteuer. Der Herr Kollege Spahn hat das Wort ausgesprochen: es lohnt sich nicht mehr, darüber zu sprechen, sie ist wohl nach den Erklärungen im Hause — sagte er — als abgelaufen zu betrachten. Auch in der Mitte meiner Freunde sind die lebhaftesten Bedenken gegen diese Nachlasssteuer vorhanden, die nicht zu befehligen sind. Sie liegt nicht etwa darin, daß wir nicht wollen, daß das Vermögen als solches besteuert wird, sondern sind darin begründet, daß selbstverständlich bei einer so hohen Steuer, die bei Erbschaften zwischen Geschwistern, Kindern und Eltern bis zu 3 Prozent und vielleicht sogar noch höher geht, die Einschätzung eine so rigorose und so schikanierende sein muß — wie es tatsächlich schon heute bei der Erbschaftsteuer ist — daß ich einer Verallgemeinerung nicht das Wort reden kann und der ersten Überzeugung bin, eine solche Steuer wird namentlich in ländlichen und Kleinbürgerschaften Kreisen eine derartige Erbitterung hervorrufen, daß ich ihnen die Verantwortung dafür übernehmen möchte. Beispiele brauche ich wohl kaum dafür anzuführen. Meine Herren, in dem Moment, wo der Erbärvater der Familie stirbt, soll der Wert des Erbes festgestellt werden. Was heißt denn der Wert beispielweise eines böuerlichen Besitzes von 80- bis 40 000 Mark? Dann soll im einzelnen geschäfft werden, was ist das Haushaltswert, was ist der Alter wert? Jeder gibt einen andern Wert an. Was ist die Lohn wert, die im Stalle steht? was sind die Werde wert? was die Erben wert? Bis die Steuer erhoben werden soll, ist die Erbin bereits aufgezehrt, ohne Nutzen zu bringen. Man muß im Winter sein Vieh durchsäubern, ohne daß es Extra gibet, die Stroh- und Heuware sind weg usw. Man erwidert: die Steuererhöhung braucht nicht so rigoros sein. Sie wird es aber sein, wenn es sich darum handelt, hohe Steuererträge herauszunehmen. (Sehr richtig bei den Nationalliberalen!) Und im Gesetz sind die Handhaben für solche Vermutungen gegeben. Es wird in Staffeln geschäfft, wenn aber das ermittelte Vermögen über den Höchsttarif einer Staffel hinausgeht, so soll der Überschuss noch besteuert werden, wenn er doppelt so hoch ist als die Mehrsteuer. Also wenn in der untersten Stufe von 20- bis 30 000 Mark die Steuer nur 1/2 Prozent beträgt, und das Vermögen auf 20 000 Mark geschäfft wird, dann sollen die 200 Mark nicht in Abrechnung gebracht werden, weil der Steuerbetrag von 150 Mark mehr als die Hälfte des Überschusses über 20 000 Mark beträgt. Was heißt das? Man will also bis auf den letzten Groschen das Vermögen schäffen und würde den Nachlass eventuell in die höhere Steuerstufe hineinbringen, wenn die Schätzung etwa hundert Mark mehr herauzurechnet. So gewissenhaft hat man sich vorgenommen zu schäffen. Meine Herren, noch weiter! Der Haushalt, Wäsche und Kleider sollen nicht besteuert werden. Was heißt Haushalt? Soll jede Frau, wenn der Mann stirbt, ihre Schätzesten öffnen und zeigen, was sie etwas an Schmuck von ihrer Mutter geerbt hat? Soll sie alte Spulen zeigen, die sie als Heiligtum aus alter Zeit besitzt und sie nun als Wertobjekt zur Steuer angeben? Soll die Witwe, wenn Rot vorhanden ist, diese Andenken verkaufen, nur um die Steuer zu bezahlen? Das gibt eine Fülle von Erbitterung. (Sehr richtig!) Nicht bloß der Familiensinn wird geschädigt, sondern es gibt eine solche Unruhe und Eregung im Volke, die viel mehr schaden wird als herankommen kann.“

3. Am 28. November 1908 erklärte der zweite nationalliberale Fraktionsredner Dr. Weber (Sachsen) im Reichstage: „Ich habe Ihnen schon ausgeschäfft, daß meine volkstümlichen Freunde eine Vermögenssteuer unter allen Umständen einer Nachlasssteuer vorziehen.“ Was uns weiter gegen die Nachlasssteuer einnimmt, das sind die vielen Reaktionen, die auf Grund derselben in Zukunft mindestens in einem großen Teile des Deutschen Reiches eintreten werden.“

4. Am 4. Februar 1909 erklärte derselbe Abgeordnete in der Steuerkommission, seine Freunde wären deswegen gegen die Steuer, weil sie dann eine Steuererhöhung in dem Moment des Todes befürchten würden.

5. Am 9. Februar 1909 gab der Abgeordnete Paasche namens der Nationalliberalen die bekannte scharfe Erklärung gegen die Nachlasssteuer ab, worin er eine solche Steuer sogar als einen Schlimmschäffer der Sozialdemokratie bezeichnete und hinzufügte, seine Partei habe diese Haltung von Anfang an eingetragen, schon bevor der Bund der Landwirte mit seiner Agitation einsetzte habe.

6. Am 2. März 1909 stimmten sämtliche nationalliberalen Vertreter in der Kommission gegen die Nachlasssteuer. Eine Erklärung für die Nachlasssteuer ist weder im Reichstage noch in der Kommission von irgend einem nationalliberalen Abgeordneten abgegeben worden.“

„Hiernach scheint,“ so schließt die Botschaft, „in den führenden nationalliberalen Reichstagskreisen hinsichtlich der Steuer zur Nachlasssteuer Widersprüche zu bestehen.“ Weißwiedigerweise haben sich nur die nationalliberalen Gegner der Nachlasssteuer gehäuft, nicht aber deren Anhänger. Wußt man da nicht auf den Gedanken kommen, daß alle nationalliberalen Abgeordneten auf dem Standpunkte des Abg. Dr. Weber-Löbau stehen, daß der Steuererhöhung aus dem Steuerhäusle ferngehalten werden müsse.

Den Konservaliven und Agrariern kann es natürlich nicht verdenken, wenn sie den Herren Dr. Heinze beim Ohr nehmen und ihn mit der Faust auf die Tafel schlagen, daß im Grunde die Nationalliberalen noch viel radikaler gegen die Nachlasssteuer losgezogen sind, als die Konservaliven. Zu verwundern ist nur, daß Herr Dr. Heinze von all den Reden der Nationalliberalen gegen die Nachlasssteuer nichts vernommen hat!

## Der ehemalige Chemnitzer Reichsverbandshauptling Dr. Boesler vor dem Oberlandesgericht!

er. Mit der gemeinen Handlungswise des berüchtigten Dr. med. Boesler, des geliebten Verfassers der Schubert-Sabelchen, Sabel-Schubert gegen die Chemnitzer Oberschulenkasse, hatte sich der Strafgericht des sächsischen Oberlandesgerichts als Revisionsinstanz zu beklagen. Dr. med. Boesler ist vom Schöffengericht Chemnitz am 2. Dezember 1908 wegen Beihilfe zur versuchten Rötigung zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Seine Berufung wurde vom Landgericht verworfen. Das Urteil wurde bestätigt, darin erläutert, daß Dr. Boesler einen Brief entworfen hatte, den dann im Auftrage Amadeus Schubert, der dritte Komplize im Bunde, Rabe, an Dr. Krober, den jämischen Vertrauensarzt der Oberschulenkasse, schreiben mußte. In dem Schreiben wurde Dr. Krober gebeten, daß über ihn noch weiteres kompromittierendes Material in der 2. Ausgabe der Broßfußreise veröffentlicht werden würde, falls er nicht seinen Einfluß auf den Geduldsmächtigen der Kasse, Möbius, dableibend andække, daß letzterer eine gegen Schubert eingetretene Privatbeliebigungsklage wieder zurücknehme.

Dr. Boesler begründete die Revision damit, daß die in der Berufungsverhandlung gestellten Beweisanträge ungerechtfertigt



## Cheatervorstellungen.

Neues Theater.

Gestern wie gestern fortgesetzt  
Donnerstag, den 4. März, 10. Abendkonzert-Bühnelling (2. Kurs., meist): Zum ersten Mal wiederholt:

**Wrs. Dot.**

Rufspiel im 8. Akt von W. Somerset Maugham. Deutsch von H. Vogel. Charles, Geraldine, Dr. Guld, Dr. Worth, Mrs. Worth, Mrs. Schlesinger, Mr. Colmar, Mrs. Macgregor, Mrs. Schippings, Mr. Schlesinger, Mr. Trotz, Mr. Wiggin, Mr. Reddington, Mr. Prima, George, Mr. Jenkins, Mr. Dines, Mr. Dicks, Ein Diener, Mr. Spols, Zeit: Die Gegenwart.

Einsch. 7 Uhr. Anfang 10.30 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. **Schallplattenausstellung**. **Weltverkauf** für den laufenden Tag an der Tagesstufe von 10-12 Uhr und Wochentag im Wobenhaus Aug. Bösch, sowie im Central-Weltverkauf den Samstagabend & Abend, Petersstraße 28, von 8-10 Uhr. **Börseverkauf** für den nächsten Tag an der Tagesstufe von 12-14 Uhr. Jedes Börsel, welches vor Eröffnung der Tagesstufe bestellt oder im Vorberlauf entnommen wird, kostet 20 Pf. Aufgabe. Befüllte Börsen müssen bis 8 Uhr abgeholt werden.

**Spielplan:** Freitag: Die Molenkönigin. Heraus: Verriegelt. Zum Schluss: Susanne im Bade. Anfang 10.30 Uhr.

**Altes Theater.**

Donnerstag, den 4. März, abends 8 Uhr:

**Der tapfere Soldat.**

Operette in 8 Akten von Rud. Bernauer und Leo Jacobson (mit Benutzung von Motiven aus W. Shakes "Helden"). Muß von Oscar Straus. Regie: Regisseur Karl - Musikalische Leitung: Kapellmeister Hindesius. Major Ulysus Spi. - Dr. Sturmfeld, Sturmfeld, seine Frau, Dr. Seine, Hauptmann Watzeloff, Dr. Schmering, Stephan, ein Diener, Dr. Henner, Ein Offizier, Dr. Schröder, Soldaten, Hoff.

Ort der Handlung: Bulgarien. Zeit: Mitte des achtziger Jahre. Kurz - Dr. Helmig von Karde vom Centraltheater in Dresden, als Gast. Bauten nach dem 1. und 2. Akt.

Einsch. 4.30 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr. **Gewöhnliche Preise**. **Weltverkauf** für den laufenden Tag an der Tagesstufe von 10-12 Uhr und Wochentag im Wobenhaus Aug. Bösch, sowie im Central-Weltverkauf den Samstagabend & Abend, Petersstraße 28, von 8-10 Uhr. **Börseverkauf** für den nächsten Tag an der Tagesstufe von 12-14 Uhr. Jedes Börsel, welches vor Eröffnung der Tagesstufe bestellt oder im Vorberlauf entnommen wird, kostet 20 Pf. Aufgabe. Befüllte Börsen müssen bis 8 Uhr abgeholt werden.

**Spielplan:** Freitag: Der tapfere Soldat. Anfang 8 Uhr.

Ab 1. März **Battenberg.** 1909. Ab 1. März 1909.

Täglich abends 8 Uhr: **Künstler-Vorstellung.**

**Salerno, Meisterschafts-Jongleur.**

Roland & Miss Irene, Musik-Imitator.

**12 Obersteirer,** 6 Damen, Tiroler Sänger und 6 Herren, Tänzer-Gesellschaft

Charles Rauschle, Mimiker.

**Kremo-Familie,** ikarische Spiele in höchster Vollendung.

Ferry Corvey, Musical Izzentrik.

**Martine Broth.**, Trambolin-Akrobaten.

American Biograph, leb., sing., sprech. Photographien.

**Gottlieb Reeck,** Humorist, mit Original-Repertoire.

??? Moto Baby ???

Elsa Planque, Soubrette.

**Battenberg-Theater**

Hente: Standes-Ehre. Schauspiel in 4 Akten von Kurt Friedrich. Morgen: Die Rantau. Schauspiel in 4 Akten von Erckmann-Chatrian.

Vorverkauf numerierter Billets bei Franz Stein, Markt 16, und Paul Pügner, neben Battenberg.

**Heute frisch** Grüne Heringe billig

3 Pfund 25 Pf. 8 Pfund 15 Pf.

Seelachs, 1 Pfund 15 Pf.

**Fischhalle „Delphin“**

28 Bayersche Straße 28

Telephon 11576. [8528]

**Die sexuelle Erziehung**

der Kinder.

Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.

Zu bezahlen durch die

Volksbuchhandlung Leipzig

Zaucker Straße 19/21.

**Kann ein Christ**

Sozialdemokrat sein?

Preis 10 Pf.

Zu bezahlen durch die

Volksbuchhandlung Leipzig

Zaucker Straße 19/21.

Vermietungen.

**Vertreib und Ust.**

Gelegenheitskauf! \*

Posten Konfirmanden-, Burschen- u. Kinder-Anzüge neue, staun. bill., v. Reibesst. 30, II.

Damen-Kleider

u. Kostüme in all. Farben, fast neu, Blusen, Jackets, Mäntel, Wäsche, Schuhe, all. bill. Alexanderstr. 17, II.

Eleg. Kostüme, Röcke, Blusen etc. enorm bill. Mon. Ges. Galen. Str. 21, I. \*

**Bettfedern**

billig, Pf. von 60 Pf. an, auch

in besseren Qualitäten zu haben.

Pflanzenäugen, Pf. 1.20.-

Elisabeth Heldorn

Leipzig, Dorotheenstr. 2.

**Achtung, Arbeiterfrauen!**

Bettfedern, fertige Betten u. Baby-

Artikel kaufen am reissten u.

billigsten bei Paul Prinsky,

Lindenau, Ecke Holzestrasse u.

Gundorfer Strasse. Auf Wunsch

wird jedes Bett aufgemacht. \*

2 Gebett Betten bill. zu verkaufen.

Gohlis, Magdeburger Str. 14, v. r.

Neues rotes Federbett m. Kissen

1.20. v. r. Berliner Str. 2, v. r.

verschied. Möbel u. w. meang. bill.

v. r. Off. Gal. v. r. R. K. Dießlastr.

Kiezsch, Altranstädt. Str. 14, II. v.

2. Pf. Stube m. Kochofen 1.4. zum um.

## Cheatervorstellungen.

Neues Theater.

Gestern wie gestern fortgesetzt  
Donnerstag, den 4. März, 10. Abendkonzert-Bühnelling (2. Kurs., meist): Zum ersten Mal wiederholt:

**Wrs. Dot.**

Rufspiel im 8. Akt von W. Somerset Maugham. Deutsch von H. Vogel. Charles, Geraldine, Dr. Guld, Dr. Worth, Mrs. Worth, Mrs. Schlesinger, Mr. Colmar, Mrs. Macgregor, Mrs. Schippings, Mr. Schlesinger, Mr. Trotz, Mr. Wiggin, Mr. Reddington, Mr. Prima, George, Mr. Jenkins, Mr. Dines, Mr. Dicks, Ein Diener, Mr. Spols, Zeit: Die Gegenwart.

Einsch. 7 Uhr. Anfang 10.30 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. **Schallplattenausstellung**. **Weltverkauf** für den laufenden Tag an der Tagesstufe von 10-12 Uhr und Wochentag im Wobenhaus Aug. Bösch, sowie im Central-Weltverkauf den Samstagabend & Abend, Petersstraße 28, von 8-10 Uhr. **Börseverkauf** für den nächsten Tag an der Tagesstufe von 12-14 Uhr. Jedes Börsel, welches vor Eröffnung der Tagesstufe bestellt oder im Vorberlauf entnommen wird, kostet 20 Pf. Aufgabe. Befüllte Börsen müssen bis 8 Uhr abgeholt werden.

**Spielplan:** Freitag: Die Molenkönigin. Heraus: Verriegelt. Zum Schluss: Susanne im Bade. Anfang 10.30 Uhr.

**Altes Theater.**

Donnerstag, den 4. März, abends 8 Uhr:

**Der tapfere Soldat.**

Operette in 8 Akten von Rud. Bernauer und Leo Jacobson (mit Benutzung von Motiven aus W. Shakes "Helden"). Muß von Oscar Straus. Regie: Regisseur Karl - Musikalische Leitung: Kapellmeister Hindesius. Major Ulysus Spi. - Dr. Sturmfeld, Sturmfeld, seine Frau, Dr. Seine, Hauptmann Watzeloff, Dr. Schmering, Stephan, ein Diener, Dr. Henner, Ein Offizier, Dr. Schröder, Soldaten, Hoff.

Ort der Handlung: Bulgarien. Zeit: Mitte des achtziger Jahre. Kurz - Dr. Helmig von Karde vom Centraltheater in Dresden, als Gast. Bauten nach dem 1. und 2. Akt.

Einsch. 4.30 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr. **Gewöhnliche Preise**. **Weltverkauf** für den laufenden Tag an der Tagesstufe von 10-12 Uhr und Wochentag im Wobenhaus Aug. Bösch, sowie im Central-Weltverkauf den Samstagabend & Abend, Petersstraße 28, von 8-10 Uhr. **Börseverkauf** für den nächsten Tag an der Tagesstufe von 12-14 Uhr. Jedes Börsel, welches vor Eröffnung der Tagesstufe bestellt oder im Vorberlauf entnommen wird, kostet 20 Pf. Aufgabe. Befüllte Börsen müssen bis 8 Uhr abgeholt werden.

**Spielplan:** Freitag: Der tapfere Soldat. Anfang 8 Uhr.

Ab 1. März **Battenberg.** 1909. Ab 1. März 1909.

Täglich abends 8 Uhr: **Künstler-Vorstellung.**

**Salerno, Meisterschafts-Jongleur.**

Roland & Miss Irene, Musik-Imitator.

**12 Obersteirer,** 6 Damen, Tiroler Sänger und 6 Herren, Tänzer-Gesellschaft

Charles Rauschle, Mimiker.

**Kremo-Familie,** ikarische Spiele in höchster Vollendung.

Ferry Corvey, Musical Izzentrik.

**Martine Broth.**, Trambolin-Akrobaten.

American Biograph, leb., sing., sprech. Photographien.

**Gottlieb Reeck,** Humorist, mit Original-Repertoire.

??? Moto Baby ???

Elsa Planque, Soubrette.

**Battenberg-Theater**

Hente: Standes-Ehre. Schauspiel in 4 Akten von Kurt Friedrich. Morgen: Die Rantau. Schauspiel in 4 Akten von Erckmann-Chatrian.

Vorverkauf numerierter Billets bei Franz Stein, Markt 16, und Paul Pügner, neben Battenberg.

**Heute frisch** Grüne Heringe billig

3 Pfund 25 Pf. 8 Pfund 15 Pf.

Seelachs, 1 Pfund 15 Pf.

**Fischhalle „Delphin“**

28 Bayersche Straße 28

Telephon 11576. [8528]

**Die sexuelle Erziehung**

der Kinder.

Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.

Zu bezahlen durch die

Volksbuchhandlung Leipzig

Zaucker Straße 19/21.

**Kann ein Christ**

Sozialdemokrat sein?

Preis 10 Pf.

Zu bezahlen durch die

Volksbuchhandlung Leipzig

Zaucker Straße 19/21.

**Bettfedern**

billig, Pf. von 60 Pf. an, auch

in besseren Qualitäten zu haben.

Pflanzenäugen, Pf. 1.20.-

Elisabeth Heldorn

Leipzig, Dorotheenstr. 2.

**Achtung, Arbeiterfrauen!**

Bettfedern, fertige Betten u. Baby-

Artikel kaufen am reissten u.

billigsten bei Paul Prinsky,

Lindenau, Ecke Holzestrasse u.

Gundorfer Strasse. Auf Wunsch

wird jedes Bett aufgemacht. \*

2 Gebett Betten bill. zu verkaufen.

Gohlis,

# 2. Beilage zu Nr. 52 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 4. März 1909.

## Leipziger Anaelegenheiten.

Leipzig, 4. März.

**Geschichtsalender.** 4. März 1840: Erlass der österreichischen Reichsverfassung. 1852: Russischer Schriftsteller Gogol gestorben.

Sonnenaufgang: 6,48, Sonnenuntergang 5,42.  
Monduntergang: 8,11 vorm., Mondaufgang: 2,40 nachm.

**Wetter-Vorausgabe für Freitag, den 5. März:**  
Von Südost nach West treibende Winde, bedeckt, zunächst noch keine erhebliche Abkühlung der Temperatur, Schne.

### Aus dem Stadtverordnetenraale.

Übermals hatten sich die Stadtverordneten mit dem Ersuchen von Villenbewohnern zu beschäftigen, sie vor dem Varm der Straßenbahn zu bewahren. Es besteht jedoch keine Neigung zur Verstärkung dieser Wünsche einzelner Herrschäften, die auf Kosten anderer geschont sein wollen. Die's Anlegeschenheit wird jedoch in der über 14 Tage abzuhandelnden geheimen Sitzung nochmal erörtert werden.

Hesten wurde die Eingabe der Transportarbeiter wegen Abänderung der Verkehrsordnung erledigt. Der Absatz 1 des § 48 der Verkehrsordnung wird nach den Beschlüssen der Stadtverordneten folgende Fassung erhalten:

Fuhwerke ohne Aufsicht auf der Straße stehen zu lassen, ist verboten, doch ist den Führern solcher Fuhwerke, die rubige, an das Stilleben gewöhnliche Zugtiere haben, nachgelassen, sich behufs kurzer Verschüttungen, jedoch keinesfalls länger als 20 Minuten, von den Fuhren zu entfernen, wenn dadurch der Verkehr auf der Straße nicht wesentlich gefährdet wird usw.

Nach den Besprechungen des Stadtrats Dr. Barthol wird sich der Rat einnehmend und wohlwollend den Beschlüssen gegenüber stellen. Allerdings werde sich für einzelne verkehrstreiche Straßen ein Verbot notwendig machen. Der Verlust einiger Wirtschaftshändler, die Anlegeschenheit nochmals zu vertagen, land keine Gegebe. Für die Geschäftsführer wichtig ist noch die in den Beschlüssen allseitig ausgesprochene Ansicht, daß kein Geschäftsführer bestraft werden solle, der, falls er länger als 20 Minuten sich von seinem Fuhwerk entfernt hat, die Unmöglichkeit der Abwesenheit nachweisen kann.

Bei der Beratung über die Räumung von Lagerplätzen an der Turmstraße trug Genosse Scheib die gegentilige Ansicht unserer Genossen vor.

Die merkwürdige Tatsache, daß ein Stadtverordneter, der sich legitimiert hatte, vor einer südlichen Baustelle wegzuwiesen wurde, ereignete im Hause Petersen. Stadtbaufranze stellte fest, daß es jedem Stadtverordneten freistehet, die städtischen Arbeiten zu besichtigen. Das ist ja selbstverständlich. Die Geschichte war dem Genossen Drath passiert. Man sprach die Ansicht aus, daß in einem solchen Falle eine sofortige Beschwerde am Platze sei.

Ein besonderem Interesse war die Behandlung der Umwandlung von Kanzleihilfsarbeiterstellen in Beamtenstellen. Es wurde hierbei der Grundsatz des Etatreichs der Stadtverordneten befohlen. Deshalb wurde auch beschlossen, die Platzvorlage zum Teil anzulehnen und die Nachbewilligung der Platzförderung bei Beratung des Haushaltplans vorzunehmen. Die Stadtverordneten Lehrer Hennemann und Krämer nahmen sich dagegen der Hilfsarbeiter an und verlangten, daß die ganze Platzvorlage angenommen werde. Genosse Pöllendorff sonstigte, daß die Herren aus der Mütte früher einen ganz anderen Standpunkt eingenommen hätten. Herr Hennemann antwortete jedoch durch seine Rede den Beamten, wogegen er als Stadtverordneter gewählt worden ist. Herrn Hennemanns Antrag fand aber keine ausreichende Unterstützung, und schließlich wurden die Anträge der Auschüsse einstimmig angenommen.

Die nächste Sitzung wird des Bürgers wegen über 14 Tage gehalten.

### Wanderungen und Ausflüge der Schuljungen.

Über Schulausflüge und Wanderungen der Schüler bringt die Statistik des Schulturnens in Deutschland, die vom Deutschen Turnlehrerbund angeregt und vom Turnlehrer Rossow vor kurzem herausgegeben ist, einige interessante Mitteilungen. Fast alle höheren Schulen veranstalten mehrere alljährliche Ausflüge oder einen allgemeinen Schulausflug unter augenfälligem freiwilliger Beteiligung der Schüler, meist auf die Dauer eines ganzen Tages. Doch sind es an 50 Schulen, die infolge der Haftpflichtbestimmungen keinen Ausflug und keine Wanderung veranstalten. 84 höhere Schulen benutzen einzelne Ferien zu ausgedehnten Turnfahrten und Ferientreissen, bei denen jedoch die Teilnahme, teils freiwillig, teils meist auf die oberen Klassen beschränkt und nur selten auf die mittleren oder unteren Klassen ausgedehnt wird. Sehr erstaunlich ist es, daß viele Direktoren diesen Ferientreissen ihr Interesse zugewendet haben und mit ihren Lehrern und Schülern ihr näheres und ferneres Heimatland durchwandern. — Auch an den Seminaren findet das Wandern im Erziehungsplatt der Jugend meist eine bescheidene Stelle; von 185 Seminaren pflegen 117 die Wanderfahrten mehr oder weniger häufig, im allgemeinen aber Wanderungen von halbtägiger Dauer, die unter Leitung des Klassenlehrers stattfinden. Bei Teilnahme aller Schüler unternommen werden; daneben kommen noch bis auf einen ganzen Tag sich ersterdenenden Ausflüge in Betracht. Fast die Hälfte aller Seminare unternimmt auch zu Beginn der großen Ferien oder in den Pfingstferien Reisen von längerer Dauer, die sich zumeist auf die oberen Klassen unter völlig freiwilliger Teilnahme beschränken. Naturgemäß ist das Wandern an den Volksschulen nicht so stark ausgebildet. Immerhin ist es erfreulich, daß nicht nur die Volksschulen in den Städten, sondern auch auf dem Lande ab und zu durch einen halbtägigen oder ganztägigen Ausflug den Schülern Gelegenheit gegeben wird, ihre Umgebung kennen zu lernen. Herzog zu Hohenlohe sei das Interesse vieler Schulpatrone, das sich darin zeigt, daß sie den Schulen zur Erleichterung der Ausflüge Wagen zur Verfügung stellen. Wenn auch die Teilnahme überall freiwillig ist, so ist sie doch fast immer ziemlich allgemein, zumal hier und da Unterstützungsklassen für Wanderungen geschaffen oder Reisekasse ins Leben gerufen wurden. Größere, mehrjährige Ausflüge mit Volksschülern werden nur ganz vereinzelt veranstaltet. Zu beobachten ist es, daß an vielen Schulen, besonders auf dem Lande, leinerlei Ausflüge und Wanderungen ausgeführt werden können, sei es, weil die meisten Eltern ihre Kinder außerhalb der Schule Zeit recht intensiv im Hause und in der Landwirtschaft gebrauchen und auf die Freizeit der Kinder wegen ihrer Bedürftigkeit angewiesen sind, oder weil aus Furcht vor den Bestimmungen über die Haftpflicht viele Schulen diese Ausflüge vollständig unterlassen oder eingestellt haben.

Genossenschaftliches auf dem Gebiete des Fahrradmarktes.

Innenhalb eines Zeitraums von ca. 15 Jahren hat sich mit dem Fahrrad eine ungeheure Wandlung vollzogen. Bei seinem ersten Aufstehen diente es namentlich der jungen, besseren Gesellschaft als Mittel zur Ausübung des Sports. Heute bildet es ein ungemein wichtiges und nützliches, fast unentbehrliches Verkehrsmittel für die minderbemittelte Bevölkerung; namentlich die Arbeiter bedienen sich seiner und die Zahl derer, die es zur täglichen Fahrt nach und von der Arbeitsstätte benutzen, fährt nach Hunderttausenden. Zählt doch z. B. der Arbeiter-Fahrradverbund Solidarität allein über 100.000 Mitglieder und es darf angenommen werden, daß dem Bund nur etwa der gezeichnete Teil der Fahrradreisenden Deutschlands angehört.

Diese weite Verbreitung des Fahrrads hat einen ausgedehnten Industriezweig ins Leben gerufen; der Umsatz auf dem Fahrradmarkt zählt in Deutschland nach Millionen, die meistens die Arbeiter aufbringen. Im Hinblick hierauf erscheint es wohl begreiflich, wenn der Versuch gemacht wurde, die ungeheure Kaufkraft der Arbeiterschaft zu organisieren. Gerade auf dem Gebiet des Fahrradhandels findet der Zweck der Konsumvereine: Ausschaltung des Brockenhandels und dadurch bedingte Verbesserung des Produktes ein günstiges Feld.

In Berlin hat vor einigen Jahren eine Anzahl Arbeiter deshalb den Versuch gemacht, eine Einkaufsgenossenschaft für Arbeiter-Fahrräder ins Leben zu rufen. Im Verlauf von ungefähr 4 Jahren hat sich nunmehr das Unternehmen zu einer bedeutenden Höhe emporgeschwungen; so wurde z. B. im Jahre 1908 ein Umsatz von 175.000 M. erzielt, was gewiß beachtenswert ist.

Da sich die Prosperität des Unternehmens erwiesen hat, hat nunmehr der Arbeiter-Fahrradverbund Solidarität das Unternehmen unter seine Fittiche genommen. Es ist als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Fahrrad-Haus Frischau Walter Wittig u. Co. eingetragen und hat den Zweck, den Fahrradreisenden die Beschaffung guter, rechter und vor allen Dingen preiswerten Fahrräder und sonstiger Bedarfsteile zu vermitteln. Da gerade beim Einstieg der hier in Betracht kommenden Waren eine Täuschung und Übervorstellung des Kaufenden Publikums außerordentlich leicht ist, dürfte das Unternehmen Gutes für die Arbeiter leisten können.

Der Gewinn des Unternehmens soll laut Gesellschaftsvertrag dem Arbeiter-Fahrradverbund Solidarität zugute kommen, der den Gewinn zum Ausbau seiner Unterstützungsseinrichtungen verwenden soll. Das Unternehmen besteht zurzeit neben dem

Hauptgeschäft in Berlin, Brunnenstraße 85, und einer Filiale in der Nottbuser Straße 9, ferner noch Filialen und Verkaufsstellen in Leipzig, Dresden, Aue i. S., Breslau, Finsterwalde, Hoyerswerda, Görlitz, Halle a. S., Pirna, Karlsruhe, Aachen, Magdeburg, Weißenfels, Offenbach a. M., Pleicher, Mühlheim, Beuthen und Altrich; in andern größeren Städten sollen weitere errichtet werden.

Der Gesamtvertrag der Lager an Fahrrädern und sonstigen Verkaufsgegenständen, sowie der Geschäftseinrichtungen dürften sich auf über 200.000 M. belaufen. Die Arbeiterschaft, die heute auf dem Fahrradmarkt fast einzige Abnehmerin ist, hat es in der Hand, dieses von der Arbeiterschaft errichtete und verwaltete Unternehmen zu einem mächtigen Faktor im wirtschaftlichen Leben zu gestalten.

Wir empfehlen den organisierten Arbeitern, bei Verkaufsstellen zu berücksichtigen. In Orten, an denen keine

Verkaufsstellen bestehen, kann der Verzug durch die Mitglieder und Vereine des Bundes, die an jedem namhaften Orte zu finden sind, bewerkstelligt werden.

**Die unzufriedenen Lehrer. Der Leipziger Abendzeitung wird geschrieben:**

Eine unerwartete Wendung kann bei der schon seit einem Jahr in breiterer Öffentlichkeit verbündeten Lehrerbefreiung in Leipzig durchaus herbeigeführt werden, daß der Leipziger Lehrerverein sich befürwortend an die oberste Schulbehörde gewendet hat.

Der Leipziger Rat hat bekanntlich beschlossen, den über

40 Jahre amtierenden Lehrern nur dann eine Erhöhung zulassen zu

lassen, wenn sie ihre frühere Sunnenemäßigung preisgeben und auf dem Schulamt einen Revers unterschreiben. Die Sache

ist umso mehr geeignet einen nochmaligen Umlauf der anfangs ver

öffentlichten und neuerdings mit aller Halt betriebenen Gehaltsregulierung einzuleiten, als bewährte Rechtsanwälte die Materie bearbeitet haben.

Wenn durch diese Beschwerde eine abermalige Verzögerung der Anlegeschenheit herbeigeführt wird, so sind allein die Lehrer daran schuld. Man kann aber daran auch den Grad der

Geheimschelte erneut, der sich in den beweglichen Klagen über die

Verzögerung der langsehnten Gehaltszulagen kundgetan hat.

Das Herzogliche Schindelpapier hat bekanntlich in großer Breite seinen Lesern erzählt, daß bei den Arbeitslosenzählung in Halle a. S. die Böhler des Gewerkschaftsrates bewußte Fälschungen begangen hätten, um eine möglichst große Zahl von Arbeitslosen herauszubringen. Wie unsre Freunde wissen, hat der Stadtverordnete Genosse Thiele den Oberbürgermeister Rive in der Stadtverordnetenversammlung ersucht,

darüber Auskunft zu geben, wie das Amtsblatt, der Generalanzeiger, zu seinen unchristlichen Beschuldigungen gegen das

Gewerkschaftsrat und die Böhler gekommen ist. Der Bürgermeister hat darauf erklärt, daß er keine Kenntnis davon hat,

worüber das Amtsblatt das Material zu seinem Artikel hat, und erklärt, daß es weit gefehlt sei, den Böhler den Vorwurf

zu machen, sie hätten absichtlich falsch gezählt. Es sei

auch nach dem Böhlerbericht und dem Abdruck eine absichtliche Fälschung nicht anzunehmen. Irrungen und Fehler

sind bei solchen Fälschungen unvermeidlich. Die Leipziger

Universitäts Nachrichten des Herrn Hirschfeld haben bis jetzt

noch keine Zeit gehabt, ihren Schwund zu berichtigten. Herr

Hirschfeld, der ja sonst seinen Kritik sehr scharf anprallt, ist in

diesem Punkte merkwürdig nachsichtig. Dem Anschein nach

haben die Wiesslinge des Herrn Hirschfeld in diesem Falle ihren

Vortherren auf ihrer Seite.

Im Alten Theater werden bemerkbar größere Arbeiten

vorgenommen werden. Es wird elektrische Beleuchtung ein-

gerichtet, und die Niederdruckdampfheizung erweitert werden.

Außerdem sollen die Bühnenbalconen über dem Bühnenraum ver-

stärkt und gesichert werden. Diese Arbeiten werden insgesamt

57.225 M. Kosten verursachen.

Die Trichinenräuber, die am Schlachthof beschäftigt sind,

beabsichtigen, eine Invaliden- und Alterunterstützungsfasse zu

gründen. Sie erfordern dazu für die ersten sechs Jahre einen

jährlichen Zuschuß von 3000 M.

Der Rat beschloß, den Antrag der Stadtverordneten,

Gründungen mit festem Gehalt anzufassen, abzulehnen.

Eine aus dem dreizehnten Jahrhundert stammende Glocke der

Kirche in St. Thalia will der Rat für 1200 M. ankaufen.

**Warnung vor Heilmittel-Inseraten.** In diesen Tageszeitungen sind folgende Anzeigen erschienen: a) Chemist A. Kromers Rheumatik, bestimmt für Mittel gegen Rheumatismus; b) bei Flechten, öffnen Ihnen ein, wird allen auch helfen, die noch keine

Hilfe haben, ein Verlust mit der Altpfennig Heilmittel entzogen. Diese Anzeigen verstößen gegen die Ministerial-Bekanntmachung vom 14. Juli 1903.

**Zur Bereitung des Wetterdienstes.** Nunmehr ist der Vertrag zwischen der Deutschen Seewarte in Hamburg, dem Meteorologischen Institut in London und der Marconi-Gesellschaft über die Lieferung von Wetterberichten vom Atlantischen Ozean durch drahtlose Telegraphie abgeschlossen. Es werden zunächst in den Frühlingsmonaten täglich zwei Telegramme durch Schiffe der Hamburg-Amerika-Linie, des Norddeutschen Lloyd und von vier englischen Schiffsreedereien durch Funkenspruch nach den englischen Stationen in Mailand-Head gegeben, von wo sie durch Telegramm an die Deutsche Seewarte gelangen, die sie wiederum den deutlichen Wetterstationen mitteilt. Außerdem werden mit dem Beginn des Wetterdienstes auch die drei Drahtstationen am Boden, in Lindenberg und Dorstel ihre Beobachtungen für die Wetterberichte dienstbar machen, wobei allerdings das fehlen zweier weiterer Drahtstationen im Westen und Osten des Meeres vielfach als lästig empfunden wird. Innerhalb aber darf man annehmen, daß in der kommenden Periode besonders durch die Berichte vom hohen Meer die Wettervoraussagen erheblich zuverlässiger Resultate geben werden, als bisher. Auch der deutsche Weinbau hat jetzt begonnen, den Wetterdienst für seine Zwecke dienstbar zu machen.

**Expresstergeschichten** werden jetzt in Leipzig massenhaft verkauft. Zum Beispiel wird erzählt, daß der Sohn eines verstorbenen Leipziger Geistlichen des Mordes an den Friedrichschen Cheluiten schuldig sei. Der Mann soll jedoch mit dieser Tat nichts zu tun haben. — Das Leipziger Tageblatt teilt mit, daß gegen einen hiesigen Steinbrücker ein Expresstergeschicht unternommen wurde. Der Herr wurde aufgefordert, in einem Café an der Halberstädter einen Brief mit 1000 Mark Anzahl niedergzulegen, der dort abgeholt werden würde. Der Verdächtige glaubte ein Übriges zu tun, wenn er mit seinen Freunden den frechen Expressen selbst absäßen würde. Er saß also mit den Kameraden seiner Turnerriege ins Einvernehmen und diese warteten des Verbrechers. Gleichzeitig war eine Dame, die in dem betreffenden Café als Gast war, beauftragt, dem Fremden, der nach dem niedergelegten Briefe fragen würde, eine bereitgehaltene Liste Pfeifer in die Augen zu streuen, um ihn unzählig zu machen. Die Vorbereitungen zu diesem Expressfang waren indes zu auffällig betrieben worden. Der Verbrecher roch Lunte und ging nicht ins Garn. Es steht wohl außer Zweifel, daß der Kerl mit dem Expressen und Mörder aus der Windmühlenstraße auch nichts zu tun hatte. — In der Untersuchungslache gegen den noch immer unbekannten Raubmörder der Friedrichschen Cheluiten wird dieselbe Dame, die an Polizeirat Dr. Müller (Kaiser-Wilhelm-Straße 52, II.) einen Brief ohne Unterschrift geschrieben hat (violette Linie), gebeten, den genannten Herrn oder Staatsanwalt Dr. Mühlle persönlich aufzusuchen, da ihre Angaben von Wichtigkeit erscheinen. Absolute Diskretion wird von der Behörde im voraus zugestehet.

**Zum Großsteinberger Raubmorde.** In der an der Möbilstadt Martha Conrad auf Großsteinberger Blut am 21. Juni vergangenen Fahrt begangenen Raubmordaffäre sucht die Untersuchungsbefehl einen in Italien beheimateten Arbeiter Constantino Trenano oder Trenavino als Zeugen. Der Gesuchte soll zuletzt in Lütschena gewohnt haben, man hat ihn aber dort nicht mehr aufzufinden können. In Trenano wird die Aufrufung gerichtet, dem Untersuchungsrichter Dr. Leonhardt, Neues Landgericht, Eisenstraße, seine genaue Adresse anzugeben.

**Tussi.** Gestern abend in der siebten Stunde hat anscheinend in dem Walde zwischen Böhla-Ehrenberg und Böhla eine Säbelschlägerei stattgefunden. Bästanten haben in Kraftdroschen verwundete Herren gesehen. Näheres ist bisher nicht bekannt geworden.

**Zwei Tagen hoch herabgestürzt.** Beim Fensterpuhensturz gestern abend an der Talstraße ein 24 Jahre alter Dienstmädchen, indem es abglitt, herab und durch ein Glassbach. Das Mädchen, das schwere Schnittwunden im Gesicht, an den Händen und im Rücken davontrug, wurde mit Rettungswagen dem Stadtkrankenhaus zugeführt.

**Ödlicher Sturz.** Gestern nachmittag ist das dreijährige Töchterchen der hier Altdorfstraße 81, 5. III. wohnenden Schreiberfamilie Richter, Elisabeth Charlotte, in einem unbemalten Augenblick aus einem Fenster der elterlichen Wohnung in den Hof gestürzt. Das Kind hat bei dem Sturz eine schwere Kopfverletzung erlitten, an deren Folgen es verstorben ist.

**Selbstmordversuch.** Um sich das Leben zu nehmen, nahm gestern ein in der Gabelsberger Straße in Lehe lebender Bäderlehrer ein Quantum Salmiakgeist ein. Der junge Mensch wurde in das Krankenhaus gebracht. Wahrscheinlich war der Beweggrund zu seinem überreifen Schritte eine gegen ihn bevorstehende Gerichtsverhandlung.

**Strohennunfälle.** In der Südstadt litt gestern ein 36 Jahre alter Kohlenhändler aus der Kochstraße auf dem Fußweg aus und erlitt einen doppelten Knorpelbruch. Der Verunglückte wurde nach der nächsten Polizeiwache getragen und sodann in das Krankenhaus übergebracht.

## Aus dem Stadtverordnetensaale.

Sitzung vom 3. März 1909.

Eingegangen ist eine Eingabe der Leipziger Stellenvermittler, die sich gegen die Gründung eines Zentralarbeitsnachweises wendet, weil dadurch das Gewerbe der Stellenvermittler geschädigt würde. Stadtv. Sauer (Mittelf.) machte die Eingabe zur Kenntnis.

Nach Eintritt in die Tagesordnung kam zunächst eine Eingabe von Hugo Höffner zur Verhandlung. Der Petent wandte sich gegen die geplante Führung der Straßenbahn durch die Kaiser-Friedrich-Straße in Gohlis. Der Verkehrsaudschuss war jedoch der Meinung, daß eine Umänderung des Plans unpraktisch sei und dem Interesse eines einzelnen zuliebe die Interessen der Allgemeinheit nicht hintergeht werden dürfen. Er beantragte, die Eingabe auf sich beruhnen zu lassen. Stadtv. Sauer erfuhr bei dieser Gelegenheit den Rat, die Straßenbahngesellschaften auszuordnen, für das sogenannte Franzosenviertel eine Verbindung zu schaffen. Stadtrat Höfmann erwiederte, eine Versammlung der Straßenbahnnationen habe sich bereits mit der Angelegenheit beschäftigt und dem Rats-Vereinigung zugehen lassen, die aber nicht für die Öffentlichkeit bestimmt seien und nur in einer nichtöffentlichen Sitzung bekannt gegeben werden könnten. Hierauf wurde beschlossen, die Sache in die nichtöffentliche Sitzung zu verweisen.

Eine Eingabe des Deutschen Transportarbeiterverbands wünscht eine Änderung von § 48 der Leipziger Verkehrsordnung. Der Paragraph enthält in Absatz 1 die Bestimmung, daß den Geschäftsführern das Verlassen ihrer Wagen nur zu Verrichtungen, die mit der Verwendung der Fahrzeuge unmittelbar zusammenhängen, und nur solange, als es unumgänglich nötig ist, höchstens aber 10 Minuten, gestattet ist. Absatz 2 enthält das strikte Verbot, vor Schankwirtschaften zu halten. An diesen Bestimmungen erbliden die Petenten eine Säcke gegen die Geschäftsführer. Während der Ausschusssitzungen hatte Stadtrat Dr. Barthel erklärt, die Bestimmungen würden sehr milde gehandhabt und zum Beweise dafür angeführt, daß in Leipzig im Durchschnitt nur 1½ direkt und 2½ anderweitig, zusammen also 5 Bestrafungen pro Tag erfolgten. Verkehrs- und Verfassungsaudschuss vermochten jedoch nicht einzusehen, daß circa 1800 Bestrafungen im Jahre auf eine milde Handhabung der Bestimmungen schließen lassen, und beantragten, im § 48, Abs. 1 die Worte „mit der Verwendung der Fahrzeuge unmittelbar zusammenhängender“ und „so lange, als es unumgänglich nötig ist“, sowie den Absatz 2 zu streichen, und im Absatz 1 statt 10 Minuten zu legen 2 Minuten.

Stadtrat Dr. Barthel erklärte, auch der Rat sei sich bewußt, daß die Geschäftsführer durch die jetzigen Bestimmungen unangenehm getroffen würden. Aber irgend welche Sonderwünsche müßten hinter den Interessen und Forderungen des Verkehrs zurücktreten. Berlin und Dresden hätten dieselben Bestimmungen in ihrer Verkehrsordnung. Den ausführenden Organen könne es nur recht sein, wenn die milde Handhabung bestätigt und daß bestimmte Ausnahmen gegeben würden. Zu erwägen sei auch, ob für einige besonders verkehrsrückhaltende Straßen nicht eine Ausnahme gemacht werden müsse. Auch der Zusatz, daß das Halten nur da erlaubt sei, wo der Verkehr nicht erheblich gestört wird, müsse bestehen bleiben.

Stadtv. Enke tritt ebenfalls für Ausnahmevereinbarungen ein. Gerade die stehenden Wagen bildeten in den zahllosen engen Straßen das größte Hindernis für den Verkehr.

Nachdem ein Antrag, die Sache nochmals an die Ausschüsse zurückzuverweisen, abgelehnt worden war, wurden die Ausschlußanträge einstimmig angenommen. Eine Eingabe des neuen Leipziger Tierschutzvereins, die für die Beibehaltung der bisherigen Bestimmungen eintrat und mit zur Beratung stand, wurde für erledigt erklärt.

Ohne Debatte wurden genehmigt: die Einlegung der Gauleitung in die Pistoristraße zwischen der Erdmann- und der Paulinstraße mit einem Kostenaufwand von 1200 M., die Asphaltierung und Fußwegregulierung in der Bachstraße, sowie die Umpflasterung der Thomasiusstraße zwischen der Gottsche- und der Leipzigerstraße mit alten Schlackensteinen im Jahre 1910, sowie die Einstellung der erforderlichen Mittel in Höhe von 19.800 M., 9700 M. und 4200 M. in den Haushaltplan für 1910 mit der Maßgabe, daß im unteren Teile der Bachstraße auf ungefähr 40 Meter Weichholzplatten gelegt wird, die Ausführung eines Schleusenbaues in der Gräfestraße unter Berechnung der dafür erforderlichen Kosten von 50.000 M. aus den nach dem Ortsgefäß vom 1. März 1907 gebildeten Fonds, eine Vorlage über den Bau einer Vorlutschlucht durch städtische Kurstrecke in Lengen durch den dortigen Gemeinderat, die Erweiterung der Geschäftsräume des Polizeiamts mit einem Gesamttaufwand von 42.722,96 M., der dem Betriebsreservefonds entnommen und in vier Jahresraten zu rückerstattet werden soll, und die Erhebung einer Klage für das Johannishospital.

Die Abrechnung über die Herstellung eines Regenablasses in der Hoerstraße von der Klemantafaser bis zur Niederröde wurde unter Nachbewilligung von 2008,71 Mark Mehrosten richtiggestellt.

In einer früheren Sitzung war der Rat über die Verwendung von Lona an der Entrüttelstraße als Lagerplätze interpelliert worden. Nach den an die Ausschüsse gelangten Ratsmitteilungen sind die Plätze, auf denen später das Nordbad errichtet werden soll, nur auf kurze Zeit und gegen vierjährige Fristdigung vermietet. Der Dienstauschuss wünscht, daß die Plätze besser vorgerichtet werden, und beantragte, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen und den Rat zu ersuchen, die Plätze bis zum 1. Juli d. J. zu räumen. Der leichte Teil des Antrages wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Stadtv. Löwe angenommen.

Stadtv. Scheib begründet die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten damit, daß eine Verschönerung der betreffenden Plätze wieder neue Mittel erfordere. Man sollte die Mietverträge deshalb lieber bis zum Bau des Nordbades bestehen lassen.

Dann wurden noch einige zurückgestellte und abgeänderte Positionen von Konten des diesjährigen Haushaltplanes erledigt. Folgende Ausschlußanträge wurden einstimmig angenommen: Konto 12, Anhang Pos. 14 h nimmt mit 26.250 Mark zu genehmigen und demgemäß Pos. 14 mit 32.014,50 Mark einzustellen, und den Rat zu ersuchen, vom nächsten Jahre ab nur 10.000 Mark als Pachtgeld für die ehemalige Hanitschische Garnelei einzuzahlen, die übrigen 15.250 Mark aber auf Konto 22 zu nehmen; ferner für handwerkssachen und verschiedene Bedürfnisse, einschließlich Reinigung im Neuen Rathause, 70.000 Mark einzustellen. Für die Ausbesserungs- und Austreicherarbeiten am Dache des Museums der bildenden Künste wurden 1920 Mark nachbewilligt.

In einer Ratsvorlage ist die Belegung der Korridore im Neuen Rathause mit Linoleumbölfen vorgesehen. Die erforderlichen Mittel (21.000 Mark) sollen aus dem Betriebsreservefond entnommen und während der Jahre 1910 und 1911 aus Betriebsmitteln aufzulösen werden. Auf Antrag des Hochbauausschusses wurde der Vorlage mit der Maßgabe zugestimmt, daß der Linoleumbelag nicht überall 2 Meter, sondern wo angängig, 1½ bzw. 1 Meter breit angeordnet und ein Bezugsgeld von 18.000 Mark (statt 21.000 Mark) bewilligt wird.

Für die Neuverteilung einer Wohnung im Grundstück Betschstraße 3 wurden 1850 Mark ausgeworfen.

Ein Plan über die Gestaltung der Flüchten der Nikolaistraße und des Brühls am Grundstück Brühl 54 wurde in zusammendem Sinne begutachtet und der erforderliche Bandantrag angenommen.

Zugeschaut wurde ferner dem Abbruch des Küntorhauses, sowie der Befestigung des zum Schleißiger Wege fallenden Landes mit einem Aufwand von 1480 Mark.

Der Rat hatte beschlossen, am 1. Januar 1909 50 Kanalhilfsarbeiterstellen und am 1. Januar 1910 weitere 25 Kanalhilfsarbeiterstellen in Beamtenstellen mit einer entsprechenden Gehaltserhöhung umzuwandeln. Die Ausschüsse beantragten, der Umwandlung der 50 Stellen am 1. Januar 1909 anzutreten, im übrigen aber die Vorlage abzulehnen.

Der Referent bemerkte, daß die Verhältnisse der Hilfsarbeiter zu den Beamten seit gegenwärtig sehr ungünstig seien. Leider habe das Kollegium keinen Überblick. Es habe bisher immer nur eine Haushaltsumme bewilligt, ohne zu wissen, auf wieviel Hilfsarbeiter sich diese Summe verteilt. Es sei wünschenswert, daß die Stellen vom nächsten Jahre ab im Haushaltplan aufgeführt werden. Ferner sei auch bemängelt worden, daß die Vermehrung der Hilfsarbeiter in so raschem Tempo erfolge. Die einzelnen Abteilungen sollten auf eine Vereinfachung des Geschäftsvergangenheits hinarbeiten, um an Hilfsarbeiter zu sparen. Das Kollegium möge jetzt dem dringendsten Mangel abhelfen, alles andere aber mit dem Rat beschließen.

Oberbürgermeister Dr. Dittrich bestritt, daß die Vernehmung der Hilfsarbeiter im Verhältnis zu den Beamten zu schnell erfolgt sei. Den Wunsch, die Geschäfte zu vereinfachen,

habe auch der Rat wiederholt ausgedrückt.

Die Stadtov. Rörner und Heimann traten für die Ratsvorlage, bezw. für die Umwandlung von 75 Stellen ein.

Die Verhältnisse der Hilfsarbeiter, die teilweise die Verhältnisse von Beamten ausführen müssen, hätten sich seit 1901 bedeutend verschlechtert.

Stadtv. Pollendorf (Soz.): Wenn man die Haltung gewisser Herren vergleicht mit der vor einer Reihe von Jahren von ihnen eingenommenen Stellung, sieht man mit Staunen, daß sich eine ganz gewaltige Wandlung vollzogen hat. Herren, die früher von gewissen Dingen nichts wissen wollten, trauen heute geradezu von Wohlwollen für die Hilfsarbeiter, um deren Gunst besonders die Herren vom Mittelstand ein förmliches Wettrennen veranstalten. Ich bin auch davon überzeugt, daß der Verein der Festgesetzten viel Freude über Herrn Heymanns heutige Rede haben wird, der gezeigt hat, daß er weiß, wo er gewählt ist. Soweit es sich um die Umwandlung von Hilfsarbeiterstellen gehandelt hat, haben wir ein solches Streben stets unterstützt; aber auf die heutige Ratsvorlage einzugehen, halte ich für unzulässig, wenn wir nicht auf jede Prüfung in den einzelnen Amtshäusern von vornherein verzichten wollen. Die zuständigen Ausschüsse werden bei der Etatberatung prüfen haben, ob über das heutige Bevolligte noch hinausgegangen werden muss. Wenn Herr Rörner sagt, daß sich ein Rückgang in der Zahl der Bewerbungen bemerkbar mache, so ist dem leicht abzuhelfen. Bei der Ortskrankenkasse liegen einige tausend Bewerbungen, die von demselben Personenkreis ausgehen, der für die Hilfsarbeiterstellen beim Rats in Frage kommt. Bestrafungen nach dieser Richtung sind also kaum berechtigt. An und für sich freue ich mich persönlich, daß sich bei der Beurteilung dieser Verhältnisse bei den Herren von der Mitte eine ganz gewaltige Umwandlung vollzogen hat.

Nachdem der Vorsteher Dr. Roth ebenfalls für die teilweise Annahme der Ratsvorlage eingetreten war, wurden die Ausschlußanträge einstimmig angenommen.

Es folgte noch eine nichtöffentliche Sitzung. In der nächsten Woche fällt die Sitzung des Bürtages wegen aus.

## Gerichtsstaat.

### Landgericht.

Wege gegen Rückfallbierkasten: Nachdem sich der 24 Jahre alte Schmid Gustav Hermann Paul Müller aus Magdeburg, der 26-jährige Schneider Karl Elio Reck aus Oberspier und der 21 Jahre alte Schriftsteller Kurt Richard Lohse aus Gohlis zu verantworten. Wegen Hebleret war außerdem die 40 Jahre alte Kaffeeclubbenhälterin Anna Louise Fleißer mitangeklagt. Alle vier Angeklagten sind schon im Vorjahr gemeinsam bestraft, und zwar Müller mit 5 Jahren 3 Monaten Knutzenhaus, Reck mit 8 Jahren 8 Monaten Knutzenhaus, Lohse mit 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis und die Fleißer mit 1 Monat 2 Wochen Gefängnis. Die drei ersten Angeklagten sind aus der Strafanstalt vorzeitig freigekommen. Die der jetzigen Verhandlung zugrunde liegenden Straftaten sind bereits im Jahre 1907 verübt. Müller und Reck geben zu, im November zunächst aus einem Hof in der Dujourstraße Wäschefläche gestohlen zu haben. Einige Zeit später sind sie dann gemeinsam in vergleichende Warenwohnungen eingestiegen. Aus der Wohnung eines Kaufmanns erbeuteten sie silberne Objektive, eine leibene Bluse, eine Schürze und 48 Kleiderknöpfe und Weiße, aus einer Wohnung in der Bleiburgstraße verschiedene Kleidungsstücke im Werte von 80 M. und aus einer Wohnung am Flohplatz einen Posten Schuhe und Gürtel. Lohse sollte ferner einem Postassistenten aus dem Königsplatz eine Uhr mit Ketten und Messer aus der Tasche gestohlen haben, während die Fleißer bestohlt wurden, von Müller und Reck verschieden der gehobenen Gegenstände teils als Geschenke angenommen, teils gekauft zu haben. Lohse und die Fleißer leugneten. Es konnte ihnen auch durch die Beweisaufnahme nichts nachgewiesen werden. Das Urteil lautete für Müller und Reck auf eine Haftstrafe von je 1 Jahr 6 Monaten Knutzenhaus. Lohse und die Fleißer wurden freigesprochen.

Wegen eines einfachen Bankraubs wurde der Bäckermüller Otto Kurt Kluge, der frühere Inhaber des Cafés Hennerdorff, von der dritten Strafammer des festigen Landgerichts zu 150 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Kluge hatte es unterlassen, seine Geschäftsbücher zu zu führen, das daraus eine Übersicht über seine Vermögenslage zu gewinnen wäre. Seine Entschuldigung, er habe nicht gewußt, daß er zu einer so sorgfältigen Buchführung verpflichtet sei, wurde nicht als richtig befunden. Das Gericht nahm vielmehr an, Kluge hätte sich bei der Geschäftsbüchernahme über die öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen, die er als Vollzahmann hatte, informieren müssen, und erlaubte auf die oben angegebene Strafe. Strafmildernd wurde berücksichtigt, daß Kluge durch den Nachlaßkonturs seines Vaters, für den er Bäckereien und Wechselverpflichtungen eingegangen ist, selbst in Zahlungsschwierigkeiten gekommen ist.

## Von Nah und Fern.

### Der Schnee.

Berlin, 4. März. Nachdem der Schneefall gestern vorzeitig aufgehört hat, gelang es der städtischen Straßenreinigung, die wichtigen Straßenzüge wieder passierbar zu machen. Auf der Leipziger Straße wurden an den letzten zwei Tagen allein rund 1200 Fuhren Schnee abgefahren. Am Dienstag allein sind 2000 Fuhren aus Berlin fortgeschafft worden.

Berlin, 3. März. Ein schwerer Unfall hat sich heute in der Mattheistraße 14 ereignet. Der Schlossermeister Wegener, der dort seine Werkstatt hat, beauftragte frühmorgens zwei seiner Lehrlinge, den Schnee auf Überlichtdag fortzuschaffen. Die Lehrlinge stellten sich zur Sicherheit an, damit ihnen nichts passieren könne. Einer von ihnen überfah. nun auf dem Dach infolge des Schnees, eine eine Luke befindet Fensterscheibe, trat auf sie und fiel, den Kollegen mit sich reißend, in die Tiefe. Dieser ließ, um nicht ebenfalls zu stürzen, das Seil los. Der Fall ließ, 45 Sekunden, 15 Jahre alt und Elisabeth 4 wohnhaft, stirzen, so unglücklich auf untenliegende Gerüste, daß es verloren und schwer verletzt liegen blieb. Auf der Unfallstation stellte sich heraus, daß er einen Rippen- und Wirbelsäulenbruch mit schweren Verletzungen der Lunge davongetragen hat. Der Arme wurde in das Krankenhaus am Urban gebracht. Ob er am Leben erhalten kann, ist zweifelhaft.

Für die Neuverteilung einer Wohnung im Grundstück Betschstraße 3 wurden 1850 Mark ausgeworfen.

Ein Plan über die Gestaltung der Flüchten der Nikolaistraße und des Brühls am Grundstück Brühl 54 wurde in zusammendem Sinne begutachtet und der erforderliche Bandantrag angenommen.

Posen, 3. März. Seit gestern herrschen hier ununterbrochene Schneefälle. Im Weichhanland wurde ein handwerkliches erstickt aufgefunden.

Breslau, 3. März. Die Eisenbahndirektion teilt mit: Die Biedertalbahn hat den gesamten Betrieb auf der ganzen Strecke Landeshut-Albendorf wegen Schneeverwehung auf unbekannt Zeit eingestellt.

Graz, 4. März. In den Alpen sind katastrophale Schneemassen niedergegangen. Bei Villach wurden von einer Lawine 8 Personen verschüttet.

Venedig, 4. März. In den venezianischen Alpen, besonders bei Belluno, wählt seit drei Tagen ein furchtbare Schneesturm. In Val Trivo wurden durch eine ungeheure Lawine drei Männer getötet. Von den Bewohnern wurde viel verwundet und 13 getötet.

Innsbruck, 3. März. Aus allen Teilen des Landes treffen Nachrichten ein von großen Lawinenstürzen und Verkehrsstörungen. Der Verkehr der Südbahn im Pustertal wurde eingestellt; ebenso der Verkehr auf der Balsuganabahn. Bei Lienz ist heute vormittag eine Lawine ein Wohnhaus weg und brachte ein zweites ein. Drei Personen wurden dabei verschüttet. Meilenlängen bereits als Leichen geborgen werden. Ein neunjähriger Knabe ist noch verschüttet.

Prag, 3. März. Hier laufen Meldungen über kolossale Schneestürme im Niesen- und Erzgebirge ein. In Trautenau töte gestern ein solcher Schneesturm, daß der Wien-Mönchberger Zug mit großer Verspätung eintraf. Auf der Lokalbahn Trautenau-Wedelsdorf mußte der Verkehr eingestellt werden. In Komotau gestern ein riesiger Schneefall ein. Im Erzgebirge herrscht ein furchtbarer Schneesturm, wie er seit Jahren dort nicht wütete. Alle Wege und Straßen sind unpassierbar. Die Lokalbahn Neuhaus-Reubister ist unterbrochen.

London, 3. März. London liegt völlig unter Schnee. Gestern abend gegen 10 Uhr sah ein heftiges Schneetreiben ein. Innerhalb einer halben Stunde waren die Straßen mit einem weißen Mantel bedeckt. Tagüber war die Temperatur außergewöhnlich kalt gewesen, 23 Grad Fahrenheit, während die Normaltemperatur für Anfang März in London 36 Grad Fahrenheit beträgt. Auf dem Lande ist der Frost noch strenger, und 16 bis 18 Grad Kälte werden aus verschiedenen Teilen des Landes gemeldet. Der Schneesturm, der über London hinweggegangen ist, hatte bis zum frühen Morgen noch nicht aufgehört, und bei Theaterchluss lag bereits ein Fuß hoher Schnee. Da vorher die Straßen gesperrt waren, blieb der Schnee nicht liegen, sondern bildete eine glatte Oberfläche, auf der die Pferde nicht festen Fuß fassen konnten.

Wien, 4. März. Die Neue Freie Presse meldet aus Berg: Aus dem ganzen Lande werden ungewöhnlich heftige Schneestürme gemeldet. Mehrere Eisenbahngesellschaften sind im Schneefeld geblieben. Auf der Hauptlinie Lemberg-Podwoszyska ist der Verkehr eingestellt. Ein Schnellzug ist bei der Station Mazymarka von einer Schneelawine fast vollständig verschüttet worden, wobei die Lokomotive entgleist. Die Stadt Podwoszyska ist seit 24 Stunden vom Verkehr ganz abgeschnitten. Alle Bahnhöfe sind voll von Reisenden. Das Blatt meldet aus Triest: Nach den großen Schneefällen der letzten Tage ist plötzlich Tauwetter eingetreten. Aus vielen Tälern werden Lawinenstürze, Wasserschäden und Verkehrsstörungen gemeldet.

### Schiffskollision im Schneesturm.

Dover, 4. März. Auf der Höhe von Dover hat sich ein schwerer Schiffsunfall zugestanden. Dort stieß der Hamburger Dampfer Asti im Schneesturm mit einem andern Dampfer zusammen und sank binnen einer halben Stunde. Die Mannschaft konnte jedoch gerettet werden und traf bereits in Dover ein.

### Ein tumultuarische Szene.

Berlin, 4. März. Zumuluarische Szenen im Gerichtsstaat ereigneten sich gestern vor einer Strafammer des Landgerichts III. Wegen Körperverlehung war der Hundesangbeamte Gerloch angeklagt. Dereliebte war, als er den Hund eines Schäferdirektors wegen eines angeblichen Desektes am Maulkorb absangen wollte, mit lebendem in Streit geraten. Dabei schlug er auf den Gegner ein und warf ihn zu Boden. Das Schöpfgericht abdeckte diese Verhandlung mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten. Im Berufungsinstanz erklärte der Hundesänger, er sei von dem Schäferdirektor zuerst mit einem Spazierstock geschlagen worden. Gerloch befandt hingegen, daß er nur in der Notwehr von seinem Stock Gebrauch gemacht habe. Diese Aussage brachte den Angeklagten dermaßen in Erregung, daß er den gegnerischen Zeugen mit Schimpfworten überhäuftete. Ebe die Gerichtsdienner es versöhnen konnten, ergriff er einen Stuhl und schleuderte ihn mittler durch den Gerichtssaal nach dem Zeugen, der glücklicherweise zur Seite sprang, während der Stuhl in Trümmer ging. Das Gericht verhängte über den Angeklagten, der in seiner grenzenlosen Wild durch einige handfeste Beamte von weiteren Ausschreitungen abgehalten werden konnte, eine sofort vollstreckbare Haftstrafe von drei Tagen wegen grober Ungehörigkeit vor Gericht. In der Sache selbst wurde die Strafe auf einen Monat Gefängnis ermäßigt.

### Vom Erdbeben in Messina.

Messina, 3. März. Die Arbeiten zur Wiederherstellung der Kabel in der Meerenge von Messina sind vollendet. Sechs Kabel sind ausgebezt. Eines mußte aufgegeben werden, weil es von einer zu großen Menge Schutt bedeckt war. Die Kabel wiesen Bruchstellen auf, was für die Annahme spricht, daß die Ursache des Erdbebens mehr untermeerische vulkanische Explosionen als tektonische Beben gewesen sind.

### Erieskisten der Redaktion.

B. 100. Die Antwort lautet: Die Prozession der Leden Godiva, in Silber gewebt von Thomas Stevens, Erfinder und Handwerker in Coventry und London. — Nach einer Sage soll die Gemahlin des Grafen Leofric von Chester (gest. 1057), Godiva, Gründerin eines Klosters in Coventry, die Stadt von einer hohen Strafsumme, die ihr der Graf

# 3. Beilage zu Nr. 52 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 4. März 1909.

## 12. Generalversammlung des Verbands der Maler, Lackierer, Anstricher, Tüncher und Weissbinder Deutschlands.

Möln, 2. März 1909.  
Der Vorsitzende des Verbands, Kollege Cobler, weiß in seiner Eröffnungsrede auf die Wichtigkeit der Tagessordnung hin. Die Einberufung der Generalversammlung habe sich nicht länger hinauszögern lassen, weil die Bewegung gegen den Tarif unter den Kollegen nicht weiter um sich greifen dürfe.

Der Vorsitzende werden Cobler (Hamburg) und Buchelt (Bönn) gewählt. Die vom Vorstand vorgelegte Tagessordnung wird nach Ablehnung aller dazu gestellten Anträge angenommen. Vor Eintritt in die Verhandlungen werden einige Behauptungen des Organs der freien Sait- und Schuhwirte aufgestellt, daß die Delegierten in einem bürgerlichen Gewerbe eingetragen seien, das der Arbeitbewegung feindlich gegenüberstehe, während man das Volkshaus ganz ausgeschaltet habe. Das sei nicht wahr, richtig sei vielmehr, daß alle verfügbaren Ketten im Volkshaus in Anspruch genommen seien.

Die Generalversammlung ist von 77 Delegierten besucht, außerdem sind die Vorstandsmitglieder und 7 Beiräteleiter anwesend. Die Abstimmung des Vereins-Anzeigers ist durch Kollegen Mart, der Ausschuss durch den Landtagsabgeordneten Veltin vertreten.

Hierauf berichtete Cobler über die Tätigkeit des Verbands. Der Bericht liegt den Delegierten im Druck vor. Cobler ergänzt ihn durch den Nachtrag, daß eine genaue Erhebung veranlaßt worden sei, um die Dauer der Zugehörigkeit der abgängigen Mitglieder zur Organisation und ihr Alter festzustellen. Im letzten Jahre sind nur 15 000 Aufnahmen gegenüber 22–24 000 in früheren Jahren erzielt worden. Im Jahre 1908 sind von den Mitgliedern 25,7 Prozent, im Jahre 1907 25,9 Prozent, im Jahre 1908 26,8 Prozent wieder abgegangen. Von den ausgetretenen Mitgliedern standen 10,0 Prozent im Alter von 30–35 Jahren, 10 Prozent im Alter von 35–40 Jahren. Im Alter von 18–20 Jahren standen nur 7–8 Prozent. Über die Aufnahmen der Mitglieder ist festgestellt worden, daß ihre Zahl in einigen Orten gleich geblieben ist, während sie in anderen Orten beträchtlich zurückging. Wir können sehen, daß die Krise uns nicht so sehr geschadet hat, und wir brauchen keine Furcht vor der Zukunft haben. Unter den Gründen, die dafür angegeben wurden, daß der Verband nicht genug vorwärts gekommen sei, wird auch der Tarifvertrag angeführt. Das kann aber nicht als Grund dafür angegeben werden, da gegen sind andre Mängel zu kritisieren, vor allem in der Einklassierung der Beiträge. Die Einklassierung durch Abholung der Beiträge im Hause des Mitglieder hat sich durchaus bewährt. Die Einklassierung wird entweder durch angestellte, beförderte Kassierer, oder durch Kollegen ausgeführt, die es Sonntags in ihrer freien Zeit tun. Die Kosten der Einklassierung betragen durchschnittlich für eine Beitragsmarke 4–5 Pf. In manchen Städten sieht man die Anstellung von Beamten wegen zu großen Kosten. In diesen Orten findet heute keine geregelte Einklassierung statt, und es ist gewiß diesem Umstand mit zugeschrieben, daß 26,8 Prozent der Mitglieder wieder verloren gegangen sind. Der Redner gibt weiterhin Worte, wie die Agitation zu betreiben ist. Er schließt seinen Bericht mit der Versicherung, daß der Verband keine Ursache habe, mit seiner Entwicklung unzufrieden zu sein.

Den gleichfalls gebrückt vorliegenden Kassenbericht ergänzt der Kassierer, Kollege Wentle. In der Berichtszeit ist der Mitgliedsbeitrag erhöht worden. Im Jahre 1908 zahlten 30 Prozent der Mitglieder 60 Pf., 15 Prozent 60 Pf. wöchentlicher Beitrag. Der Redner ruft, daß einzelne Filialen zu viel von den Ausgaben auf die Hauptklasse abwälzen. Er bemängelt auch, daß viele Filialen zu große Schulden bei der Hauptklasse haben. Die große Zahl der Ausgetretenen liege nicht nur an der Krise, sondern auch an den mangelnden Agitationen. In der Kleinarbeit versagen die Mitglieder noch sehr oft. Der Wunsch des Redners auf der vorigen Generalversammlung, daß das Vermögen des Verbands die Summe betragen möchte, die die Ausgaben eines Jahres ausmachen, ist in Erfüllung gegangen. Daß einzelne Unterlagen vorgekommen sind, liege daran, daß die Abrechnungen mit den Kassierern nicht immer in geheimer Weise vorgenommen worden seien. Es sind jetzt sieben Beiräteleiter und 88 Filialbeamte angestellt. 88 Angestellte werden von der Hauptklasse befördert, die andern von den Filialen. Der Redner geht dann auf die Anträge ein, die zu den einzelnen Unterstützungsweisen gestellt sind, und bemerkt dazu, daß die eine Mehrbelastung der Hauptklasse bringen würden, nur dann angenommen werden könnten, wenn der Beitrag für die Hauptklasse erhöht werde, was jedoch sehr schwer fallen dürfte.

Für den Ausschuß berichtet der Kollege Lennert. Es seien mehrere Beschwerden eingelaufen, die als unberechtigt abgewiesen worden seien. Der Beschluß der vorigen Generalversammlung, noch einen Nebalteuer anzustellen, konnte nicht ausgeführt werden, weil die Aufschreibung der Stelle kein befriedigendes Resultat ergeben habe. Provisorisch sei Laufdrucker angenommen, der Artikel für den Vereins-Anzeiger zu fördern habe. Auf den letzten Generalversammlung ist beschlossen worden, daß die Lokalbeamten ein Mindestgehalt von 1800 Pf. haben sollen. In den 8 Filialen Karlsruhe, Braunschweig und Magdeburg würden immer noch niedrigere Gehalte gezahlt. Die heutige Generalversammlung möge beschließen, daß auch in diesen Filialen die Gehalte auf das Mindestmaß erhöht werden. Der Redner berichtet dann ausführlich über Differenzen, die zwischen dem Vorstand, dem Ausschuß und der Berliner Filiale bei der Gehaltserhöhung für die Berliner Beamten entstanden seien. Da in dieser Sache noch kein endgültiges Ergebnis erzielt worden ist, so wünsche die Berliner Filiale, daß die Generalversammlung darüber entscheide. Der Redner erklärt, daß er das Amt eines Ausschüttungsmitglieds nicht mehr annehmen könne. Der Ausschuß mußte auch einige Rechtsvorträge verdeckte Maßregelungsunterstützungen ablehnen.

Für das Verbandsorga berichtet der Redakteur Mart. Der Vereins-Anzeiger ist ohne bedeutend größere Kosten erweitert worden. Beschwerden seien nicht an die Redaktion gelangt, der Redner sagt aber über die mangelnde Mitarbeit der Kollegen. Die gewonnenen Mitarbeiter aus andern Kreisen hätten sich bewährt. Der Kampf in der Presse gegen das Unternehmertum sei schärfer als früher. Für die Organisation können die Mitglieder nur vortheilhaft wirken, wenn sie das Verbandsorgan eifrig lesen und, wenn möglich, auch daran mitarbeiten.

Hierauf wurde über die Geschäftsbücher diskutiert, was den ganzen ersten Verhandlungstag beansprucht. Viele Delegierte beschweren sich darüber, daß der Vorstand bei der Erwähnung von Unterstützungen stets allzu sehr nach dem Buchhaben des Status verfahren, nicht aber den einzelnen Fall beachte. Dadurch wurde Misszufriedenheit erzeugt und die Agitation unter den indifferenten Kollegen erstickt. W. L. Veltin berichtet, daß in einzelnen Filialen die Maßregelungsunterstützung aus der dortigen Filialklasse abgelehnt werden mußte, weil der Vorstand sie den Beizugsverdächtigen ablehnte. Z. G. A.

Der Bericht erwähnt daran, daß sich die Beschwerden über verdeckte Maßregelungsunterstützung auf jeder Generalversammlung wiederholen. Es kann auch nicht jede Differenz zwischen Unternehmer und Arbeiter als Maßregelung angesehen werden. R. H. Hamburg regt an, daß das Werkstatt- und Vertrauensmännerystem besser ausgebaut werde, dies sei besser als die Anstellung von beförderten Haustäffern. Die Berichte über die Versammlungen in Hamburg hätten nicht den Tatsachen entsprochen. Schubert (Hannover) führt aus, daß wohl die Arbeitslosenunterstützung kommen werde, die Kollegen sollten aber nicht enttäuscht sein, wenn sie nicht ihren Wünschen entsprechend ausfallen werde. R. U. G. Bochum wünscht, daß man die Beamten nicht persönlich herablege, weil dies in der Agitation schade. Wie müssen zu den Kollegen, die wir in seitende Stellen berufen, auch Vertrauen haben. L. V. Veltin weist darauf hin, daß der Verband trotz der niedergeschlagenen Konjunktur sehr günstige Erfolge bei Lohnbewegungen erzielt habe. Auch wenn einige unliebsame Vorlommisse passiert seien, so habe man doch nicht das Recht, mißmutig zu sein. Früher sei es gefährlicher gewesen, für die Organisation zu agitieren, aber man sei nicht so oft um Maßregelungsunterstützung eingekommen. Wer nur in die Organisation kommt, um unter allen Umständen Unterstützungen zu erlangen, der sei für die Organisation noch nicht reif.

Nachdem noch eine Anzahl anderer Delegierter zu diesem Punkt gesprochen hatte, wird die Debatte geschlossen. Die Verhandlungen werden hierauf auf Mittwoch früh verlegt.

## Vereine und Versammlungen.

### Deutscher Arbeiter-Sängerbund (Gau Leipzig).

Am Sonntag, den 28. Februar, fand im Pantheon die erste vierjährige Ausschüttung des Gau's Leipzig statt. Der Vorsitzende hob hervor, daß der Arbeitergesangsverein Bunzenau, der aus dem Gau Chemnitz ausgetreten ist und um Aufnahme in den Gau Leipzig nachgekämpft hat, aufgenommen worden ist, ebenso der neu gründete Gesangsverein Senefelder, Gewerkschaftsgefangenverein der Steinbrüder und Lithographen. Die Aufnahme des Doppelquartetts Lieberlust, frühere Sänger des Männerchor vom Ortsverein Südlitz, wurde einstimmig abgelehnt. Als Bundesdirigenten wurden für dieses Jahr die Dirigenten Paul Michael und Oskar Kühl, als Neuvereine das Sangesbrüder Glashütte, Engel und Wehwang bestimmt. In Stelle des noch halb vertragenen Kontrollkommissionmitgliedes Alzner wurde Sangesbrüder Aug. Kühn-Volkmarshofen gewählt. Der von der Generalversammlung an den Ausschuß verwiesene Antrag Grimms-Lindenau wurde durch Erklärungen des Vertreter von Lindenau und Kleinjocher zur Zuständigkeit der Beteiligten gestellt. Der Antrag Bautens, wegen Abhaltung eines Bundesländerfestes aufgelöst, wurde abgelehnt. Der Vorstandsantrag, eine ähnliche Veranstaltung in Leipzig zu treffen, wurde angenommen. Hierzu werden die Vereine erachtet, sich den 1. oder 8. August freizuhalten. Ein Antrag Friedemanns, nach dem Volkshaus überzusiedeln, wurde angenommen. Nicht vertreten waren: Buchbinders-Männerchor, Baden, Leipziger, Naumburg, Markleeberg, Mügeln, Mügeln, Sirehla und Gemischtchor Südlitz.

### Die Bühnendeuer

hielten am Freitag, den 26. Februar, im Volkshause ihre Monatsversammlung ab. Kollege Geßler hielt einen Vortrag über: Staub und giftige Gase als Ursache von Berufsstörungen. Eine Reihe Röntgenaufnahmen von Personen, die von diesen Krankheitserregern in mehr oder minder fortgeschritten Form befallen waren, erregten das größte Interesse. Unter Gewerkschaftlichem gab der Vertrauensmann einen Überblick über die zur Zeit gehende Tarifperiode. Von den einzelnen Diskussionsrednern wurde eine fröhliche Vorbereitung zum Abschluß eines neuen und besseren Tarifs angeregt und demzufolge beschlossen, bei der Zentralkommission die Einberufung einer Lichtdruckerkonferenz zu beantragen. Die Versammlung ließ sich über das Vorgehen der Lichtdrucker bei Dr. Trenkler, anlässlich der Rücksicht des Vertrauensmannes, berichten. Die Rücksicht des Vertrauensmannes wurde zurückerinnert. Vierde jedoch unter der Bedingung, daß dafür zwei anderen Kollegen geführt werden. Vorschlagend soll eine Reduzierung der Lichtdruckabteilung in genannter Firma sein. Zum Schluss beschäftigte sich die Versammlung mit einem Artikel in der graphischen Presse, Schriftmacher in der Lichtdruckbranche betreffend. Es handelt sich um ein Rundschreiben der Neuen deutschen Papierzeitung. Die Postkarte und das Signum Wichtig – Sache des Chors, trugt. In diesem Rundschreiben werden die einzelnen Prinzipale Deutschlands befragt, wie sie sich zu einer Reduktion des Lichtdruckerdöhlens stellen. Die Versammlung war der Meinung, nachdem sie sich vom Versammlungsleiter den Artikel hätte einmal vorlesen lassen, daß das Treiben der Postkarte einer Ausregung gar nicht wert sei. Mit einem warmen Appell, noch mehr als bisher zur Fahne zu stehen in Unbeirrbarkeit der drohenden Wölfe, die am Horizont aussiegen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

### Die Transportarbeiter

hielten am 28. Februar im Saal des Volkshauses eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der zur Saalbaufrage des Volkshauses, Erhöhung des Stammtells und Aufbringung der Mittel Stellung genommen wurde. Der Referent Kollege Reder führte u. a. aus, daß in einer Gesellschaftszeitung zur Sache Stellung genommen und eine Kommission zur Prüfung eingesetzt worden ist, die dann in einer Sitzung der Gewerkschaftsvertreter über ihre Tätigkeit berichtet und empfohlen habe, mit dem Saalbau zu beginnen. Ein Beschluß ist dahingehend aufzufinden, den Stammtell pro Kopf und Mitglied der Gewerkschaften um 1,50 Mark zu erhöhen. Unstr. Ortsverwaltung hat die Angelegenheit gleichfalls beschäftigt. Sie faßte den Beschluß, die Sache beim Hauptvorstand und den Verbandsfunktionären zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Reder beantragt, den Stammtell um 1,50 Mark pro Kopf und Mitglied zu erhöhen. Die Frage wegen der Mittel hat die Verwaltung in verschiedenen Sitzungen ebenfalls beschäftigt. Man ist zu dem Resultat gelangt, daß aus Rücksicht auf die wirtschaftliche Krise von einer Beitragserhöhung Abstand zu nehmen sei und den auf unsrer Organisation entfallenden Beitrag von 2000 Mark aus dem Ortsfonds zu decken. Um aber leichter nicht allzu sehr zu schwächen und auch für die bevorstehenden Kämpfe gerüstet zu sein, beantragt Reder im Namen der Verwaltung, die Generalversammlung wolle beschließen, daß jedes Verbandsmitglied verpflichtet ist, innerhalb des Jahres 1909 5 Stück Sekretariatsmarken extra zu leisten. An die Ausführungen schloß sich eine längere Diskussion, an der sich die Kollegen Schild, Wilhelms, Jorn, Wurmstich, Rose, Schmidt, Streicher, Heinrich, Pätzsch und Brüggen beteiligten. Mit Ausnahme der Kollegen Wilhelms und Streicher waren alle Diskussionsredner mit den Vorschlägen der Ortsverwaltung einverstanden. Kritisiert wurde, daß die Geschäftsleitung des Volkshauses teilweise Waren von Scharfmachern bezieht, die sie dann durch unorganisierte Arbeiter nach dem Volkshaus befördern lasse. Wilhelms beantragte, den Stammtell nur um eine Mark zu erhöhen und Streicher verlangte, daß Kleben der Extramarke auf das Jahr 1910 auszudehnen. Die Bevollmächtigten brachten Anträge, gegen wenige Stimmen zur Annahme. Vom Vorsitzenden wurde noch auf die Lohnbewegung der Kaufmänner verwiesen und zur fleißigen Agitationarbeit aufgerufen.

Hierauf wurde über die Geschäftsbücher diskutiert, was den ganzen ersten Verhandlungstag beansprucht. Viele Delegierte beschweren sich darüber, daß der Vorstand bei der Erwähnung von Unterstützungen stets allzu sehr nach dem Buchhaben des Status verfahren, nicht aber den einzelnen Fall beachte. Dadurch wurde Misszufriedenheit erzeugt und die Agitation unter den indifferenten Kollegen erstickt. W. L. Veltin berichtet, daß in einzelnen Filialen die Maßregelungsunterstützung aus der dortigen Filialklasse abgelehnt werden mußte, weil der Vorstand sie den Beizugsverdächtigen ablehnte. Z. G. A.

## Veranstaltungen im 13. Reichstagswahlkreis.

### Der Ortsverein Brandis-Beucha

hielt am Sonntag, den 21. Februar, eine Versammlung im Kino ab. Genosse Ilse-Elpzig hielt einen Vortrag über sächsische Politik vom Jahre 1806 bis zur heutigen Zeit. Redner legte in kurzen Sätzen das Verhalten der sächsischen Regierung vom Jahre 1806–1808 gegenüber seinen Verbündeten klar. In sachlicher Weise gab der Redner den Anwesenden einen Einblick in die geschehenen Körperstaaten, die den sächsischen Staat vom Jahre 1801 bis zum heutigen Tage regierten. Genosse Ilse führte aus, daß das arbeitende Volk sich mit dem früheren, sowie mit dem jetzt beschlossenen Wahlrecht nicht einverstanden erklären könne. Wir müssen darauf hinarbeiten, daß allgemeine gleiche Wahlrecht zu erlämpfen und das Wählen wir nur, wenn wir uns den politischen wie gewerkschaftlichen Organisationen anschließen. Der Redner erinnerte lebhaft. Genosse Adler gab als neu gewähltes Mitglied des Gemeinderats seinen ersten Bericht. Man konnte daraus ersehen, daß er sich schon recht lebhaft mit der Gemeindepolitik beschäftigt hat. Der Antrag, den Genosse Adler wegen der Dessenlichkeit der Sitzungen im Gemeinderat stellte, wurde abgelehnt. Dagegen stimmte leider auch ein Arbeiter, der nicht vom Sozialdemokratischen Verein aufgestellt worden ist. Ferner wurde im Gemeinderat beschlossen, daß, da das Quantum Gas, zu dessen Abnahme sich die Gemeinde verpflichtet hat, im vorigen Jahre nicht verbraucht worden ist, die Gaslaternen bei Festlichkeiten länger brennen sollen, natürlich auch dann, wenn der Sozialdemokratische Verein, die Gewerkschaften oder sonstige Vereine Feiern möchten. Der Redner berichtete noch die Wasserfrage und die Belebung, die, wenn andre Witterung eintrete, sofort in Angriff genommen werden soll, ebenso soll eine Alarmanlage gebaut werden. Genosse Adler bemängelt das Verhalten des Gemeinderats. In den Sitzungen wird eine Unterhaltung wie am Bierstall geführt, höflich wird das bald anders. Beschlossen wurde, eine Eingabe an den Gemeinderat wegen der Dessenlichkeit der Sitzungen zu richten. In nächster Zeit soll in Beucha eine öffentliche Einwohnerversammlung stattfinden.

### Dessenliche Versammlung in Burghausen.

Am der Sonnabend, den 27. Februar, abgehaltenen, von etwa 180 Personen besuchten öffentlichen Einwohnerversammlung im Alten Gasthof zu Burghausen referierte Stadtverordneter Genosse Blau aus Leipzig über: 500 Millionen neue Steuern. Den Ausschreibungen des Referenten wurde lebhaft bestanden, daß, da das Quantum Gas, zu dessen Abnahme sich die Gemeinde verpflichtet hat, im vorigen Jahre nicht verbraucht worden ist, die Gaslaternen bei Festlichkeiten länger brennen sollen, natürlich auch dann, wenn der Sozialdemokratische Verein, die Gewerkschaften oder sonstige Vereine Feiern möchten. Der Redner berichtete noch die Wasserfrage und die Belebung, die, wenn andre Witterung eintrete, sofort in Angriff genommen werden soll, ebenso soll eine Alarmanlage gebaut werden. Genosse Adler bemängelt das Verhalten des Gemeinderats. In den Sitzungen wird eine Unterhaltung wie am Bierstall geführt, höflich wird das bald anders. Beschlossen wurde, eine Eingabe an den Gemeinderat wegen der Dessenlichkeit der Sitzungen zu richten. In nächster Zeit soll in Beucha eine öffentliche Einwohnerversammlung stattfinden.

### Dessenliche Versammlung in Marktstädt.

Am Sonnabend, den 27. Februar, sprach im Saale des Thüringer Hoses Arbeitersekretär Röhlau über: Die Verhinderungspolitik des Reichstagsblocks und die Forderungen der Arbeiter an die Gesetzgebung zum Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit. Am Schluss brachte der Redner zwei Resolutionen zur Verlesung, die die Forderungen der Arbeiter zur Gewerbegefechtssnovelle enthielten, und die an den Reichstag gehen sollen. Die Resolutionen wurden einstimmig angenommen. In der Diskussion forderte der Vorsitzende des Ortsvereins die Versammlungen auf, agitatorisch für die politische wie gewerkschaftliche Organisation tätig zu sein.

### Ortsverein Löbnig.

In einer sehr gut besuchten Versammlung am 27. Februar referierte ein Ortsvereinsmitglied hellere Gedichte und Novellen, die sehr freundliche Aufnahme fanden. Unter Berücksichtigung wies der Vorsitzende auf folgende Veranstaltungen hin und forderte zu jährlicher Beteiligung auf: Sonnabend, den 6. März, Frauenversammlung mit Herrn Dr. Simon-Dötz als Referenten; Sonntag, den 7. März, Besichtigung der Gasanstalt (Treffpunkt spätestens 9 Uhr vormittags am Stern).

## Die Verlagswerke des Leipziger Parteigeschäfts.

### II.

In einem früheren Aufsatz hat die Leipziger Volksbuchhandlung einige ihrer im eigenen Verlage erschienenen Werke hervorgehoben. Heute soll u. a. auf die Verlagschriften über sächsische Aufstände und von sächsischen Schriftstellern aufmerksam gemacht werden. So auf das Werkchen des Genossen Otto Rühle: Das sächsische Volksfürwissen, das eine zusammenfassende Darstellung der sächsischen Schulverhältnisse bringt und jetzt zum Preis von nur 25 Pf. abgegeben wird. Ferner seien erwähnt die Schriften des Genossen Richard Ilse: Zur Wahlrechtsbewegung in Sachsen, Ein Aufruf an das ländliche Volk zum Kampf um sein Recht zur Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und freien Wahlrechts, Preis 10 Pf., und die im Auftrage des sozialdemokratischen Zentralagitations-Komitees verfasste Denkschrift zur Wahlrechtsbewegung in Sachsen: Zehn Jahre unter dem Dreiklassenwahl-Unrecht. Der herabgelegte Preis dieses Werkes ist 20 Pf. Interessieren wird für Kenner die Mitteilung, daß von der 2. Auflage der Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 28. Mai 1908: Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie (mit Illustrationen, einem Bildnis von Bismarck usw., früherer Preis 40 Pf.) ein Reisposten zum herabgelegten Preis von 20 Pf. zur Abgabe gelangt.

Wer den verstorbenen Genossen Max Hirsch gekannt hat, wird ferner für seine Bilder eines fahrenden Schäfers Interesse haben. Sie sind in Broschurenform erschienen und werden zum Preis von 25 Pf. verkauft. Das von der Witwe herausgegebene Büchlein ist ausgestattet mit einem Jugendbildnis und einer Biographie des Verfassers, sowie verschenkt mit einem Vornamen.

Zum Schluss sei noch auf zwei Werke hingewiesen, die sich besonders für die Jugend und die Dienstboten eignen, deren Belästigung die geistige Erziehung der Jugend ist. Zum ersten die Vorlesung von Dr. Paul Bensd über Sozialistische Literatur — Preis 15 Pf. — und dann den Bericht des Sekretariats der Internationalen Verbindung der sozialistischen Jugendorganisationen: Die internationale Organisation der Jugend, zum Preis von nur 20 Pf. mit Abreissverzeichnis der Verbände und Zeitungsliste.

## Erwerbt das Bürgerrecht!

## Neugebauer

ab. geb. (nicht approb.) Praktikant  
Dr. Dr. W. Schwabes Pol. b.  
Hand. n. homöopath. u. Lichtbäderver.

**Geschlechts-, Haut-,**  
Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-,  
Darmselb., Infusorien, Rheumat.,  
Sedatives, Gicht, Wasserdrüse, —  
Neu-Spezial-Apotheke, v.  
Grauenleiden, belohn. Weißglut,  
Langdörfer, Erfahrungsvor. Erfolge,  
Klostergasse 2/4, Fahrstuhlm Hause,  
Sprechzeite: 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1,  
Elektr. Lichtbäder, 8-12, 2-9,  
Elektr. Lichtbäder, Sonnt. 9-1,  
Damen wochenlang 10-12, 8-6.

**Arbeiter-Frauen!**  
Bezieht Euch bei Einkaufen  
auf die Leipziger Volkszeitung.

Um meinen Marmeladen ein noch größeres Absatzgebiet zu erschließen, werde ich  
dieselben ausgewogen in meinem Delikatessengeschäft verkaufen, und somit den mir noch fern-  
stehenden geehrten Haushalten Gelegenheit geben, meine Fabrikate zu probieren.

## Hörigs

Obst-Surrogat-Melange, billiger Brotsbelag, in 5 Pf. Einheiten à 1.25 Mark.

**Hermann Hörig, Marmeladen-Fabrik**

Leipzig-Lindenau, Leutzscher Strasse 14. Tel. 13993.

Direkt: Windmühlenstrasse 42. Tel. 1346.

**Gegenzeitige Hilfe in der  
Tier- u. Menschenwelt.**  
Von Fürst P. Kropotkin. 2 Mk.  
Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

## Bezugsquellen-Verzeichnis

Serie I.

Erscheint 3 mal  
wöchentlich

## Leder-

ausschnitt, Schuhmacherartikel,  
famili. Werkzeug erhält man btl.  
b. Alb. Funk, Lind., Holteistr. 28.

## Zigarren, Zigaretten

und Tabak empfiehlt [5727]

**E. Krübler, 2. Plagwitz**

Böhmerstraße 44.

Filiale: 2. Bludenzau, Werse

bürgstr. 80, neben Bader Jahn.

NB. Abonnement ab 1. Voltzig.

werden jederzeit entgegen genommen.

## Kleinzschocher

Grüsstes [4000\*]

**Schnhwaren - Lager**

und Reparaturwerkstätte

**Christian Eichel**

Dieskaustraße 11.

Kriegsbriefe, Von Generalmajor

Kretschmann. Statt 5 Mk. nur 2 Mk.

Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

**Echte  
Hienfong  
Essenz**  
extrastark, hochrein, 12 Flaschen Mk. 2.50  
30 " " 5.75  
franke jeder Poststall  
60 Flaschen Mk. 11.—  
frank per Bahn.  
Versand-Gesellschaft  
Magdeburg 170  
Postfach 184.

**Schuhwaren-Haus**  
und Reparaturwerkstätte  
**Rich. Rumler**, L.-Lindena

Erscheint 3 mal  
wöchentlich

## Beerdigungsanstalten u. Sargmagazine

W. Fuchs, verw. Vo., Bogislawstr. 28  
Hubner & Schille, Co., Bornische Str. 33.

**Hugo Irmert,** Schleußig

Könneritzstr. 64.

Ernst Koonze, Lindenauer Str. 5.

E. Merkel, Ang., Zweinaund. Str. 12.

**Gebr. Reiche,** Zschöcherschtr., Lindenau.

Wilm. Str. 48, Könneritzstr. 36.

Otto Röhlich, Lind., Marktstr. 8.

Wilh. Steingräber, Ga., Eisenach Str. 34.

**Thanatos**, Wurzner Str. 41, Zw.

Thaunau, naund. Str. 18, 15<sup>o</sup> R.

M. Verbeck, Kirchstrasse 82.

## Berufskleidung

J. Bluthgen, Täubchenweg 8.

H. Heerde, Bayreische Str. 34.

Ludw. Holthausen, Schönefeld.

Sonntags v. 11-12 Uhr geöffnet.

A. Mehnert, Mock., Hermannstr. 2.

Mr. Pfeiffer, Stött., Schwarzackerstr. 2.

Herm. Veigt, Böhrlitz-Ehrenberg.

## Bettfedern, Betten

G. Götter, Leutzsch, Hauptstr. 43.

Ad. Kirschberg N., Böhrl., Reichstr. 39.

E. Moeser, Rennsd., Oststr. 9.

H. Oldag, Südstrasse 2.

Ad. Petzold, Lt., Birkenstr. 12.

J. C. Schwartz, Brühl 50. Gegr. 1706.

G. Straube, Hedwigstrasse 15.

Th. Tröhl, Hospitalstrasse 26.

## Brauereien, Bierhandl.

Gust. Döring, Thomasiusstr. 24.

J. Pottkämper, Eutritzen, empf.

aus best. Mälz. u. Hopfen gebr. Biere.

Trinkt Biere von

**Gebr. Ulrich**, Leipzig-Stötteritz.

Vereins-Bier-Brauerei

zu Leipzig.

C. Schubert, Peter- u. Fleischhendl, Städts.

## Brickettin, Kohlen

G. Behr Nachf., Oskar Schönfuss

L.-Vo., Kirchstr. 100 (am Viad.)

Bruno Berger, Stött., Hauptstr. 60.

Ernst Clauss, Josephinenstr. 31.

D. Orla, Neu-Mockau.

O. Freiberg, Co., Pfeifferstr. 19.

Ferd. Grabau, N. Tauchaer Str. 89.

Höncke & Schuchardt, L.-Sellerb.,

Bennigenstrasse 2. Tel. 9896.

Gust. Kirschbaum, Lt., Queckstr. 8.

Leipziger Kohlenkontor

billige Bezugquelle für Heizungsmaterial.

**Hermann Matz & Co.**

Eilenh. Bahnhof Tel. 10937

Plagwitzer Bahnhof Tel. 10936

Elisabeth-Allee 40

Stötteritzer Bahnhof Tel. 18694

Stötteritzer Strasse 111.

Bruno Faulkert, Co., Peg. Str. 31.

Alfr. Richter, Paunsd.-Sommerf.

Carl Schneider Nachf.

Eut. Str. 20, Freileihbahnhof.

Alb. Schwarze, Anger, Mölk. Str. 14.

B. Uhlig, Eut., Delitzscher Str. 58.

F. Wagner, Sell., Wurzner Str. 142.

## Butterhandlungen

F. Arndt, Bayrische Str. 23.

E. Burkhardt, Schö., Dimpfelstr. 11.

Grossmann, Vo., Eisenbahnstr. 136.

O. Marx, Zweinaundorfer Str. 6.

D. Müller, Schönef., Leipzig. Str. 46.

Paul Seidel, Paunsdorf.

Ernst Steger Nf., Grim. Steinw. 18.

Paul Steinbach, Torgauer Str. 18.

„Kaut! Traubenbutter.“

Emil Werner, Schö., Dimpfelstr. 16.

A. Winkler, Eck. Nürnb.-u. Königst.

A. Ziegler, Klzsch., Dreskastr. 84.

Chocoladenhandlungen

M. Bercht., Plg., Zschoch. Str. 36.

Alb. Götter, Eisenbahnstr. 128b.

E. A. Martin Nachf. Altes Rathaus

Reichenstrasse 18.

## Cigarrenhandlungen

**Fürst Potemkin-Cigaretten.**

**Arbeiter-** hab. Tauchaer Str. 19-21

Franz Bauer, Tänbeckerweg 66.

Beyerich, Lt., Mendel, Zweinaund. Str. 21.

A. Bibel, Ecke Kreuz- u. Lange Str.

Ferd. Bleek, Wurzner Str. 16.

Rich. Böttner, Nürnb. Str. 4.

R. Dietze, Co., Pegauer Str. 24.

J. F. Dissing, Rdn., Oswaldstr. 1.

F. Dissing, Rdn., Oswaldstr. 39.

Gebr. Feber, Zigarettenfabrik, verk. d.

Detail-Gesch., Bilkerstr. 21

A. Fischer, Böhrl., Elisenstr. 18.

B. Grotkau, Reudn., Dresden. Str. 41.

Markt

Habenstreit, Ladenbau 11.

Hermendorf & Korges, Zeitzstr. 34b.

H. Holtzman, Leutzsch, Hauptstr. 11.

O. Holtzman, Leutzsch, Hauptstr. 1.

R. Holtzman, Leutzsch, Hauptstr. 1.

E. Kuhn, Böhrl., Eisenbahnstr. 29.

H. Mennig, Windmühlenstr. 21.

# feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1909. Nr. 52

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

## Lederherstellung in alter und neuer Zeit.

Schon seit den ältesten Zeiten hat der Mensch das von ihm getötete Tier nicht bloß für seine Ernährung, sondern in mannigfältigster Weise auch für andre Zwecke ausgenutzt. Noch heute dienten ihm als Waffen; Jähne und Federn waren ihm Schmuck und Siegesprahme; vor allem aber wurde von den Bewohnern älterer Gegenden das häutige Fell erbeuteter Tiere als wärmende Innentüllung verwendet. Bei Völkern, die, in heißen Klimaten wohnend, eines Schuhes gegen zu starke Abkühlung nicht bedurften, bildete sich der Brauch aus, die abgezogenen Fäuge der Jagdtiere als Säcke zu benutzen. Von den Buschmännern und Hottentotten berichteten Reisende, daß sie das Fell vom Halse des Tieres aus über den ganzen Körper zogen und so eine Art Sack erhielten, der leicht wasserfest gemacht und so auch zur Aufbewahrung von Wasser und Milch gebraucht werden könne.

Besonders in kalten Erdgegenden wohnende Völker, die genötigt waren, nach wärmen Stoffen Umshau zu halten, hat das Problem der Verarbeitung der Tierhäute schon sehr früh beschäftigt. Denn eine Tierhaut ist nur solange geschmeidig, als sie noch innere Densität enthält; sie wird aber hart und brüchig, wenn sie austrocknet. Wollt man sie künstlich feucht erhalten, so würde sie wiederum der Fäulnis verfallen. Dreiweierl galt es also durch die Bearbeitung des Fells zu erreichen: Es mußte in einen Zustand gebracht werden, in dem es nicht mehr in Fäulnis geraten könnte; gleichzeitig aber mußte ihm jene Geschmeidigkeit, die es im frischen Zustand besaß, dauernd erhalten bleiben. Das führte zur Kunst des Gerbens.

Was mit der Tierhaut vorgeht, wenn sie negiert wird, das läßt sich leicht verstehen, wenn man die Zusammensetzung der tierischen Haut kennt. Diese ist durchaus nicht in ihrer ganzen Tiefe von völlig gleichartiger Beschaffenheit, es lassen sich vielmehr deutlich drei Hauptschichten in ihr unterscheiden. Die oberste dieser Schichten ist die ader- und nervenreiche Oberhaut. Unter ihr liegt die von einem dichten Gewebe feinster Adernchen, Muskeln und Nerven durchzogene Lederhaut, und unter dieser wieder befindet sich die sogenannte Fett- oder Lederhaut, in der das den Körper umhüllende wärmende Fett aufgespeichert wird. Die Haare sind ihrem Stoff nach Überbaubildet, sie wurzeln aber in der Lederhaut. Beim Gerben gilt es nun, die Lederhaut von den beiden sie umhüllenden Schichten zu trennen und sie zugleich mit säurewidrigen Substanzen zu imprägnieren. Diese in ihre zahlreichen Poren eindringenden Stoffe verhindern zugleich, daß ihre Basen zusammenleben, und so wird auch beim Austrocknen der Haut ein Hartwerden verhindert. Das so erhaltenen Produkt heißt Leder.

Sicherlich hat sich die Kunst des Gerbens nur langsam ausgebildet. Wenn die Indianer die dem Helle anhaftenden Fleischstücke sowie die ebenso leicht in Fäulnis übergehende Fettschicht durch Steinen und Walzen in Wasser besetzten, oder wenn andre auf niedriger Kulturstufe stehende Völker die Tierhäute auf beiden Seiten mit Fett oder einem Brei von jungem Mais eintröpfeln, so waren das noch keine eigentlichen Gerbprozesse. Schon eher verdienen die von den Eskimos angewandten Bearbeitungsmethoden der Tierhäute zu genannt zu werden, die in hinreichend großen Gefäßen den von der Familie produzierten Urin sammeln und im bewohnten Hüttenraum solange suchen lassen, bis er faul. Das dient zwar nicht dazu, die Fette in den engen Hütten zu verbessern, man gewinnt so aber eine Flüssigkeit, durch die sich die Entzehrung der Felle bewirken läßt. Uebrigens verwendeten schon die Römer den Urin in gleichem Sinne.

Eine der ältesten und zugleich verbreitetsten Methoden zur Befestigung der Haare, die doch dem eigentlichen Gerben immer vorausgehen muß, ist das sogenannte „Schwören“. Man schäfte die Felle an und läßt sie leicht anziehen. Daburch lockern sich die Haare so, daß sie mit dem Schabekisen leicht entfernt werden können. Auch beim „Schwören“ verbreiteten sich sehr schlechte Gerüche, und da im Mittelalter die verschiedenen Handwerke, in bestimmten Straßen vereinigt waren (Wöchner-, Fleischergasse usw.), so war die „Gerbergasse“ in der Regel von recht unangenehmen Düften erfüllt. Man kann noch heute den Ausruf hören: „Hier stinkt, wie in der Gerbergasse.“ In Japan galten früher die Gerber geradezu als ein „unreiner“ Stand, mit dem anständige Leute keinerlei Verbindungen eintragen. Vielleicht hatte das aber seinen Grund auch darin, daß die vegetarisch lebenden Japaner diese Feste wegen des Tötens von Tieren verachteten und sie mit Scharfrichtern auf eine Stufe stellten.

Heutztage wendet man statt des Schwörns auch chemische Methoden an, um die Felle zu enthaarern. Man legt sie beispielsweise in Kalkmilch, oder, was noch moderner ist, in eine Lösung von Schwefeltatratum oder Schwefelatrium. Diese Salze lassen die chemischen Fabriken in grohen Massen für die Gerbereien.

Nicht bloß von den Haaren werden die Felle nach der eben geschilderten Behandlung bereit, sondern auch von den anhaftenden Fleischstücken und Hautsichten. Es bleibt schließlich nur die eigentliche Lederhaut übrig. Damit nun in diese die säurewidrigen Gerbstoffe leicht und tief eindringen, bringt man die Häute erst in die „Schwellbeize“, damit sie schwollen und die Poren sich erweitern. Hierzu läßt sich jede verdünnte Säure benutzen, aber auch hier hat sich schon seit alter Zeit ein Gerbsauren ausgebildet, dessen Vorläufer auch heute noch anerkannt werden. Man überzieht Weizenkleie mit Wasser und legt Sauerteig zu, so daß die Masse zu gären beginnt. Bei dieser Art Gärung entsteht aber nicht Alkohol, sondern Milchsäure, und die bewirkt dann das Schwollen der Häute.

Nach dem Schwollen erfolgt das eigentliche Gerben, d. h. die Imprägnierung der Häute mit Gerbstoffen. Solche finden sich in vielen Pflanzen, und manche Teerarten, z. B. auch dem schwarzen Tee, röhrt man es als besonderen Vorzug nach, daß sie Gerbsäure (Tannin) enthalten. Für die Gerberei kommen als Gerbstoffsieberanten in allererster Linie Baumrinde in Frage, vor allem die der Eichen. Im Morgenlande, das in den Künsten des Gerbens dem Abendland lange Zeit voraus war, zog man den zum Gerben nötigen Gerbstoff aus den Gallwürzeln, deren Gerbsäuregehalt bei der Bereitung von Tinte eine Rolle spielt.

Heutztage ist die Nachfrage nach Gerbstoffen ganz bedeutsam, denn der Lederverbrauch hat in den Kulturländern eine gewaltige Steigerung erfahren. Da ist es natürlich, daß die Gerbindustrie Asien hält nach anderen billigen Gerbstoffsieberanten. Als solche kommen besonders zwei Stoffe in Frage, die das Ausland liefert: das Quebrachoholz und der Sumach. Dieses ist ein gerbstofffreies Pulpa, das man durch Herreiben der jungen Blättertriebe einer in Südamerika angebauten Pflanze gleichen Namens erhält. Das Quebracho-

holz wird aus Argentinien in Massen eingeführt. Es sieht dunkler aus und ist sehr hart, muß daher auch, wenn der in ihm enthaltene Gerbstoff herausgelöst werden soll, ganz wie die Eichenrinde (Vohé) zerkleinert werden.

In früheren Zeiten dauerte das Gerben sehr lange. Man schlichtete die enthaarten und geschwollenen Tierhäute in einer Grube übereinander und brachte zwischen sie Eichenrinde. Hierzu wurde die Grube mit Wasser gefüllt. Auf diese Weise drang der im Wasser sich lösende Gerbstoff allmählich in die Häute ein. Sogar dieses Leder brauchte da bis zur völligen Durchgerbung bis zu zwei Jahren Zeit. In unserer hastenden Zeit, wo das englische Sprichwort: Time is money (Zeit ist Geld) in allen Industriezweigen zur möglichsten Beschleunigung technischer Prozesse aufgeht, suchte man natürlich auch den Gerbvergang zu beschleunigen. Ein biederer Gerbermeister des Mittelalters würde wohl unglaublich den Kopf schütteln, wenn man ihm dieses Sohlebede zeigen würde, daß in knapp zwei Tagen negiert ist. Das ist aber nur dadurch möglich geworden, daß man Gerbstoffextrakte anwendet. Schon dadurch wird viel Zeit gespart, daß man die Vohé nicht erst in der Grube vom Wasser auslangen läßt, sondern gleich Abholungen der Vohé in die Grube giebt. Noch man aber die Gerbbrühe noch längere Zeit, so wird sie, weil das Wasser aus ihr am Teil verdampft, immer dicker und verhältnismäßig gerbstoffreicher. Solche Extrakte wirken weit schneller als die dünnen Gerbbrühen.

Man könnte sich fragen, warum man nicht schon in alten Zeiten auf die Herstellung solcher Extrakte gekommen ist, da doch die Gerbbrühe nur gelöst zu werden braucht. Der Grund, warum das nicht geschah, liegt darin, daß das Sieden der Gerbbrühe bei verminderter Lustigkeit geschehen muß. Würde man nämlich bei normalem Lustdruck sieden, so müßte die Flüssigkeit bis auf 100 Grad Celsius erhitzt werden. Dabei würden aber die Gerbstoffe zu ihrem Nachteil verändert werden. Nun ist es aber eine bekannte Erscheinung, daß die Siedetemperatur des Wassers nach Belieben erniedrigt werden kann, wenn der Lustdruck über der siedenden Flüssigkeit vermindert wird. Man kann dadurch leicht den Eintritt der Dampffbildung schon bei 50 Grad Celsius herbeiführen, und auf die Dampfentwicklung und die damit verbundene Wassererschlüpfung kommt es hier ja lediglich an. Solche technische Kenntnisse verstanden die Gerbermeister des Mittelalters noch nicht anzuwenden.

Heutzutage wird Gerbstoffextrakt häufig in großen Massen hergestellt und versandt. Für die Verbillsigung des Transports ist es natürlich wesentlich, daß die Extrakte möglichst wasserarm gewacht werden, weil dadurch ihr Gewicht wesentlich vermindert wird.

Außerdem können Tierhäute auch noch mit andern Substanzen gegerbt werden. Bei den Arabern und Zitzen ist schon in alter Zeit die Alaunderbung in Gebrauch gewesen. Die enthaarten Häute werden da in eine Lösung von Kochsalz und Alaua gelegt, und der in die Poren eindringende Alaua, sowie das Fett, mit dem man hervorholt die Häute gut durchwälzt, erhalten das so entstehende Leder dauernd geschmeidig. Auf diese Weise wird aus den Fellen junger Ziegen und Lämmer das durch große Zahligkeit und Geschmeidigkeit sich auszeichnende Glacéleder hergestellt. Doch dürfen solche Lederarten nicht etwa mit dem Wasser allzufreie in Berührung kommen, weil dieses den Alaua wieder heraußolt und das Leder wieder in den Zustand harter, brüchiger Haut zurückführt.

Zum großen praktischer Bedeutung ist endlich noch die Säuerlich- oder Delgerberei. Hier ist die gerbende Substanz das Fett, das besonders in der Form von Trau in Verwendung kommt. Es verbindet sich so innig mit den Fasern der tierischen Haut, daß es selbst durch heißes Wasser nicht herausgezogen werden kann. Man kann das säuerliche Leder in Wasser eintragen oder mit Wasser sich vollsaugen lassen wie gesponnenen Stoffe: es bleibt immer weich und geschmeidig. Deswegen findet es als „Waschleder“ im Haushalt Verwendung.

Die Gerbindustrie hat sich im Gegensatz zu vielen anderen Industriezweigen fast ohne jede durch die Naturwissenschaft geleistete Hilfe zu ihrer heutigen Vollkommenheit entwickelt. Man mag an die Herstellung von Glas oder Soda, von Zucker oder Spiritus denken, man mag die Eisen- oder die Textil- und Kerzenindustrie ins Auge lassen: sie alle haben dadurch, daß die Wissenschaft die in Betracht kommenden chemischen Vorgänge ihrem innersten Wesen nach feststellt, besonders in den letzten Jahrhunderten eine bedeutende Förderung und sehr oft direkte Anstöße erhalten, ganz neue Bahnen zu beschreiten. Die Gerberei dagegen hat sich, vorsichtigweise durch Versuch und Erfahrung entwickelt. Die Vorgänge, die sich beim Gerben im Leder vollziehen, sind chemisch noch gar nicht eindeutig festgestellt, und die Wissenschaft ist daher selten in die Lage gekommen, vom Standpunkt theoretischer Erkenntnis aus der Gerbindustrie neue Vorschriften zu geben oder neue Wege zu weisen. Damit hängt es auch zusammen, daß genauere geschichtliche Angaben über die Gerberei größtenteils fehlen; denn die alten Gerbermeister haben ihre Kunst fast allein auf dem Wege mündlicher Weiterleitung weiter.

hw.

## Jugenderinnerungen aus einer Kleinstadt.

Nachdruck verboten.

### Eine Gesellschaftsgeschichte.

Es war kurz vor der Körnerne, da brachten etliche Jungen die Nachfrage mit in die Nachmittagsklasse des alten Kantors Hellriegel: „Seitlänger sind wieder da.“

Ab und zu wohl im Laufe des Jahres suchte so eine fahrende Klinstärketruppe unter Stilles, abfalls von allem Verkehr im Rödertale gelegenes, kleines Städtchen mit auf, um der stämmigen Einwohnerschaft für wenige Pfennige ihre Kunst vorzuführen.

Für uns Jungen war dies natürlich immer ein Ereignis und oft standen wir schon lange vor Beginn der Vorstellungen, die in der Regel in den Abendstunden auf dem Marktplatz oder auf dem am unteren Ende der Stadt gelegenen Viehmarkt stattfanden, mit gespannter Erwartung an der Leine und vorliegenden Hantierungen und vorbereitenden Arbeiten der Truppe mit dem größten Interesse. Wenn sich dann zu Beginn der Vorstellung etwas lusthaftes Publikum ansammelte, so behaupteten wir doch unsern Platz ohne einen Heller in der Tasche.

Manchmal waren es reich armelinge Gesellschaften, und die dückige Aufmachung entsprach auch den ganzen Darbietungen. Zu holen war ja auch nicht viel aus so einem kleinen Landstädtchen; denn wenn die Blechsteller ihre Kunde machen, so trat wohl mancher zurück, und nur mit Mühe gelang es die abgesärmten Frauengestalten, die mit bittender Gebärde auch die Entferntesten aufzusuchen, ihnen einige Pfennige abzulösen. Es

war schon viel, wenn hier und da einmal ein großer Lupiner Käppchenfänger in den Keller fiel. Treuherzig meinte einmal ein biederer Schnäckmeister: „Ich gebe ihr allemal einen bösen Dreier (Preußischen), da werde ich die Kinder auf gute Manier wieder mit los.“

Wir Jungen aus der ärmeren Classe hielten die Frau mit dem Käppchen nur ungern nahen, und ein leise augearautes: „Nicht ans, der Keller kommt“, war für uns das Signal, schnellstens zu rettieren. Wir verweilten dann so lange im Hintergrunde, bis die Gefahr vorüber war, und bald strebte jeder wieder, einen glänzenden Platz zu gewinnen.

Doch gab es auch Abende, wo auf dem Marktplatz die Menschen Kopf an Kopf dicht gedrängt standen, wenn auf dem hohen Turmstiel, das straff gespannt vom Handboden des Kaufmanns Grubl aus über den Markt bis zum Rathaussturm reichte, ein leichtbeschuhter Künstler in fleischfarbenem Tricotostüm, mit mächtiger Balancierstange bewaffnet, in schwindender Höhe schien. In Scharen waren da die Landknechte erschienen, zu Fuß und im Wagen; das brachte aber nur die berühmte Truppe von Kloster und Walzmann fertig, die seinerzeit wohl ein Vierteljahrhundert lang allerorts in gutem Stil stand.

Eine Glanznummer waren zum Schluss die sogenannten lebenden Bilder, Marmorkörper, gestellt von gesamten Künstlerpersonal auf dreibunter, freier Bühne. Hier stand der Meisterschnäck, verwandelt sich plötzlich und verharrte dann in lausloser Pose, während sich das Ganze bei bengalischer Beleuchtung drehte. Dargestellt wurden Szenen aus der Weltgeschichte, aus der griechischen Mythologie und polnischen Ereignisse der sechziger Jahre.

Endmal hatte sich die Truppe am Schiekhause wiederlassen. Große Zettel an den Strahlenenden verkündeten unter andern auch eine Zugnummer, die von Jung und Alt eingehend erörtert wurde. Zehn Taler wurden demjenigen versprochen, der einen zur Truppe gehörigen Herkules mit Leinen und Stricken so festzulösen wünsche, daß dieser nicht imstande wäre, sich binnen 10 Minuten selbst zu befreien.

Das war etwas noch nicht Dagewesenes. Denjenigen, der die 10 Taler gewann, wollten wir bei der Arbeit sehen, und bei Seiten umstanden wir wieder die Leine.

Die Vorstellung begann. In Zwischenräumen machte der geschilderte Teller wieder seine gewohnte Runde, wie hätten sieben Unschärbar gemacht. Doch ehe ein biederer Bürger unständig seinen Ledernen Beutel zog, um nach einer Kupfermünze zu suchen, wodurch die Kassiererin längere Zeit aufgehalten wurde, sahnen wir immer genügend Zeit, und rechtzeitig zu drücken, um dann bei passender Gelegenheit, ungeahnt mancher Platte, uns energisch wieder vorzudrängen.

Endlich kam die interessante Gesellschaftszugnummer. Mit lauter Stimme forderte der Künstler, ein Riese mit kräftigem Gelenk, einen von den Zuschauern auf, herein zu kommen und die zehn Taler zu verdienen, indem er ihn auf einem Stuhle zu festbinden, daß er sich in der oben angegebenen Zeit nicht befreien könnte.

Ein Gesellster lief durch die Zuschauenden, und nach einigen Jöppern trat ein junger kräftiger Bauer vor, von dem der erinnerten Zirkus der Menge begrüßt. Er erklärte unter allgemeinem Beifall, auf den Handel eingehen zu wollen, prüfte mit Kenntniß die dargereichte Leine, und nachdem der Riese sich gesetzt, mache er sich bedächtig auszustellen.

Er umwandte den auf dem Stuhle sitzenden Kreuz und quer, schürzte den Oberkörper fest an die Leine, machte Knoten und Schleifen und durchschüttelte den Stuhl nach allen Richtungen, zog die Leine straff an, prüfte und zog nochmals, bis schließlich nach vieler Mühe an den fest verschraubten Füßen des gesessenen Mannes nur noch ein kurzes verknötes Endchen übrig blieb.

Der junge Bauer trat nun zurück und betrachtete sein Werk mit zufriedenen Blicken.

Am trat der Direktor vor, die Uhr in der Hand, und verkündete mit lauter Stimme, daß hier Zug und Zug ausgeschlossen sei, jedermann sehe je den unbeweglich auf dem Stuhle festgebundenen Mann. Dann gab er das Zeichen zum Ansatz, und alles plötzlich kam Leben in die unbewegliche Masse. Ein Dehnen und Strecken ging durch den ganzen riesigen Körper. Bald wurde eine Hand frei. Mit Hilfe der Zähne zog er die Knoten auf, ein Arm war frei. Immer wieder wurden die Arme um den Oberkörper. Am zog er auch den andern Arm aus der Knüpfung. Scholl löste er die Schleifen, der Oberkörper war frei, nun noch ein kurzes verknötes Endchen übrig blieb.

Keine sieben Minuten hatte es gedauert, und unter jubelnden und klatschenden Zuschauern trat der verblüffte Bauer wieder ab.

So ging das wohl einige Abende.

Fleischermeister meldeten sich mitunter und drückten sich den Zuschauern gegenüber, daß sie doch einen Bullen festeln wünschten. Aber hier war ihre Kunst zu Ende; niemand gelang es, die ausgeworfene Summe zu verdienen.

Was aber die Hauptfahrt war, die Truppe hatte durch die Truhe ihr Geschäft gemacht; denn allabendlich war die Vorstellung gut besucht, und nachdem die Gesellschaft eine Woche lang gastiert, zog sie wieder ab.

Unter uns Jungen wurde nun diese Feste mit Ausdauer unter allerhand Wetten weiter gefeiert, sogar während der Freiwilligstunde in der Schule.

Hier waren es immer einige, die sich unter allgemeinem Interesse die Arme und Hände festeln ließen, um sie mit großer Wichtigkeit binnen kurzem wieder zu lösen.

Doch manchem gelang das nicht immer in der kurz bemessenen Zeit. Die Panne ging zu Ende, der alte Kanton erschien, und der Unterricht nahm seinen Fortgang. Da sah nun mondhaf ein solcher armer Typ mit fest verschraubten Armen in seiner Bank und machte ein Gesicht zum Erbarmen, versteckte sich hinter die Rücken seiner Bordermänner und suchte sich so den Blicken des Lehrers zu entziehen, bis man heimlich und unter verdecktem Blicken ein Messer von Bank zu Bank wandern ließ, damit sein Nachbar ihn aus seiner fatalen Lage befreien könnte...

Die Erntefesten kamen. Vierzehn Tage lang Schulfreiheit. Doch für uns Jungen, deren Eltern wenig oder gar kein Feld besaßen, war das die Zeit des Ahrrelefens.

Schon früh am Morgen machten wir uns auf in Trupps zu Dreiern und Vieren und suchten die abgeräumten und abgeschleppten Stoppelfelder der Bauern auf. Hier lasen wir nun Stundenlang, oft im glühenden Sonnenbrande, die zurückgebliebenen Ähren vom den Halmen auf und banden sie in Bündel zusammen.

Das war erlaubt. Doch um mehr heimzubringen, suchten wir auch, wenn wir uns unbeobachtet glaubten, mit Vorliebe die ungeschleppten Stücke auf. Das konnte wohl nun manch-

mal den gerechten Zorn des bettessenden Peitschens erregen. Mit Schimpfen und Flüchen wurden wir fortgejagt, und wenn wir nur mit Hilfe unserer flinken Beine der Peitsche des witternden Bauern entkinnen konnten, so hatte das weiter keine Folgen.

Eines Tages hatten wir uns besprochen, den andern Morgen frühzeitig auf ein entlegenes Stück des Ritterguts zu gehen, das Dreiviertelstunde entfernt weit hinten an der Flurgrenze von Bärwalde lag, und, wie wir wussten, noch ungeschleppt war; denn eben hatte man in den Abendstunden die leichten Körnepuppen eingesahnen.

Wir brauchten zeitig auf. Barfuß, eine Bremme hinter dem Schlüssellos, zogen wir in den tausendlichen Morgen hinein.

Mitten in einem Hohlweg trat uns plötzlich ein kräftiges älteres Bauernmädchen entgegen, „Hempf Gute!“ war es; sie hatte schon ein Stück Arbeit hinter sich. Sie schleppete einen hoch mit Alce bedeckten Tragkorb und hatte an einer günstigen Stelle zwischen den wilden Niederbüschens ausgeruht, die auf der einen Seite die ganze Länge des Hohlwegs umspannten. Sie hatte uns schon von weitem beobachtet. Sie stellte sich vor uns mitten in den Weg und sperrte den Durchweg mit breit vorgehaltener Rechen. „Wo wollt ihr denn schon so zeitig hin, Ihr Kinderungen? Gewiss auf unsern Städte, wo wir noch nicht geschleppt haben. Na, guade euch Gott, wenn euch mein Vater erwischen, da seht es aber gehörige Knalle nach Noten.“

Einwas verdunkt auf dieser jüngsten Rede, blieben wir stehen und beteuerten im Gesichts unsrer Unschuld dem energischen Mädchen doch und heilig, daß wir heute nicht die Absicht hätten, „die Bauernstädte zu strafen und daß unter zeitiger Auszug dem Altersgutsfeld gelte. Da ließ sie uns endlich vorbei mit dem Bemerk: „Na, da könnt ihr hingehen, aber bei uns lasst euch nicht erwischen.“

Wir trotzeten nun den schmalen Hosenweg entlang bis hinten an die Bauernbüsch, dann rechts hinüber nach dem großen Stoppelfeld.

Wir waren aber nicht die ersten. Frauen mit Kindern aus Berlisdorf oder Bärwalde sammelten schon fleißig die volken Achsen. Auch wir gingen nun emsig an die Arbeit und sandten auch noch unser Teile.

Dann und wann warzen wir einen Blick nach dem fernen Höhenzuge vor der Stadt, um einen Reiter zu erspähen. Einen Flurköpfchen gab es zwar damals noch nicht. Aber wir flüchteten die Knute des berittenen Inspektors. Wie leicht konnte er seinen Kontrollierungsrückt bis hierher ausdehnen!

Doch niemand hörte uns, und nach einigen Stunden zogen wir, reichbeladen wie nie zuvor, auf Hemmels Feldweg wieder heimwärts.

Unterwegs überholten wir den alten Vater Hempel. Auf hochbeladenem, mit einem Paar Ochsen bespannem Leiterwagen, lenkte er in langsamem Tempo den Kreisfeger heimwärts. Er moch unsre Beute mit großen Augen. Er wußte schon Bescheid, wo wir gewesen, drohte mit der Peitsche und sagte mit bedächtigem Kopfnicken: „Na, Ihr Master, lasst euch bloß von dem Inspektor nicht erwischen; meinetwegen könnt ihr dem Hause das ganze Feld abräumen, geht nur bei uns nicht aufs ungeschleppte.“

Raum waren wir mit unsrer Beute zu Hause angelommen, da wurde nur das Mittagessen abgewartet, und dann eilten wir vier Jungen wieder nach demselben Feldstück hinaus, um noch eine solche Last einzuholen, bevor uns der Schlepprechen der Alte entlock.

Wir waren diesmal allein auf dem Felde. Bei aller drückenden Schwere lasen wir fleißig Achse für Achse auf und hielten dabei immer scharfen Ausguck nach der Stadt zu.

Bald hatten wir nach einiger Zeit wieder eine Anzahl Büscheln bestimmt, die wir vorsichtshalber am Waldsaum unter Sträuchern versteckten.

Da erspähten wir plötzlich in weiter Ferne einen Reiter, der, aus dem Hohlwege kommend, nur über die Höhe in scharem Trab heranreiten kam. Das war der Inspektor vom Gute.

Nun galt es aber auszustecken.

Wir ergriessen schleunigt unsre Büschel und ließen quer durch die Bauernhäuser bis in Kurzreutens Lehmgruben; hier verschickten wir uns im dichten Gebüsch und beobachteten von hier aus scharf den Höhenzug drüben, wo der Reiter auftauchen musste.

Wir lagen dort wohl eine Viertelstunde lang. Da ward der Reiter drüben auf dem Feldweg sichtbar. Er ritt langsam bis an die erste Bushcke und hielt dort unter den schattigen Bäumen kurz Rast. Dabei schaut er sich, weit vorgebeugt um, und da er auf dem Felde niemand erblicken möchte, ritt er wieder zurück, und bald sahen wir ihn weit vorn im Hohlwege wieder verschwinden.

Wir fühlten uns nun wieder sicher, krochen aus unserm Versteck heraus, und da wir mit unsern Sammelergebnis für den Nachmittag zufrieden waren, so gingen wir langsam einen Feldweg, den schmalen langgestreckten Bauernhäusern bemühend, wieder heimwärts.

Noch brannte die liebe Sonne lächlich hernieder; deshalb wurde unterwegs bald Rast gemacht. An einer einladenden Stelle unter schattigen Bäumen am Rande eines tiefen Walzgraben legten wir uns der Länge lang ins Gras, um ein Sündchen zu verträumen.

Doch lange hielt die Siesta nicht an. Aus purer Langeweile machte einer den Vorschlag, nach dem berühmten Muster der Komödianten ihn zu binden, und weiter, er werde, ehe wir langsam bis hundert zählen, wieder frei sein.

Auf unsern Streifzügen hatten wir diese Fesselungsmethode des öfteren gelüft, auch heute waren wir andern sofort dabei.

Bindesaden hatten wir alle bei uns, kurze Enden wurden zusammengeflochten, und nun ging die Fesselset los. Wir banden ihm Arme, Hände und Beine, umschürten noch den Oberkörper, so daß er regungslos im Grase lag.

Nun gab einer das Zeichen zum Anfang, ein anderer zählte,

langsam reichte sich Zahl an Zahl.

Der Gefesselte war nicht müßig. Unter allerhand Drehungen und Biegungen suchte er seine Bande zu zerren, und siehe da, wir hatten kaum bis 50 gezählt, da war er schon wieder frei.

Nun kam ein anderer an die Reihe, und zwar Nottmanns August, ein schmächtiger Bursche.

Der wurde nun aber gebunden! Denn was wir am ersten glaubten versäumt zu haben, daß wollten wir beim zweiten gründlich nachholen, daß es ihm nicht gleich gelingen sollte, sich frei zu machen. Gest wurden die Arme an den Oberkörper gefesselt und mehrmals umwunden, das leichte Endchen Bindesaden wurde benutzt, um die Beine zusammenzubinden: der arme Kerl lag da wie ein Holzklotz.

Da plötzlich — wir mochten an den Füßen gerade die letzten Knoten — schreckte uns eine barsche Männerstimme aus unserer eigenartigen Verhaftigung auf: „Was macht ihr denn dort drüben, ihr sakramentische Bunde?“

Wir hatten uns in unsre Knebelei so vertieft, daß wir das kommen eines leeren Leiterwagens drüben auf dem nächstliegenden Feldweg ganz überhört hatten.

Es war der alte Raumann und drei Frauen. Sie kamen aus der Stadt, um noch eine frische Getreide einzuholen. Sie hatten unser Treibsel auf dem Grabenrande schon lange aus der Ferne beobachtet.

Wir waren aufgesprungen und standen unschlüssig. So konnten sie den regungslos Daliegenden deutlich sehen. Und eine der Frauen rief erregt: „Herr Jeses, die ham dort einen liegen, den haun se gewiß tot gemacht.“

Der alte Raumann hielt nun das Fuhrwerk an, stieg ab und schritt fluchend mit drohend geschwungenen Peitsche quer durch ein Kartoffelfeld auf uns zu.

Doch die Bekanntmachung mit der Peitsche wollten wir durchaus nicht machen; davor hatten wir allen Respekt; denn wir kannten schon den alten Grobian. Darum warteten wir seine Ankunft nicht ab, sondern ergriessen schnell sämtliche Blinden Korn, sprangen über den tiefen Wassergraben und nahmen Reichs- und nach einem etwas entfernten Erlebnisgebüsch.

Den armen Gefesselten mußten wir natürlich liegen lassen, wir beneideten ihn durchaus nicht. Unwidert wie eine Mumie lag er unbeweglich auf dem hohen Rande, und hätte er sich umgedreht, so wäre er hilflos hinunter ins Wasser gesollert.

Wir verhielten uns mühsam still und lauschten, hinter dem dichten Blätterwerk verborgen, was nun kommen würde.

Und es klatschten zu wollen, daran konnte der alte Raumann gar nicht denken, denn wir konnten alle rennen wie die Wiesel.

Endlich stand er auf dem Rande. Mit höchstem Erstaunen betrachtete er den Gebundenen. „Nu, da schlag doch das Tunnerwetter nein, was hat denn die Brut mit dir gemacht? Die wollten dich wohl hier ins Wasser schmeissen?“

Und laut rief er nach dem Wagen hinüber: „Kommt emal alle rüber, hier han se einen geluebelt, den wollen sie ersezen.“

Mit einem: „Nee, Herr Jeses“ und „Ums Himmel willen, falsche schlechte Jungen“ kehrten nun zwei Frauen vom Wagen, die dritte blieb bei den Pferden.

Unterdessen wurde das arme Opfer examiniert.

Unser gemeinwohllicher Freund hieß es nun für geraten, im Hörblick auf die drohende Peitsche mit weinerlicher Stimme zu allem Ja zu sagen.

„Wir waren Kornlesen und dann haben sie mich gebunden.“

„Und dann wollten sie dich ins Wasser schmeissen,“ ergänzte der erste Alte und drohte mit der Peitsche hinunter nach den Erlebnisbüsch.

„Nee, falsche schlechte nischtnützige Brut! Gulte man's möglich halten!“

Unterdessen waren die Frauen herüber gekommen und betrachteten laut jammern den Fallegenden.

Der nannte nun unsre Namen; wir waren alle ja nur zu gut bekannt.

Um so mehr erregte nun unsre vermeintliche Missrat bei den Frauen die größte Verwunderung.

„Nee, die Jugend,“ polterte der Alte dagegen, „die wär von Jahr zu Jahr schlechter, nee über sulche Bande.“

Man rief uns, wie sollten einmal horrider kommen, doch wir verhielten uns still und unsichtbar, denn wir trauten der Peitsche doch nicht.

„Nu, wartet nur,“ drohte der Alte. „Das wird einfach beim Wachmeyer gemeldt, eich wenn mir schon kriegen.“

Wir verstanden in unserm Versteck jedes Wort und sahen einander verblassen an. Daß unsre Spielerel auf diese Weise ausgelegt werden könnte, hatten wir nun doch nicht erwartet.

Mit dem Wachmeyer wollten wir nur ungern in Verlissung kommen. Doch was sollten wir anfangen? Bei dem ersten Alten handen wir kein Gehör.

„Dat nich eue en Messer mit? Mir können den Burschen doch nicht so legen lassen,“ sagte der Alte zu den Frauen.

Umständlich brachte nun eine aus ihrem Unterröcke ein Messer hervor und reichte es dem Alten hin.

Der zerschnitt sämtliche Fesseln und richtete den Jungen auf.

Der rieb sich nun die schmerzhaften Stellen, wo der Bindfaden tief eingeschnitten hatte, und wollte sich dann vorsichtig drücken.

Doch das merkte der alte Raumann, er gab ihm unter Schimpfen einen Schlag mit dem Peitschenstiel auf den Hosenboden, zeigte mit ausgestreckter Linien nach der Stadt und sagte: „Nu machte aber glei, daß de nein kummst, und meldest die ganze Geschichte den Wachmeyer, und erzählst alles, was die Schlinge mit dir gemacht ham.“

Dann entfernten sie sich alle, räsonierend über die bodenlose Schrecklichkeit der Jugend und über ihren Zeitvertust.

Wir empfingen nun unsern erbosten Freund mit heftigen Vorwürfen, dieweil er seinem Reiter verabschieden, daß das alles nur Spielerel gewesen. Der aber sagte: „Ja, legt eich nur hin und lasst eich mit der Peitsche e paar Überzählen; ihr dentet wohl, daß zieht nicht an?“

Etwas niedergeschlagen, trockneten wir nun heim.

Benigni Müsse kostete es uns, unsern Rottmann von seiner Meldeplicht zu entbinden. Der erklärte bestimmt: „Ich wer beim Wachmeyer gehn und mich einstecken lassen! Ich hab doch gar nicht gemacht.“

Zu Hause zeigte ich nun den Meinen mit leuchtenden Augen meine gesamte Tagesschule, und nach einem Jögern erzählte ich auch wahrscheinlich das Vorommnis und Ich meine Verführungen wegen des Wachmeyers mit einschlippen.

Doch da wurde ich aufgelacht. Eine der Frauen sprach gegen Abend bei uns noch vor, um sich Klarheit über den Fall zu verschaffen, und als sie Auskunft erhalten, rief sie erfreut aus: „Na, das is nur gutt. Nee, ich dachte es glei, daß die Jungen nich so schlecht sein kunnen. Aber die Alte ließ sich nich einreden. Der war so wilde; wenn der eich erwisch hätt, der hätte eich windelweig gedruschen. Nee, 's is nur gutt.“ F. K.

## Die Stadterweiterung Berlins.

Ein Großstadtproblem.

(Schluß.)

Wie konnte das geschehen? War sich die Regierung der Rechte ihres unaufhörlichen Bewilligungen nicht bewußt? Man muss es glauben, denn ein böser Wille ist doch wohl nicht anzunehmen, wohl aber eine geradezu blinde Überabschätzung des öffentlichen Wohlfahrtsvertrags, den die Terrainspolulation für die städtische Allgemeinheit angeblich bezweckt. Der bereits erwähnte Sachverständige Paul Voigt sagt darüber bereits im Jahre 1901: „Die ganze Entwicklung des Bauwesens in den Vororten ist charakterisiert durch eine zunehmende Konkurrenz der Behörden gegenüber den Interessen und Bestrebungen der Spekulanten.“

Und Hermann Jansen, unter dessen Vorsitz nach E. Heimanns Tod die technischen Grundlagen für den Wettbewerb hergestellt wurden, spricht von einem „größlichen Versagen der Regierung als Genehmigungsbehörde“, spricht weiter von ganz unnötigen Bebauungsplänen und verlangt den Nachweis bei nur einem einzigen Plan, daß er in gemeinsamer Arbeit mit dem des Nachbars zu gemeinsamen Opfern für das sanitäre und ästhetische Gemeinwohl vereinigt werden sei. An die öffentliche Wohlfahrt der Hunderttausende, die in diesen Vorortbezirken einmal wohnen, und zwar ertraglicher wohnen wollen, als in der inneren Stadt, scheint man noch nicht einmal im Traume gedacht zu haben. In mehreren Instanzen hat sich die Regierung die Genehmigung der Pläne vorbehalten; daher könne sie sich jetzt der Verantwortung für das Unheil nicht entziehen.

Und trotzdem solche Stimmen von Jahr zu Jahr dringender und lauter in die Öffentlichkeit tönen, macht die Regierung abgesehen von einigen unverbindlichen schönen Redensarten, leiderlei praktische Anstrengungen, dem Unheil zu steuern. Sie genehmigt im Gegenteil für den Berliner Vorortgürtel anscheinend auch heute noch Pläne und Bauordnungen, die man geradezu eine Prämierung des Fasernviertels genannt hat; für weit entfernte Vororte, wo in anderen Großstädten, wie in Wien z. B., in London oder auch in Dresden und Düsseldorf längst die offene Bauweise und das kleinere Familienhaus herrschen. So wurde beispielweise durch die neue Bauordnung von 1903 eine große Anzahl von Berliner Vororten, in denen bisher das Landhaus geherrscht hatte, der viergeschossigen Mietläsarett ausgelöscht. Noch im Jahre 1907 meinte ein Ministerialer, daß Bauen im Anschluß an die vorhandenen Bedeutungen be-

günstigen zu müssen. Anfolgedessen wird immer nur ein beschranktes Gebiet für baufrei erklärt. Ein Baumann, Baumeister Villenthal, gab fürsäglich in der Bodenreform seine Erfahrungen gerade über diesen Punkt zum besten. Es führt unter andern aus: „Ein kleines ebenerdiges Haus auf Garteland wird zur unmöglichkeit oder ein Zugangsstiel nur für den reichen Mann, wenn breite, mit Wiener Blöster belegte Straßen mit vollständiger Kanalisation von vorne herein verlangt werden. Für das Gartenthal sind die Ausgaben mehr als zehnfach weiterhin, die Gemeinden ebenso wie die Behörden betrachten das Einfamilienhaus als ein vorübergehendes Studio, als schlechtes Steuerobjekt. Es dürfte nicht so ganz unrecht haben.“

In der Tat beprägen die Bebauungspläne, die zur Zeit der Vorarbeiten für den Wettbewerb behördlich schon genehmigt waren, rund um Berlin herum und teilweise weit über die dreißig Kilometergrenze hinaus bereits einen Raum von 40 557 Hektar. Bei den Münsterdorfer Wallbergen und bei Erlener an der Frankfurter Straße, eine reichliche Eisenbahnhundert von Berlin entfernt, ist ein Gelände von 7000 Hektar mit geschlossener Bauweise zu einer Stadtrechte genehmigt, ein Gebiet also, das weit größer ist als das eigentliche Stadtgebiet Berlins mit 125 Hektar. Man rechnet noch gering, wenn man mit einer Bevölkerung von 200 Menschen auf den Hektar rechnet. Danach erschließen die bereits genehmigten Bebauungspläne von Groß-Berlin ein Wohngebiet für annähernd 12 Millionen Menschen (auf 40 000 Hektar). Sicht denn in der Poldamer Amtsstraße wirklich nicht ein einziger maßgebender Regierungsrat, der sich diese ganz ungeheurelichen Zahlen einigermaßen klar gemacht hätte?

Aber der Staat selbst, eingesetzt und unterhalten, um die Interessen der Allgemeinheit zu bedenken und zu fördern, macht sich kein Gewissen daraus, an der Spekulation teilzunehmen dadurch, daß er seinen günstig gelegenen Grund und Boden den Terrainspolulanten ausliest. Der Vorstand ist weit entfernt der größte Grundbesitzer rund um Berlin. Wenn er wollte, so könnte heute noch wenigstens ein Teil des geplanten Wald- und Wiesengürtels gekauft werden; aber er will nicht, er will vielmehr die günstige Konjunktur ausnützen, wie irgend ein Geschäftsmann. Und trotz aller Proteste im Parlament und in der Presse verkaufst der Staat unbestimmt ein Stück seines Waldbesitzes nach dem andern, und zwar unbefangen an wen und zu welchem Preise. Erst fürsäglich wurde bekannt, daß die Deutsche Bank an der Löbauer Heerstraße ein Stück des Grunewalds um 1½ Millionen Mark erworben habe. Das ist lediglich der leiste von den zahlreichen Verkäufern, die unter dem sibelen bilden Pod, der jetzt so temperamentvoll gegen die Nachsteuer agiert, geschehen sind.

Was sind das für Zustände! Ist denn der Staat als solcher nicht sehr dringlich daran beteiligt, daß die Landbevölkerung gesundheitlich genau so gedeckt ist, wie die Landbevölkerung?

Wie darf er den Großstädten sozusagen die Lungen herausnehmen und sich bei Einwänden einfach auf den Geschäftsstandpunkt stellen? Er müßte zum mindesten seinen Vorstand, der von den Stadtgemeinden zu öffentlichen Wohlfahrtszwecken erworben werden soll, zum Ruhungswerte des Vorstandes, nicht aber zum Spekulationswert als Vauland verkaufen. Es gibt ja Verträge, die dem Staat einen nachträglichen Erwerb von städtisch günstig gelegenen Wald- und Ensembles sichern können für den Fall, daß es wirklich einmal bebaut werden und entsprechenden Zins einzutragen sollte. Es ist fürsäglich nicht zugummen, den ganzen Grunewald zum Pauschalpreis von einer Milliarde Mark sozusagen als Terrainspolulation aufzulaufen. Wie schwierig und kostspielig der nachträgliche Erwerb von städtisch günstig gelegenen Wald- und Ensembles ist, zeigte sich bei dem Kampfe um den Anlauf des alten Botanischen Gartens Berlins: das Projekt wäre trotz der immensen Kosten keineswegs durchgegangen, wenn sich die benachbarten Schönberger Bürger etwas vernünftiges ergeht und sich nicht auf den Standpunkt der allgemeinen Wirtschaftigkeit gestellt hätten. Sie waren naiv genug, zu glauben, sie hätten es nicht nötig, für ihre Kinder und Kindeskinder die Erhaltung dieser grünen Oase sichern zu helfen.

Heute, wo die äußerst verwideten Tatsachen und kaum zu überwindenden Schwierigkeiten für eine wirklich durchgreifende Umgestaltung Großberlins bekannt geworden sind, wäre es eigentlich an der Zeit, wenn die Regierung ihre Schärferkeit dem Spekulantentum gegenübersetzen ließe. Es ist die allerhöchste Zeit, wenn überhaupt noch etwas vor den gleichen Händen dieser spekulativen Profitjäger gerettet werden soll. Schon während der Vorarbeiten für den Wettbewerb wandte sich der Vorstand im Namen des Ausschusses an den Minister Breitenbach mit der Bitte, einen Ausschluß von Sachverständigen an den Entscheidungen der Revisionsinstanzen für Großberliner Bebauungspläne teilnehmen zu lassen. Es sollte wenigstens,